



lebensministerium.at

Kinder-Umwelt-Gesundheits- Aktionsplan für Österreich





NACHHALTIG FÜR NATUR UND MENSCH SUSTAINABLE FOR NATURE AND MANKIND

Lebensqualität / *Quality of life*

Wir schaffen und sichern die Voraussetzungen für eine hohe Qualität des Lebens in Österreich.

We create and we safeguard the prerequisites for a high quality of life in Austria.

Lebensgrundlagen / *Bases of life*

Wir stehen für vorsorgende Verwaltung und verantwortungsvolle Nutzung der Lebensgrundlagen Boden, Wasser, Luft, Energie und biologische Vielfalt.

We stand for a preventive preservation and responsible use of the bases of life soil, water, air, energy, and biodiversity.

Lebensraum / *Living environment*

Wir setzen uns für eine umweltgerechte Entwicklung und den Schutz der Lebensräume in Stadt und Land ein.

We support an environmentally benign development and the protection of living environments in urban and rural areas.

Lebensmittel / *Food*

Wir sorgen für die nachhaltige Produktion insbesondere sicherer und hochwertiger Lebensmittel und nachwachsender Rohstoffe.

We provide for the sustainable production in particular of safe and high-quality foodstuffs and of renewable resources.

I M P R E S S U M

Gesamtkoordination

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft - BMLFUW
Sektion Umwelt, Abt. Verkehr, Mobilität, Siedlungswesen und Lärm, DI Robert Thaler, Mag. Eva Gleissenberger

Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend - BMGFJ

Abt. Prävention und Gesundheitsförderung, Mag. Judith Spanswagner, Dr. Fritz Wagner

Mitwirkung

BMLFUW Sektion Umwelt, Abt. Stoffbezogener Umweltschutz, Dr. Thomas Jakl, DI Martina Reisner-Oberlehner, Barbara Vecsei-Bauer

BMLFUW Sektion Umwelt, Abt. Internationale Umweltangelegenheiten, Mag. Elfriede More

BMLFUW Sektion Nachhaltigkeit und Ländlicher Raum, Abt. Nachhaltige Entwicklung und Umweltförderung, Dr. Peter Iwaniewicz

BMLFUW Sektion Wasser, Mag. Susanne Brandstetter

Medizinische Universität Wien, Institut für Umwelthygiene,

Dr. DI Hans-Peter Hutter, Dr. Hanns Moshhammer, Dr. Peter Wallner

Redaktionelle Bearbeitung:

Umwelt-Bildungs-Zentrum Steiermark, Dipl.-Päd. Cosima Pilz

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft - BMLFUW, Mag. Eva Gleissenberger

Quelle Bilder:

Eva Gleissenberger,

Agentur: vorauer, friends*,

Umwelt-Bildungs-Zentrum Steiermark und Johannes Gellner (S. 13, S.25, S. 29, S.30, S.32, S.37, S.48, S.55)

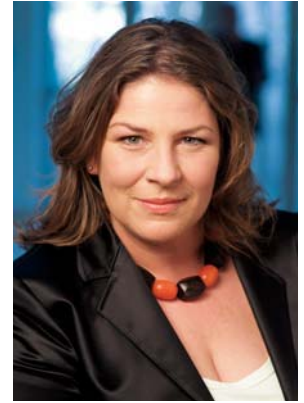
Kinder-Umwelt-Gesundheits- Aktionsplan für Österreich



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
Das Ziel: Eine gesunde Umwelt für unsere Kinder	15
Der Weg um Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan	17
CEHAPE: Eine pan-europäische Initiative der WHO	17
Österreich: Impulsgeber für den CEHAPE	18
EU-Strategie Umwelt & Gesundheit	19
AkteurInnen	19
Breite Umsetzungspartnerschaften in Österreich	20
Die Bestandsanalyse und Maßnahmenentwicklung	21
Jugendbeteiligung bei der Entwicklung des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans	23
Die Handlungsfelder des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans in Österreich	25
Handlungsfeld I: Sicherstellung der Versorgung mit sauberem Wasser und guten sanitären Verhältnissen	26
Handlungsfeld II: Unfallverhütung und Sicherstellung von ausreichender körperlicher Bewegung von Kindern durch kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung	28
Handlungsfeld III: Sicherstellung von sauberer Außen- und Innenraumluft	36
Handlungsfeld IV: Verhütung von Belastungen durch gefährliche Wirkstoffe	40
Erste Umsetzungsprojekte in Österreich	45
Anhang: Maßnahmen-Tabelle „Table of Actions“	69
Quellenverzeichnis	90

Vorwort



Eine gesunde Umwelt für unsere Kinder und Jugendlichen ist uns ein zentrales umwelt- und gesundheitspolitisches Anliegen. Kinder reagieren anders auf Umweltbelastungen als Erwachsene und sind dadurch oft besonderen Risiken ausgesetzt. Der Schutz der Kinder und Jugendlichen und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in den verschiedenen Politikbereichen - sei es beispielsweise im Bereich Mobilität, in der Chemiewirtschaft, in der Unfallverhütung oder der Gesundheitsförderung - sind für uns von großer Bedeutung.

Wir haben daher in Umsetzung der 2004 in Budapest anlässlich der WHO-Umwelt- und Gesundheitsministerkonferenz gefassten Beschlüsse gemeinsam die Initiative für einen österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan ergriffen. Mit diesem Aktionsplan, der vom Umwelt- und Gesundheitsressort unter Einbeziehung vieler Experten und Akteure erarbeitet wurde, wollen wir einen aktiven Impuls für die weitere Verbesserung der Umweltbedingungen für unsere Kinder in Österreich setzen.

Erste Umsetzungsschritte haben wir bereits begonnen: So unterstützt etwa das klima:aktiv mobil Programm „Mobilitätsmanagement für Schulen“ SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern bei umweltfreundlicherer und gesundheitsfördernder Mobilität am Schulweg. Der Aktionsplan zur Kindersicherheit soll die Zahl der Kinderunfälle reduzieren helfen und hat eine sicherere Umwelt für unsere Kinder zum Ziel.

Damit soll eine gesundheitsförderliche Umwelt für unsere Kinder und die verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt gestellt werden. Der Aktionsplan soll zudem eine engere Koordination und Kooperation der Akteure und Initiativen für eine kinderfreundlichere Umwelt ermöglichen, die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen fördern und die Projekte auf Ebene des Bundes, der Länder und Gemeinden aber auch von Unternehmen und Verbänden vernetzen helfen.

Wir laden sie herzlich ein, an der Umsetzung des österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans mitzuwirken.

Ihr Josef Pröll
Umweltminister

Ihre Andrea Kdolsky
*Gesundheits-, Familien- &
Jugendministerin*

Zusammenfassung Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan

Kinder bedürfen aufgrund ihres noch in Entwicklung befindlichen Organismus eines besonderen Schutzes vor Umweltbelastungen und -gefahren. Für Österreichs Umwelt- und Gesundheitspolitik ist daher eine gesunde Umwelt für unsere Kinder und Jugendlichen ein zentrales Anliegen.

Während früher die Gesundheit von Kindern bedrohende Infektions- und Mangelkrankheiten zurückgedrängt werden konnten, treten heute neue umweltbedingte gesundheitliche Risiken, wie beispielsweise Schadstoffbelastungen, Unfallgefahren und Bewegungsmangel in den Vordergrund.

Die Schaffung einer kindgerechten Umwelt stellt neue Herausforderungen an die Politik. Vorsorge und Vermeidung, Schutz vor erkannten und/oder neuen Gefahren, Minimierung von Risiken und Belastungen sowie die Schaffung von gesundheitsfördernden Umweltbedingungen stehen dabei im Mittelpunkt der Bemühungen der Umwelt- und Gesundheitspolitik. Besonderer Bedeutung wird dabei der Berücksichtigung der Bedürfnisse unserer Kinder auch in den verschiedenen sektoralen Politiken - etwa im Verkehr, bei der Siedlungsplanung, in der Chemiewirtschaft, in der Unfallverhütung oder der Gesundheitsförderung – beigemessen.

Mit dem vorliegenden Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan für Österreich, der auf Initiative des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) und des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) unter Einbeziehung vieler kompetenter Stellen, Experten und Akteure erarbeitet wurde, werden die Ziele und Maßnahmen für eine gesunde Umwelt für unsere Kinder formuliert und die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt gestellt. Einen besonderen Stellenwert bei der Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplanes hat daher insbesondere die begleitende Jugendbeteiligung.

Österreich setzt mit diesem Aktionsplan die Beschlüsse von 2004 der Umwelt- und Gesundheitsministerkonferenz der WHO „Die Zukunft unseren Kinder“ insbesondere des Kinder-Umwelt Gesundheits-Aktionsplanes für Europa (CEHAPE) um.

Ausgehend von einer Bestandsanalyse folgt der österreichische Aktionsplan der Struktur des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans für Europa und enthält Maßnahmenvorschläge in den von der WHO vorgegebenen folgenden vier Handlungsprioritäten:

- I. Sicherstellung der Versorgung mit sauberem Wasser und guten sanitären Verhältnissen
- II. Unfallverhütung und Sicherstellung von ausreichender körperlicher Bewegung von Kindern durch eine kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung
- III. Sicherstellung von sauberer Außen- und Innenraumluft
- IV. Verhütung von Belastungen durch gefährliche Wirkstoffe

Die Handlungsempfehlungen folgen einem ganzheitlichen Ansatz und reichen von der Wasserreinhaltung und zur Bewusstseinsbildung für das wertvolle Gut „Wasser“, von der verstärkten Unfallprävention und Rücksichtnahme auf Kinder durch eine kinderfreundlichere Verkehrsorganisation und Siedlungsgestaltung bis hin zur Forcierung der mit körperlicher Bewegung verbundenen Mobilität zu Fuß und per Rad. Sie umfassen Empfehlungen zur Luftreinhaltung und Emissionsreduktion sowie zur Verbesserung der Innenraumluft wie etwa durch Einschränkung des Rauchens ebenso wie die Berücksichtigung des besonderen Schutzbedürfnisses von Kindern in der Chemiewirtschaft; Lärmschutz und Lärmbekämpfung sowie der Einsatz für saubere, erneuerbare Energien statt Kern-

energie, die Reduktion der Radon-Belastung und ein vorsorgeorientiertes Vorgehen bei Belastung durch elektromagnetische Felder sind weitere Handlungsfelder.

Zur Umsetzung des Aktionsplans wurden in Österreich bereits zahlreiche Umsetzungsinitiativen begonnen: Österreichs Schulen werden vom klima:aktiv mobil Programm für „Schulisches Mobilitätsmanagement“ bei Maßnahmen für umweltfreundliche und gesundheitsfördernde Mobilität am Schulweg unterstützt. Mit dem „Aktionsplan zur Kindersicherheit“ und konkreten Projekten zur Verkehrssicherheit soll zur Reduzierung der Kinderunfälle und Hebung der Sicherheit für unsere Kinder beigetragen werden. Projekte zur Innenraum- und Außenluft beschäftigen sich mit den Wirkungen auf Kinder. Kampagnen zur Gesundheitsförderung (z.B. „iSCH“) oder der „Masterplan Radfahren“ haben die Förderung der körperlichen Bewegung bei Kindern etwa durch Radfahren und Zufußgehen zum Ziel. Netzwerke von Schulen zur Gesundheitsförderung und Umweltbildung und das „Umweltzeichen Schule“ sollen forciert wer-

den. Transnationale Projekte wie „Alpine Awareness“ haben umweltfreundliche Jugendmobilität zum Thema. Jugendkampagnen setzen sich für den verantwortungsvollen Umgang mit Wasser ein. Zahlreiche Ministerien und Bundesstellen, Bundesländer und Gemeinden, Unternehmen und NGOs führen eine Vielzahl von Projekten durch.

Der Aktionsplan soll die Zusammenarbeit und Koordination der Initiativen für eine kinderfreundlichere Umwelt und ihrer Akteure fördern, die Projekte auf Ebene des Bundes, der Länder und Gemeinden, aber auch von Unternehmen und Verbänden vernetzen helfen und die Einbeziehung der Kinder und Jugendliche in die Projekte unterstützen. Der Aktionsplan wird von einer interministeriellen Task-Force unter Einbeziehung aller mitwirkenden Stellen und Akteure begleitet und koordiniert.

Alle Gebietskörperschaften, Verbände, Unternehmen und Institutionen und interessierte BürgerInnen sind herzlich eingeladen, die Umsetzung des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans für Österreich zu unterstützen.

Summary – Children’s Environment and Health Action Plan

Children need special protection against environmental pollution and hazards, as their bodies are still developing. Ensuring a healthy environment for our children and youth is therefore a central concern of Austria’s environmental and health policy.

Whilst the occurrence of most infectious and deficiency diseases endangering the health of children has been curbed, new environment-related health risks, such as pollution, accidents and a lack of exercise, have come to the fore.

Creating an environment for children poses a new challenge for political decision-makers. The efforts of the environment and health policy focus on prevention and avoidance, protection against known and/or new dangers, risk and stress minimisation as well as the creation of health-promoting environmental conditions. In this regard, special attention is being given to the needs of our children in the policy work of the various sectors, incl. transport, community planning, chemicals policy, accident prevention or health promotion.

The current Children’s Environment and Health Action Plan for Austria, which was developed with the support of numerous government offices, experts and stakeholders at the behest of the Federal Ministry of Agriculture and Forestry, Environment and Water Management as well as of the Federal Ministry of Health, Family and Youth, formulates the targets and measures for a healthy environment for our children and places the focus on the needs of our children. Hence special emphasis is given to the participation of youth in the development and implementation of the Action Plan by virtue of various projects and workshops.

Through this Action Plan, Austria is implementing the recommendations of the Ministerial Conference on Environment and Health of the WHO “The

Future of Our Children”, in particular those of the Children’s Environment and Health Action Plan for Europe (CEHAPE).

Based on an analysis of the current situation, the Austrian Action Plan was developed along the lines of the Children’s Environment and Health Action Plan for Europe and sets forth proposals for measures in the following four priorities for action defined by the WHO:

- I Ensuring safe water supplies and adequate sanitation
- II Preventing accidents and ensuring adequate physical activity
- III Ensuring clean indoor and outdoor air quality
- IV Preventing exposure to hazardous substances

The action recommendations are based on a holistic approach and range from efforts to ensure clean water supplies to raising people’s awareness for the valuable resource of „water“, from enhanced accident prevention and special consideration of children by implementing child-friendly traffic management and community planning to the encouragement of physical active mobility on foot and by bicycle. They comprise recommendations for air quality control and the reduction of emissions as well as the improvement of indoor air quality through smoking restrictions for instance and consideration of our children’s special need for protection in the chemicals policy. Noise control and noise abatement as well as the use of clean, renewable energy instead of nuclear energy and the reduction of radon loads as well as the prevention of exposure to electromagnetic fields are further fields of action.

Numerous implementation initiatives have already been launched in Austria to realise the Action Plan. Through its mobility management for schools programme, klima:aktiv mobil supports Austrian schools in their effort to ensure environmentally friendly and healthy mobility. The Action Plan for Child Safety and numerous projects promoting traffic safety aim to reduce the number of accidents involving children and to enhance safety for children. Projects dealing with indoor and outdoor air quality focus on the effect air quality has on children. Campaigns to promote health (e.g. iSCH) and the Bicycle Master Plan aim to encourage physical activity among children by walking and cycling, especially on their way to school. School networks fostering health and environmental education as well as the ecology label for schools are to be promoted. Transnational projects, such as Alpine Awareness, focus on environmentally friendly mobility for youngsters too. Various youth campaigns are promoting the responsible use of water. Numerous

ministries and government offices, Federal Provinces and communities, businesses and NGOs are also undertaking various projects.

The Action Plan aims to promote co-ordination and co-operation between the initiatives for a more child-friendly environment and their stakeholders, to network the projects at federal, provincial and community, but also at corporate and association level and to foster the involvement of children and young people in the process. An inter-ministerial task force has been assigned to accompany and coordinate the implementation of the Action Plan with the support of all relevant government offices and stakeholders.

All local and regional authorities, associations, businesses, and institutions as well as interested citizens are cordially invited to support the implementation of the Children's Environment and Health Action Plan for Austria.

Einleitung

Im Rahmen der 4. WHO Ministerkonferenz der europäischen Umwelt- und GesundheitsministerInnen „Die Zukunft unseren Kindern“ im Juni 2004 in Budapest wurde der **Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan für Europa - Children Environment Health Action Plan for Europe** oder kurz „**CEHAPE**“ verabschiedet. Österreich hat die Erarbeitung und Verhandlung dieses Aktionsplanes als „Lead Country“ aktiv unterstützt. Die Mitgliedstaaten der WHO Euro haben sich bei der Budapester Konferenz verpflichtet bis 2007 jeweils nationale Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionspläne zu erstellen und deren Umsetzung einzuleiten.

Der Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan für Österreich setzt diese Beschlüsse der Umwelt- und GesundheitsministerInnen von Budapest um. Der Aktionsplan wurde von den beiden, den WHO Prozess „Gesundheit und Umwelt“ in Österreich federführend betreuenden Ressorts – dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) und dem Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) – unter Einbeziehung zahlreicher Akteure im Rahmen der österreichischen CEHAPE-Task Force erstellt.

Der Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan für Österreich folgt der Struktur des bei der WHO Ministerkonferenz in Budapest verabschiedeten CEHAPE und konzentriert sich auf die dort festgelegten vier regionalen Handlungsprioritäten:

- I. Sicherstellung der Versorgung mit sauberem Wasser und guten sanitären Verhältnissen
- II. Unfallverhütung und Sicherstellung von ausreichender körperlicher Bewegung von Kindern durch eine kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung
- III. Sicherstellung von sauberer Außen- und Innenraumluft
- IV. Verhütung von Belastungen durch gefährliche Wirkstoffe

Auf Basis der ebenfalls von der WHO vorgelegten Empfehlungen für nationale Maßnahmen leitet der Aktionsplan konkrete Handlungsempfehlungen (Maßnahmentabellen im Anhang) zur Implementierung des CEHAPE in Österreich ab. Der Erarbeitung vorausgehend erfolgte eine Bestandsanalyse



der in Österreich bereits laufenden Initiativen und Projekte im Bereich Kinder-Umwelt-Gesundheit.

Die Erstellung des Aktionsplans wurde entsprechend der Empfehlung der WHO zur Einbeziehung der Jugend von konkreten Projekten zur Jugendbeteiligung begleitet.

Der Aktionsplan enthält weiters eine Übersicht über die bereits gestarteten zahlreichen Umsetzungsprojekte in Österreich und stellt gute Praxisbeispiele aus verschiedenen Bereichen vor.

Im Rahmen einer Konsultation wurden die relevanten Akteure auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sowie Unternehmen, Vereine und Verbände eingebunden und um Stellungnahmen und Beiträge ersucht.

Der Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan konzentriert sich entsprechend der WHO-Vorgaben auf die umweltbezogenen Gesundheitseffekte für Kinder und leitet entsprechende Handlungsempfehlungen für eine gesunde Umwelt für unsere Kinder ab. Andere wichtige Einflussfaktoren auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (z.B. psychische Gesundheit der Kinder, Armut und soziale Ungleichheit, sozialer Zusammenhalt in der Gesellschaft, Zugang zu Bildung und die Gestaltung des Schulsystems, Zugang zu gesunder Ernährung, Konsumentenschutz) werden in

anderen - zum Teil komplementären Strategiepapieren wie z.B. dem „Nationalen Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen“, die Strategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die Strategie „Gesundheitsfördernde Schulen“, sowie dem „Aktionsplan zur Kindersicherheit“ - behandelt. Im Zuge der Implementierung des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans sollen Synergien zu diesen Strategien hergestellt oder verstärkt werden.

Die Umsetzung des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans für Österreich soll in intensiver Kooperation und Koordination der federführenden Ressorts Umwelt sowie Gesundheit, Familie und Jugend mit den relevanten Akteuren auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene unter Einbeziehung interessierter Unternehmen, Vereine und Verbände erfolgen. Die Implementierung wird von der österreichischen CEHAPE Task Force begleitet und koordiniert werden.

Mit dem Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan für Österreich soll nicht nur eine internationale Verpflichtung umgesetzt, sondern vor allem ein aktiver Impuls und ein die Akteure vernetzender Rahmen - sowohl für bereits laufende als auch für neue Umsetzungsmaßnahmen - zur weiteren Verbesserung der Umwelt- und Gesundheitssituation für unsere Kinder und Jugendlichen in Österreich geschaffen werden.

Das Ziel: Eine gesunde Umwelt für unsere Kinder

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert „Gesundheit“ nicht nur als Abwesenheit von Krankheit, sondern als „Zustand vollständigen, körperlichen, geistigen und sozialen Wohls“. Demnach ist Gesundheit in unterschiedliche Lebensumstände eingebettet, die von vielfältigen, in Wechselwirkung stehenden, Faktoren in Gesellschaft und Politik bestimmt werden.

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist auch das zentrale Anliegen der UN-Konvention über die Rechte des Kindes - Kinderrechtskonvention (KRK): „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit an“ heißt es im Art.24, Abs.1 der KRK. Aber auch die meisten anderen Rechte der Kinderrechtskonvention haben einen direkten oder indirekten Einfluss auf die Gesundheit von Kindern, um die es geht, wenn das Kindeswohl als zentrales Leitprinzip aufgestellt wird.

Der Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan folgt diesen Leitprinzipien und stellt dieses Wohls der Kinder hinsichtlich einer gesunden physischen, psychischen und sozialen Entwicklung insbesondere durch eine gesunde Umwelt in den Vordergrund.

Umweltbelastungen stellen gerade für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen besondere Risiken dar, weswegen diese Bevölkerungsgruppe bei gesellschaftlichen Prozessen und politischen Entscheidungen einer besonderen Berücksichtigung bedarf.

Trotz erheblicher umwelt- und gesundheitspolitischer Bemühungen und der Forcierung neuer Technologien etwa zur Reinigung von Abgasen - wie z.B. die Einführung von blei-, benzol- und schwefelfreien Kraftstoffen sowie von Katalysatoren und Dieselpartikelfilter für Kraftfahrzeuge - bestehen aufgrund der zunehmenden Motorisierung und den stark gestiegenen Verkehrsbelastungen nach wie vor starke

Umweltbelastungen aus dem Verkehr wie Treibhausgasemissionen, Feinstaub, Ozon, Lärm sowie Flächenversiegelung. Aber auch Verunreinigungen der Atemluft durch Industrie und Hausbrand, Lärmbelastung, Unfallgefahren oder Beeinträchtigungen durch verschiedenste Chemikalien belasten besonders den kindlichen Organismus. Nicht nur aus entwicklungspsychologischer, sondern auch aus ärztlicher Sicht ist dies besonders bedenklich, da Kinder aufgrund ihres sich noch im Entwicklungsstadium befindlichen Organismus wesentlich sensibler reagieren als Erwachsene. Einzelne Organe befinden sich in empfindlichen Entwicklungsstadien. So erfolgt z.B. die Gehirnentwicklung v.a. in den ersten Lebensjahren, Stoffwechsel und Immunsystem sind noch nicht voll entwickelt, gleichzeitig haben Kinder relativ zum Körpergewicht beispielsweise einen schnelleren Stoffwechsel und ein höheres Atemvolumen als Erwachsene und ihre Atemwege haben einen kleineren Querschnitt. Negative Einwirkungen und Schäden in diesem Stadium haben für ihren Organismus auch in späteren Jahren gesundheitliche Folgen.

Während die meisten schweren Infektionskrankheiten, Epidemien und Mangelkrankheiten vergangener Jahrzehnte weitgehend zurückgedrängt werden konnten, treten zunehmend neue gesundheitliche Risiken und Beeinträchtigungen wie chronische und psychosomatische sowie von der (belasteten) Umwelt mitbedingte Krankheiten auf wie etwa Allergien, aber auch gesundheitliche Risiken wie Bewegungsmangel und dadurch verursachte Haltungsschäden und Adipositas, Sprach- und Verhaltensauffälligkeiten sowie psychosoziale Dysfunktionen. Die Schaffung einer kindgerechten Umwelt stellt neue Herausforderungen an die Politik. Vorsorge und Vermeidung, Schutz vor erkannten und/oder neuen Gefahren, Minimierung von Risiken und Belastungen sowie die Schaffung von gesundheitsfördernden Umweltbedingungen stehen dabei im Mittelpunkt der Bemühungen der Umwelt- und Gesundheitspolitik.

Von besonderer Bedeutung ist es bei den Aktivitäten, die für oder mit Kindern und Jugendlichen gesetzt werden, die unterschiedlichen entwicklungspsychologischen und körperlichen Voraussetzungen anzuerkennen und zu berücksichtigen: Sie haben eine andere Wahrnehmung und sind nicht einfach als „kleine Erwachsene“ anzusehen. Kinder haben eine andere Körperphysik und andere Physiologie als Erwachsene. Weiters sind Kinder keine homogene Gruppe, sondern Föten, Säuglinge, Kleinkinder, Schulkinder, Pubertierende – mit jeweils anderen Umwelt- und Gesundheitsrisiken.

Kinder entdecken ihre Umgebung spielerisch mit allen Sinnen. Durch freies Spiel lernen sie ihre Kräfte und Fähigkeiten kennen, erfahren ihre Grenzen und den Umgang mit Gefahren und bekommen dadurch Alltagskompetenz. Indem sie im Spiel Erwachsene nachahmen, verarbeiten sie ihre Erlebnisse und Wahrnehmungen und lernen sich mit dem sozialen Leben auseinander zu setzen. Kinderspiel heißt, das Leben und sich selbst kennen zu lernen. Aktives Tun, Bewegung und der Wunsch nach Mitgestaltung stehen dabei im Vordergrund.

Um Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen in der Gesellschaft zu ermöglichen, braucht es nicht nur saubere Luft und sauberes Wasser, keine chemischen oder physikalischen Störeinträge, sondern insbesondere auch gesunde Lebensräume, um ihnen spielerisches Lernen, selbständiges Erforschen und soziale Kontakte zu ermöglichen. Besonders bedenklich ist daher die oft erhebliche Einschränkung der - für die Entwicklung von Kindern besonders wichtigen Spielräume und Entfaltungsmöglichkeiten im Freien - etwa durch die stark vom Verkehr beanspruchten und belasteten Freiräume. Durch einen Mangel an leicht erreichbaren, verkehrsarmen und sicheren Spielräumen werden Kinder in ihrem Bewegungsdrang stark behindert. Ein selbständiges Erkunden des lokalen Umfeldes in Gemeinschaft mit anderen Kindern und in immer weiteren Entfernungen (je nach Alter der Kinder bzw. Jugendlichen) wird zunehmend schwieriger. Stattdessen werden sie aus Angst vor

Verkehrsunfällen zu ausgewählten und entfernten Orten, die speziell für ihresgleichen vorgesehen und vorbereitet sind (wie Spielplätze, Kurse für Kinder, Kulturangebote, etc.) mit dem Auto gefahren. Dazu kommen Orte wie Einkaufszentren, zu denen sie von Erwachsenen im Auto mitgenommen werden müssen, weil es vielleicht wenige Einkaufsmöglichkeiten in nächster Nähe gibt. Der Lebensraum „moderner“ Kinder setzt sich aus vielen isolierten Punkten zusammen, der kaum mehr ungeplante Aufenthalte, unabhängige Bewegung oder zeitlich unbegrenztes und freies Spielen ohne Beförderungsnotwendigkeit oder Beaufsichtigung von Erwachsenen erlaubt.



Mit der Erarbeitung des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan Österreich sollen nun nicht nur die Verpflichtungen im Rahmen der WHO erfüllt, sondern vor allem ein aktiver Impuls und koordinierender Rahmen für die Fortführung bereits laufender sowie den Start von neuen Umsetzungsmaßnahmen gesetzt werden, mit dem Ziel die Umwelt- und Gesundheitssituation für unsere Kinder in Österreich noch weiter zu verbessern.

Mit dem österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan sollen die Ziele und Maßnahmen für eine gesunde Umwelt für unsere Kinder und die verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt der Aktivitäten der relevanten AkteureInnen gestellt werden. Schließlich bringen alle Maßnahmen für eine kindergerechte und gesunde Umwelt auch eine lebenswerte (Um-) Welt für Erwachsene!

Alle Gebietskörperschaften, Verbände, Unternehmen und Institutionen und natürlich jede einzelne Bürgerin und jeder Bürger sind daher eingeladen, die Umsetzung des österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans zu unterstützen.

Der Weg zum Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan

CEHAPE: Eine pan-europäische Initiative der WHO

Vom 23. - 25. Juni 2004 fand die 4. WHO Ministerkonferenz „Die Zukunft unseren Kindern“ der europäischen Umwelt- und GesundheitsministerInnen in Budapest statt. VertreterInnen der 52 Mitgliedstaaten der europäischen WHO Region - darunter auch Österreichs Umweltminister und Gesundheitsministerin - beschlossen dabei den „Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan der europäischen Regionen der WHO“, engl. „CEHAPE - Children’s Environment and Health Action Plan for Europe“. Die MinisterInnen kamen in Budapest überein, bis 2007 nationale Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionspläne auf Basis der von der WHO festgelegten folgenden vier Handlungsprioritäten (die sog. „Regionalen Prioritätsziele“) zu entwickeln und ihre Umsetzung einzuleiten.¹

- **Handlungsfeld I - Sicherstellung der Versorgung mit sauberem Wasser und guten sanitären Verhältnissen**

Regionales Prioritätsziel I des CEHAPEs ist es, „Morbidity und Mortalität als Folgen von Magen-Darm-Erkrankungen und anderen gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch angemessene Maßnahmen, wie den Zugang zu sauberem Wasser und guten sanitären Verhältnissen, zu verhüten.“



- **Handlungsfeld II - Unfallverhütung und Sicherstellung von ausreichender körperlicher Bewegung von Kindern**

Regionales Prioritätsziel II ist die „Verhütung und Verringerung von gesundheitlichen Folgen von Unfällen und Verletzungen sowie die Abnahme der durch Bewegungsmangel hervorgerufene Morbidity durch Förderung von für alle Kinder sicheren, schützenden und unterstützenden Siedlungs- und Verkehrsverhältnisse.“

- **Handlungsfeld III - Sicherstellung von sauberer Außen- und Innenraumluf**

Regionales Prioritätsziel III des CEHAPEs ist die „Verhütung und Verminderung der durch Verschmutzung von Innen- und Außenluft bedingten Erkrankungen der Atemwege und Sicherstellung, dass alle Kinder in einem Lebensumfeld mit sauberer Luft leben können.“

- **Handlungsfeld IV - Verhütung von Belastungen durch gefährliche Wirkstoffe**

Regionales Prioritätsziel IV ist die „Verringerung des Risikos von Erkrankungen oder Behinderung als Folge einer – auch bereits pränatalen – Belastung durch gefährliche Chemikalien, physikalische Einwirkungen (z.B. Lärm) und biologische Wirkstoffe sowie gefährlicher Arbeitsbedingungen.“

Diese WHO Systematik der 4 Handlungsfelder stellt daher den vorgegebenen Rahmen für die nationalen Umsetzungspläne und damit auch den Österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan dar.

Österreich: Impulsgeber für den CEHAPE

Österreich – vertreten durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) und das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) – spielte bei der Erarbeitung des CEHAPEs eine federführende Rolle und unterstützte den Verhandlungsprozess personell und finanziell. Österreich konnte so wichtige Anliegen im CEHAPE und seinen paneuropäischen Zielen und Maßnahmen verankern. Die aktive Rolle Österreichs für den Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan ist eine konsequente Fortführung der Vorreiterrolle Österreichs für einen umwelt- und gesundheitsverträglichen Verkehr in Europa.

Sie baut auf der erfolgreichen Zusammenarbeit Österreichs mit UNECE¹ und WHO² auf, insbesondere zur *UNECE Wiener Deklaration für Verkehr und Umwelt*, zur *WHO Charta für Verkehr, Umwelt, Gesundheit* und zum *THE PEP – Pan-Europäischen Programm für Verkehr, Gesundheit und Umwelt* (THE PEP – Transport, Health, Environment Pan-European Programme). Im Rahmen von THE PEP wurde in einem transnationalen Projekt von Österreich, Frankreich, Malta, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz sowie WHO und UNECE erstmals das internationale ExpertInnenwissen zu den verkehrsrelevanten Effekten von Luftverschmutzung, Lärm, Unfällen, körperlicher Aktivität sowie den psychologischen und sozialen Effekten mit dem Fokus auf Kinder umfassend zusammengestellt.² Zusätzlich wurden die gesamtwirtschaftliche Größenordnung für die Kosten durch umweltbedingte Gesundheitsbelastungen und die Kosteneinsparungen durch verbesserte Gesundheit – beispielsweise infolge verstärkter körperlicher Bewegung durch Förderung von Gehen und Radfahren – erforscht. Diese Erfahrungen und Erkenntnisse führten zu gemeinsamen Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Politik. In Österreich wurden darauf seitens der verantwortlichen Ressorts erste Umsetzungsprojekte wie die Informationsbroschüre „Gesunde Umwelt für unsere

Kinder“³ und die flächendeckende Umsetzung von Mobilitätsmanagement für Schulen⁴ im Rahmen des klima:aktiv mobil-Programms sowie andere Projekte gestartet.



Im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft konnten auch für die Gesundheit der Kinder wichtige Weichenstellungen erreicht werden: In den Verhandlungen zur Verschärfung der Abgasstandards für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge in der EU konnten dank der Initiativen des Lebensministeriums neben der vorgeschlagenen Absenkung der Grenzwerte für Partikelemissionen (geplante Abgasstandards EURO 5) auch eine zweite Abgasstandardstufe zur drastischen Absenkung der Stickstoffoxidemissionen (NOx) verankert werden. Im Rahmen der am 27. Juni 2006 im Umweltministerrat in Luxemburg beschlossenen „Schlussfolgerungen für eine städtische Umwelt“ wurde – auf Vorschlag der österreichischen Präsidentschaft – eine verstärkte Berücksichtigung der Empfehlungen des CEHAPE bei der Umsetzung der EU-Strategie für eine städtische Umwelt durch die Kommission und die Mitgliedstaaten verankert.

Auch seitens der NGOs wurden bereits einige bewusstseinsbildende Maßnahmen etwa durch die „AeGU – Ärztinnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt“ oder des „VCÖ – Verkehrsclub Österreich“ gestartet.

¹ UNECE – „United Nations Economic Commission for Europe“ der Vereinten Nationen

² WHO – Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen

EU-Strategie Umwelt & Gesundheit

Die UN-Konvention über Kinderrechte fordert dazu auf, die bestmögliche Gesundheit für Kinder anzustreben. Daher wurde auf gemeinsame Initiative der EU-Generaldirektionen für Umwelt, für Gesundheit und für Forschung eine „Europäische Strategie für Umwelt und Gesundheit“ entwickelt und im Juni 2003 veröffentlicht. Ziel dieser EU-Strategie ist die Etablierung eines integrierten europäischen Umwelt-Gesundheits-Monitoring- und Reaktionssystems zur Bewertung der gesamten Umweltfolgen für die menschliche Gesundheit. Unter Beteiligung der EntscheidungsträgerInnen aus den Ministerien der alten und neuen Mitgliedsstaaten, Wissenschaft, Industrie und NGOs wurde ein Aktionsplan erarbeitet. Der Fokus dieses Planes liegt dabei auf den Schwerpunkten der Erforschung von Kinderatemwegserkrankungen und Allergien, Entwicklungsstörungen des Nervensystems, Krebserkennung bei Kindern und hormonellen Entwicklungsstörungen. Dieser Aktionsplan war der Hauptbeitrag der Europäischen Kommission für die 4. WHO Ministerkonferenz zu Umwelt und Gesundheit 2004 und zur Implementierung der dort gefassten Beschlüsse, insbesondere zum CEHAPE.

AkteurInnen

Der österreichische Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan hat zum Ziel, Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen in einer gesunden Umwelt zu ermöglichen und Maßnahmen zur Verbesserung von Umwelt- und Gesundheitsbedingungen für unsere Kinder aufzuzeigen sowie deren Umsetzung anzuregen. Die Maßnahmenempfehlungen des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans richten sich naturgemäß an Erwachsene als die Entscheidungs- und Verantwortungsträger durch Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern, etwa in der Gesetzgebung, Forschung, Verkehrsplanung (z.B. durch kindgerechte Planung und Bau von Siedlungen und Verkehrsanlagen) u.v.a.m. Es ist jedoch auch unabdingbar, durch eine spielerische, den jeweiligen Entwicklungsphasen angepasste Umweltbildung Kinder und Jugendliche als aktive MitgestalterInnen ihrer Umwelt im Sinne der „Österreichischen Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung“ einzubeziehen. Der Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan setzt daher einen Schwerpunkt bei der Jugendbeteiligung und schließt gerade Kinder und Jugendliche als eigenverantwortliche Umsetzungsakteure mit ein.



Eine Reihe von AkteurInnen sind für die Umsetzung wichtig:

Kinder und Jugendliche:

- Kindergarten: über: Erspielen von Umweltthemen
- Pflichtschulbereich (1.-9. Schulstufe: VS, HS, AHS-Unterstufe)
über: Verstärkung der Projektarbeit gemäß des Projekterlasses und im Sinne des Grundsatzeserlasses für Umweltbildung und Verkehrserziehung des BMUKK sowie durch Unterstützung der Arbeit der Schulbuchkommission und Umwelt- und Gesundheitsbildung in Schulen
- Oberstufenschulbereich (10.-13. Schulstufe: AHS, BHS, Berufsschulen)
über: persönliche Betroffenheit und gesundheitliche Aspekte sowie berufsrelevante Vermittlung der Themen im Bereich Umwelt- und Gesundheitsbildung
- Auszubildende (Jugendliche bis 25 Jahre: Studierende, Zivildienst/Grundwehrdienst)
über: Erfahrungen in der Ausbildung sollen Jugendliche in der Rolle als MultiplikatorInnen weitergeben



Erwachsene:

- Eltern, Großeltern, andere persönlich Bezugspersonen
- LehrerInnen, BetreuerInnen in außerschulischen Kinder- und Jugendorganisationen
- PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen in Bund, Länder, Gemeinden
- VertreterInnen von Interessensvertretungen und NGOs
- AkteurInnen in Wirtschaft und Industrie
- PlanerInnen und BeraterInnen
- ForscherInnen und Lehrende an Universitäten

Breite Umsetzungspartnerschaften in Österreich

Für die Erarbeitung und Umsetzung eines nationalen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans in Österreich wurde spiegelbildlich zur unter österreichischem Vorsitz (DI Robert Thaler vom Lebensministerium) stehenden *internationalen CEHAPE Task Force der WHO* eine *interministerielle Koordinationsgruppe* vom Lebensministerium in Kooperation mit dem Gesundheitsministerium eingerichtet. In dieser österreichischen CEHAPE Task Force werden die Schritte zur Implementierung des CEHAPEs in Österreich koordiniert, die Erarbeitung bzw. Umsetzung des österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan vorangetrieben, Umsetzungsprojekte initiiert sowie die internationalen CEHAPE Task Force Sitzungen vorbereitet. Diese Arbeitsgruppe besteht aus VertreterInnen der Bundesministerien (BML-FUW, BMGFJ, BMVIT, BMWA, BMUKK, BMI, BKA, BMeiA), VertreterInnen der Verbindungsstelle der Länder, Gemeindebund, Städtebund, Ärztekammer, Fonds Gesundes Österreich,

Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds, Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen, Umweltbundesamt, Netzwerk Gesunde Städte und NGOs (z.B.: AeGu – Ärztinnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt, JUNE - Jugend-Umwelt-Netzwerk, Klimabündnis, VCÖ – Verkehrsclub Österreich) und anderen für Gesundheit und Umwelt der Kinder engagierten ExpertInnen und Institutionen. Ein besonderer Schwerpunkt wurde bei der Erarbeitung des österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans darauf gelegt, dass auch Jugendliche an der Entwicklung beteiligt waren und die Ergebnisse von Arbeitsgruppen der österreichischen Jugendorganisationen integriert wurden.

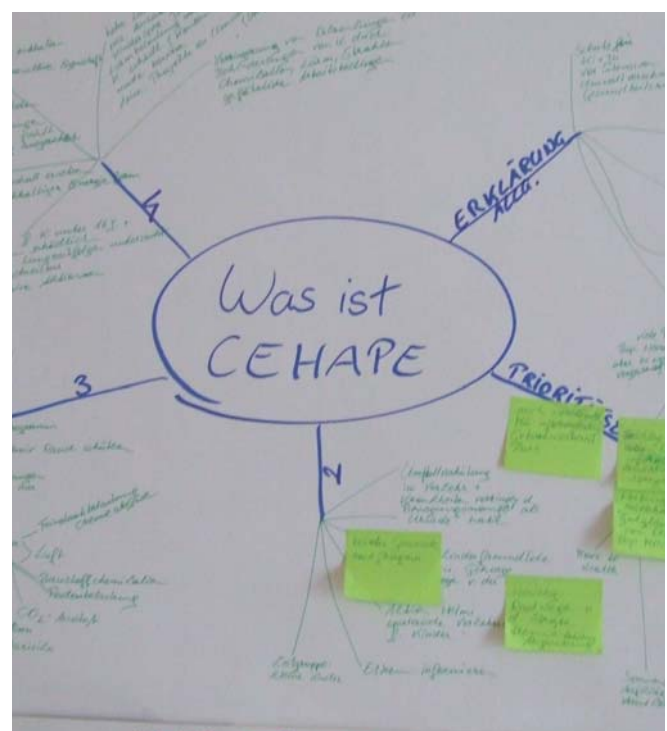
Die Bestandsanalyse und Maßnahmenentwicklung

Der vorliegende nationale Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan basiert auf einer breit angelegten Bestandsanalyse der in Österreich bereits umgesetzten Aktivitäten zum Schutz von Kindern und umfasst die für Österreich prioritären Maßnahmen in den vier Handlungsfeldern.

Vorgabe für diese Ist-Zustands-Erhebung von für Kinder relevanten Umwelt- und Gesundheitsaktivitäten in Österreich war eine von der WHO vorgegebene Matrix mit den wichtigsten Maßnahmen, die aus nationalen und internationalen Beiträgen der Mitgliedsstaaten und NGOs gesammelt wurden und die sich für den Schutz von Gesundheit und Umwelt der Kinder als wirksam erwiesen haben. Die Aufgabe für das österreichische Team bestand darin, zu überprüfen, ob und inwieweit die als Orientierungshilfe vorgegebenen Maßnahmen in Österreich bereits geplant oder umgesetzt werden bzw. welche anderen Maßnahmen umgesetzt werden. Um einen ersten Überblick zu bekommen, wurden dazu Projekte auf Bundes- und Länderebene erhoben. Weiters wurden Aktivitäten außerhalb dieser Ebenen, soweit sie in der

Recherche erfasst wurden, aufgenommen. Der vorliegende Maßnahmenkatalog und die im Anhang zusammengestellten Tabellen basieren auf dieser Erhebung.

Die Bestandserhebung hat ergeben, dass in Österreich zahlreiche Aktivitäten für und mit Kindern und Jugendlichen zum Themenfeld Umweltschutz und Gesundheit umgesetzt werden, jedoch oft sektoral und punktuell etwa in einzelnen Bundesministerien oder einzelnen Bundesländern, Städten und Gemeinden. Aufgrund der Tatsache, dass die Themen „Kinder – Umwelt - Gesundheit“ Querschnittsmaterien sind, die dazu noch unterschiedlichen Kompetenzen auf Bundes- und Landesebene zugeordnet ist, ist eine bundesweite Abstimmung dieser Aktivitäten inkl. einer begleitenden Evaluierung schwierig. Viele erfolgreiche Projekte bleiben dadurch im Status von punktuellen „Pilotvorhaben“. Wertvolle Erfahrungen und Synergien gehen dabei oft verloren. Der Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan soll hier durch eine österreichweite Koordination der Aktivitäten einen aktiven Impuls und geeigneten Rahmen für Umsetzungsprojekte und eine verstärkte Vernetzung und Zusammenarbeit der AkteurlInnen schaffen.



Jugendbeteiligung bei der Entwicklung des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans

Die WHO Umwelt- und GesundheitsministerInnenkonferenz „Die Zukunft unseren Kindern“ in Budapest 2004 regte eine intensive Jugendbeteiligung bei der Entwicklung von nationalen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplänen in den Mitgliedsländern an. In Österreich koordiniert das Jugend-Umwelt-Netzwerk, JUNE, unter Einbeziehung der anderen österreichischen Jugendorganisationen den Prozess der Jugendbeteiligung.

Begonnen wurde mit einer bundesweiten Ausschreibung an verschiedene Jugendorganisationen und Schulen, die über die Möglichkeit einer Jugendbeteiligung am Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan unter dem Motto „Jugend-Power für eine gesunde Umwelt“ informierte und interessierte Jugendliche zur Ausbildung zu sogenannten „CEHAPE-Coaches“ eingeladen hatte.

19 Jugendliche aus allen Bundesländern nahmen an einem dreitägigen Seminar im April 2006 teil. Ziel dieses Seminars war es, über die Anliegen und Inhalte des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans zu informieren, die Meinung der Jugendlichen einzuholen, die Möglichkeiten einer Beteiligung darzustellen und den Leitfaden der folgenden Befragung zu erarbeiten.

Bis Juni befragten die ausgebildeten CEHAPE-Coaches weitere Jugendliche im Zug, im Bus oder einfach auf der Straße. Die Ergebnisse gaben einen guten Einblick in die Sichtweise und den Informationsstand der Jugendlichen und ließen Trends erkennen. Wertvolle Ideen als Ergänzungen des Aktionsplans wurden abgegeben und besonders wichtige Themenbereiche herausgearbeitet. Die Befragung zeigte, welche Themen für Jugendliche wichtig sind: Zum einen sind das die Themen „Bewegung und Ernährung“, zum anderen auch die verschiedensten Umweltprobleme (von Klimawandel

über Luftschadstoffe bis hin zu Müll und Ressourcenverbrauch). Ein Themenschwerpunkt war der Bedarf an weiteren Informationen als Umwelt- oder Gesundheitsbildung, in Form von Veranstaltungen und Informationsmaterialien, als zusätzlicher Bestandteil des Unterrichts oder auch im Rahmen von Exkursionen und Freizeitangeboten. Für die befragten Jugendlichen waren die wichtigsten Ziele des Aktionsplans „Schutz von Wasser und Luft“ vor dem Themenbereich „Ernährung/Bewegung“. Ergänzungsbedarf wird in erster Linie in den Bereichen „Energie“, „Naturschutz“, und „Rauchen“ gesehen. Die Umfrage zeigte auch, dass die Themen „Umwelt und Gesundheit“ für Jugendliche wichtig sind. Ohne Anspruch auf Repräsentativität konnte die Befragung Trends und Schwerpunkte der Jugendlichen im Bereich „Umwelt und Gesundheit“ aufzeigen.

Die folgenden „Jugend-Umwelt-Tage 2006“, an denen 500 Jugendliche teilnahmen, wurden unter den Schwerpunkt „Umwelt und Gesundheit“ gestellt, um weiteren Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre gemeinsamen Anliegen und Maßnahmen-schwerpunkte für den Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan zu definieren. So konnte die Idee des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans bundesweit vielen Jugendlichen näher gebracht und außerdem eine Beteiligung an der Weiterentwicklung des österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans im Rahmen von Workshops gewährleistet werden. Jugendliche waren auch im Rahmen der österreichischen Task-Force eingeladen, ihre Meinung einzubringen.

Jeweils zwei österreichische Jugendliche aus der Gruppe der CEHAPE-Coaches nahmen am vierten internationalen CEHAPE-Task-Force Meeting in Zypern (Oktober 2006) und am fünften CEHAPE-Task-Force Meeting in Brüssel (März

2007) teil sowie im April 2007 am internationalen Youth Forum in Luxemburg. Sie konnten dort ihre Erkenntnisse zur österreichischen Jugendbeteiligung präsentieren.

Damit eine nachhaltige Jugendbeteiligung gewährleistet werden kann und aufgrund der guten Erfahrungen mit dem Prinzip der „Peer-education“ (Jugendliche informieren Jugendliche) wurden weitere CEHAPE-Coaches ausgebildet, die in den Regionen und in Schulen Workshops zum Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktions-Plan durchführen werden. Hier werden insbesondere VertreterInnen aller Jugendorganisationen die Einbindungsmöglichkeiten des österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan in ihren Alltag und somit die Praxistauglichkeit ausloten und überprüfen. Weitere Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in den Handlungsfeldern sollen im Rahmen der Implementierung des österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan getestet und umgesetzt werden.

Handlungsempfehlungen der Jugendlichen

Folgende Anliegen und Maßnahmenschwerpunkte wurden von den Jugendlichen erarbeitet:

Handlungsfeld 1:

Wasserverschmutzung und Wasserverschwendung waren für die Jugendlichen im Handlungsfeld „Wasser“ die größten Risikofaktoren. Viele erwähnten die Gefährdung durch Blei-Trinkwasserleitungen, die rascher und konsequenter ausgetauscht und auch regelmäßig kontrolliert werden sollen. Um der Wasserverschwendung entgegenzuwirken, forderten die Jugendlichen Aufklärungskampagnen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, damit Wasser wieder als kostbares Gut – auch in einem Land, in dem Wassermangel keine Rolle spielt – anerkannt wird.

Handlungsfeld 2:

Die Jugendlichen forderten im Bereich Verkehr und Unfallverhütung verstärkte Kontrollen auf der Straße, damit „Alkolenker“ und Raser schon frühzeitig gestoppt und mit strengeren Strafen abgeschreckt werden. Weiters war es den Jugendlichen wichtig, den motorisierten Individualverkehr zu verringern. Dazu forderten die Jugendlichen als erstes den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, aber auch das Radfahren sollte mehr gefördert werden. Auch die Umsetzung von autofreien Tagen wurde als sinnvoll erachtet. Weiters sahen die Jugendlichen einen Mangel an Angeboten bei Sport- und Freizeitaktivitäten und deren oft schlechte oder fehlende umweltfreundliche Erreichbarkeit mit Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln.

Handlungsfeld 3:

Für die Jugendlichen waren in diesem Bereich die Einführung und Ausweitung der rauchfreien Zonen eine wichtige Maßnahme sowie Aufklärung über Risiken des Rauchens in der Schule. Des weiteren wurde eine strengere Flächenwidmung gefordert, sodass im Bereich von Wohnsiedlungen keine Hauptverkehrsachsen gebaut werden dürfen.

Handlungsfeld 4:

Die Jugendlichen forderten hier Aufklärungskampagnen über gefährliche Inhaltsstoffe und beklagten den Informationsmangel in Bezug auf Auswirkungen von Inhaltsstoffen oder Chemikalien auf die Gesundheit. Schwierigkeiten bereitete vor allem das Verstehen und Zuordnen von Abkürzungen oder Fachwörtern für Inhaltsstoffe. Weiters wurde von der „Computergeneration“ gefordert, dass Computer strahlungsarm gestaltet werden und strahlungsabschirmende Materialien verwendet werden. Die von den Jugendlichen geforderten Maßnahmen wurden bei den Handlungsempfehlungen und den detaillierten Maßnahmentabellen des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplanes berücksichtigt.

Die Handlungsfelder des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans in Österreich

Ausgehend von der Bestandsanalyse der bereits laufenden und existierenden Maßnahmen und Projekten folgt der Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan Österreich der Struktur des CEHAPes und setzt seinen Schwerpunkt auf Handlungsempfehlungen in den von der WHO festgelegten 4 prioritären Handlungsfeldern - den „CEHAPE Regional Priority

Goals“ - und gibt dann in seinem Anhang detaillierte Maßnahmenempfehlungen entsprechend den von der WHO empfohlenen Maßnahmentabellen für die Umsetzung auf nationaler Ebene. Aus den empfohlenen Maßnahmentabellen kann jedes Land entsprechend seiner nationalen Bedürfnisse und Prioritäten Maßnahmen reihen.



Handlungsfeld I: Sicherstellung der Versorgung mit sauberem Wasser und guten sanitären Verhältnissen

Ausgangssituation:

Österreich ist aufgrund seiner geografischen und klimatischen Lage in der glücklichen Situation, ausreichend mit Wasser versorgt zu sein. Das Trinkwasser wird in Österreich aus Grund- und Quellwasser bezogen. Dieses wird in der Regel durch die natürliche Filtration des Bodens gereinigt, während in anderen Ländern sauberes Wasser oft mit Hilfe von Chemikalien aufbereitet werden muss. Die von der WHO vorgegebenen Maßnahmen im Handlungsfeld I sind daher in Österreich – auch im Rahmen von EU-Richtlinien – weitgehend umgesetzt.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Rohstoff Wasser ist aber – auch wenn die Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser sichergestellt und quasi als „selbstverständlich“ betrachtet wird – sehr notwendig, gerade weil es eben *keine* „Selbstverständlichkeit“ ist. Deshalb ist die Steigerung der Wertschätzung des Wassers und der Schutz seiner Qualität durch Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung zur Sichtbarmachung der Bedeutung der (Über-)Lebensressource Wasser auch im wasserreichen Österreich wichtig. Auch für die beteiligten Jugendlichen waren Wasserverschmutzung und Wasserverschwendung die größten Risikofaktoren in diesem Handlungsfeld. Viele erwähnten die Gefährdung durch „alte Blei-Trinkwasserleitungen“, die ausgetauscht und auch regelmäßig kontrolliert werden sollten bzw. Aufklärung über die Risiken. Um der Wasserverschwendung entgegenzuwirken, forderten die Jugendlichen Aufklärungskampagnen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, damit Wasser wieder als kostbares Gut – auch in einem Land, in dem Wassermangel keine Rolle spielt – anerkannt wird.

**Wasser kann durch nichts ersetzt werden!
Doch um es zu schätzen, muss man es zuerst kennen lernen!**

Kindern und Jugendlichen das Element Wasser in all seinen Facetten näher zu bringen und ihr Bewusstsein im sorgfältigen Umgang mit dieser lebenswichtigen Ressource zu wecken, ist ein wichtiges Ziel für eine verantwortungsvolle, erlebnisorientierte Bildungsarbeit an Schulen und Gemeinden. Zahlreiche Einzelprojekte dazu wurden in den Bundesländern bereits umgesetzt. Besonders zu erwähnen ist dabei Österreichs größte Jugendwasserplattform „Generation Blue“, die auf Initiative des Lebensministeriums zu Beginn des Jahres 2004 ins Leben gerufen wurde. Unter dem Motto „Man schätzt nur, was man kennt“ wurde in Österreich 2006 weiters die „Danube Box“ präsentiert. Die Fortführung dieser Aktionen ist ziel führend. Zahlreiche Städte und Gemeinden haben richtungsweisende Kampagnen für das „Lebensmittel Wasser“ gestartet.



Hintergrundinformation:⁵

- 87 % der österreichischen Bevölkerung werden mit Trinkwasser aus insgesamt rund 5.000 zentralen Wasserversorgungsanlagen beliefert.
- Rund 1 Mio. EinwohnerInnen Österreichs werden durch Einzelwasserversorgungsanlagen, Hausbrunnen oder kleine Genossenschaftsanlagen für einige Häuser versorgt.
- In der Gesamtrinkwasserversorgung hält sich die Abdeckungen aus Grund- und Quellwasser etwa die Waage.
- Der derzeitige Pro-Kopf-Verbrauch pro Tag liegt in Österreich bei ca. 135 l Trinkwasser.
- 89 % der Bevölkerung sind an öffentliche Kläranlagen angeschlossen. Wo kein Anschluss an die öffentliche Kläranlage möglich ist, werden die Abwässer durch Kleinkläranlagen gereinigt oder durch Senkgruben erfasst.

Handlungsempfehlungen:

Die folgenden Handlungsempfehlungen beziehen sich auf die von der WHO vorgegebenen Handlungsfelder und sind im Detail im Anhang dargestellt.

- Weitere Bemühungen zur verstärkten Reinhaltung von Grund- und Trinkwasser in Österreich
- Fortsetzung der erfolgreichen Bemühungen zur Reinhaltung von Flüssen und Seen in Österreich
- Sicherung der sauberen Grundwasserreserven und von Wasserschon- und -schutzgebieten
- Weitere Maßnahmen zur Reduktion des Schadstoffeintrags (z.B. durch Nitrate, Straßenabwässer) in das Grundwasser

- Verstärkte Umsetzung der Informationspflicht der Bevölkerung über Belastungen des Trinkwassers (z.B. Blei- und Nitratbelastung, Chlorierung) durch die Wasserversorgungsgesellschaften, Nutzung der Daten auch für epidemiologische Forschung
- Weiterführung der Bemühungen zum Austausch der Bleirohrleitungen für Trinkwasser
- Verstärkte Bewusstseinsbildung für den sorgsameren Umgang mit Wasser
- Verstärkte Bewusstseinsbildung in der Landwirtschaft (z.B. Wasserschutzberatung)
- Verstärkte Bewusstseinsbildung für Leitungswasser als gesundes Getränk
- Kostenloses Trinkwasser auf mehr Plätzen, in mehr Lokalen, etc.
- Fortführung der bewusstseinsbildenden Maßnahmen über die Empfindlichkeit und Begrenztheit des Ökosystems Wassers und die Bedeutung des Wassers als Lebensgrundlage für alle Lebewesen, in Kindertagesheimen, Schulen, Horten und Betrieben
- Fortführung der zielgruppenadäquaten Bewusstseinsbildung und Themenkonfrontation über Fortführung und Ausbau der Jugendwasserplattform „Generation Blue“
- Erfahrungs- und Maßnahmen austausch über eine Internationalisierung der Jugendwasserplattform „Generation Blue“
- Beibehaltung des Jugendschwerpunktes im Rahmen des „Danube Day“ zur Sensibilisierung und über das komplexe Ökosystem Donau und verstärkte (internationale) Verbreitung der Danube Box im Sinne der Strategie „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“

Handlungsfeld II: Unfallverhütung und Sicherstellung von ausreichender körperlicher Bewegung von Kindern durch kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung

Ausgangssituation:

Der motorisierte Straßenverkehr hat auch in Österreich in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen. Verkehrsprognosen für 2020 weisen bei gleich bleibenden Rahmenbedingungen auf ein weiteres Ansteigen des Personen- und Güterverkehrs in Österreich und der EU hin. Dieser Trend lässt weitere Einbußen in der Lebensqualität durch Belastungen der Gesundheit und Umwelt und gerade für Kinder negative Auswirkungen auf ihre gesunde Entwicklung befürchten.

Straßenverkehrsunfall: Todesursache Nr. 1 für Kinder und Jugendliche

Im Jahr 2006 wurden 23 Kinder unter 15 Jahren auf Österreichs Straßen getötet und 3.568 verletzt. 14 Kinder starben als Mitfahrer im Pkw – also in der Obhut von Erwachsenen - und 7 als Fußgänger. Der Trend, Kinder aus Angst vor Verkehrsunfällen vermehrt mit dem eigenen Auto zu befördern, ist daher eine Fehleinschätzung der Eltern. Generell ist nicht angepasste Geschwindigkeit der AutolenkerInnen Hauptunfallursache in Österreich. Rund zwei Drittel der Verkehrsunfälle mit Personenschaden ereignen sich im Ortsgebiet, rund 1/3 der Getöteten sind FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Das im Jahr 2002 vom Ministerrat beschlossene österreichische Verkehrssicherheitsprogramm 2002-2010 des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) zielt darauf ab, die Zahl der getöteten VerkehrsteilnehmerInnen bis 2010 auf die Hälfte zu reduzieren⁶. Eine Reihe von Maßnahmen im Verkehrssicherheitsprogramm zielen auf die Erhöhung der Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr ab, vor allem im Bereich der Verkehrserziehung und der konsequenten und richtigen Verwendung entsprechender Kinderrückhalteeinrichtungen. Eine verstärkte Berücksichtigung der Kinder sollte aber gerade hier sehr vorangetrieben werden. Soziale

und ökologische Aspekte (im Sinne eines ganzheitlichen Mobilitätsunterrichts) in der schulischen Verkehrserziehung sollten vermehrt in den Schulalltag eingebunden werden. Weiters ist es unerlässlich, in diesen Mobilitätsunterricht auch die erwachsenen VerkehrsteilnehmerInnen einzubeziehen - hier insbesondere die Kfz-LenkerInnen – und über die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf Kinder verstärkt aufzuklären, wie das auch im Gesetz (beispielsweise durch die Vertrauensgrundsatz-Regelung der Österreichischen StVO) verlangt ist.



Schließlich sollten - analog zu den Bedürfnissen von behinderten Menschen – auch die Bedürfnisse der Kinder in die dem Verkehr und seiner Infrastruktur zugrunde liegenden Richtlinien, Normen und gesetzlichen Regelungen noch stärker als bisher integriert werden und damit auch für die alltägliche Praxis verbindlich werden. Straßen rund um Schulen und Kindergärten sollten als Fußgängerzonen bzw. Wohnstraßen gestaltet werden, um den Kindern einen sicheren Bewegungsraum zur Verfügung zu stellen. Empfehlungen für eine kindergerechte Verkehrsplanung hat das Lebensministerium bereits herausgegeben. Diese sind in der Broschüre „Gesunde Umwelt für unsere Kinder“ enthalten.³ Auf Basis positiver Erfahrungen in

³ Kostenlos anzufordern beim Bürgerservice des Lebensministeriums unter der Telefonnummer 0800 - 240 260

Pilotschulen hat das Lebensministerium als erstes Umsetzungsprojekt des österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans im Rahmen des Programms klima:aktiv mobil das Aktions- und Beratungsprogramm „Mobilitätsmanagement für Schulen“ gestartet. (Nähere Informationen siehe Kapitel „Erste Umsetzungsprojekte“).



Zu beobachten ist weiters der Trend zur Zunahme von „Elterntaxis“ und die Abnahme der selbstständigen Verkehrsteilnahme von Kindern. Elterntaxis – die Beförderung der Kinder im eigenen PKW zu jedem Ziel aus falsch verstandener Fürsorge der Eltern sind ein Grund für die Erhöhung des Verkehrsaufkommens bei Schulen, stellen eine Gefahrenquelle und Umweltbelastung für andere VerkehrsteilnehmerInnen (speziell der Kinder) dar, fördern die Bewegungsarmut der Kinder und verhindern eigenständige Erfahrungen der Kinder im Verkehr - insbesondere zu Fuß gehend und Rad fahrend. Dem sollte entgegengewirkt werden und dies kann oft durch Bedachtnahme auf die zukünftigen NutzerInnen (und zwar nicht nur der PKW-Nutzung!) bei der Planung verbessert werden: Wege mit hoher Frequenz an Kindern - wie Wege in Wohnsiedlungen, Schulwege, Wege zu Spielplätzen, Sport und Freizeiteinrichtungen aber auch Wege zu Haltestellen - erfordern ganz besondere Sorgfalt bei

Planung und Ausführung. Oberstes Planungskriterium für diese Wege sind Sicherheit und ausreichende Bewegungsräume. Die Gefahren durch den Kfz-Verkehr müssen gerade auf diesen Wegen und an den Fahrzeugen selbst drastisch reduziert werden. Die besonderen Eigenschaften und Bedürfnisse der Kinder verlangen nach der Gewährleistung von erhöhter Sicherheit im Straßenraum. Dieses Bedürfnis wird auch von den Jugendlichen im Rahmen des Beteiligungsprozesses ausgedrückt. Die Jugendlichen forderten im Bereich Verkehr und Unfallverhütung stärkere Kontrollen auf der Straße, damit „Altkolenker“ und Raser schon frühzeitig gestoppt und mit höheren Strafen als bisher konsequenter abgeschreckt werden.

Leider ist der Prozentsatz der AutolenkerInnen, die Tempolimits überschreiten, in Österreich erschreckend hoch: 82 % fahren im Ortsgebiet schneller als die erlaubten 30 km/h, 60 % schneller als die vorgeschriebenen 50 km/h⁷. Gleichzeitig ist die Anhaltebereitschaft der LenkerInnen vor gekennzeichneten Fußgängerüberquerungen – trotz gesetzlicher Verpflichtung – sehr gering. Dieses verantwortungslose Verhalten der Mehrzahl der AutolenkerInnen kann im wahrsten Sinne des Wortes tödliche Folgen haben, insbesondere für FußgängerInnen und damit speziell auch für Kinder. Der wichtigste Einflussfaktor auf Unfallrisiko und Unfallschwere von Fußgängern ist die Disziplin der FahrzeuglenkerInnen im Bezug auf das Geschwindigkeitsverhalten.





kehrsberuhigung und Tempo 30 in Siedlungen. Für die Sicherheit unserer Kinder sollte eine Beschränkung des Kfz-Verkehrs in einer humanen Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit sein.

Grundsätzliche Verbesserungen für die Situation von Kindern und Jugendlichen gehen Hand in Hand mit einer Veränderung des Mobilitätsverhaltens von Erwachsenen (z.B. Pendel- und Reiseverhalten). Gerade in diesem Zusammenhang ist eine Zusammenarbeit unterschiedlichster FachexpertInnen (z.B. RaumplanerInnen, VerkehrsplanerInnen, ArchitektInnen, MedizinerInnen, Gesundheits- und UmweltexpertInnen, PädagogInnen) im Bewusstsein für die besondere Lebenswelt von Kindern und ihren Bedürfnissen von großer Bedeutung. Durch eine solche interdisziplinäre Zusammenarbeit kann ein entscheidender Beitrag für ein umweltfreundliches und gesundheitsförderndes Mobilitätsverhalten durch eine den Kinderbedürfnissen entsprechende Planung von Siedlungen und Infrastruktur - sowohl in kleineren Gemeinden als auch in Städten und Ballungsräumen - geleistet werden.

Ein Zusammenprall von Auto und Fußgänger bei im Ortsgebiet erlaubtem Tempo 50 entspricht einem freien Fall aus rd. 10 Metern. Eine Aufprallgeschwindigkeit von 30 Stundenkilometer entspricht einer Fallhöhe von 3,6 Metern. Die Wahrscheinlichkeit für FußgängerInnen bei einem Unfall mit einem Pkw getötet zu werden liegt bei einer Aufprallgeschwindigkeit von oft gefahrenen 70 km/h bei etwa 90 % und bei 50 km/h bei 40-50 %. Bei Tempo 30 hingegen liegt das Risiko getötet zu werden, nur bei 5-10 %. Verantwortlich für diesen, für FußgängerInnen fatalen Unterschied zwischen Tempo 30, dem meist erlaubten Tempo 50 und den in der Realität oft gemessenen noch höheren Geschwindigkeiten, ist die unterschiedliche Länge des Anhaltewegs. Kann ein/e Autofahrer/in seinen/ihren Pkw bei Tempo 30 noch vor dem querenden Fußgänger zum Stehen bringen, würde er/sie bei Tempo 50 sein/ihr Opfer noch mit annähernd vollem Tempo überfahren.

Für eine kinderfreundliche Verkehrsplanung ist es daher oberste Priorität, den Kfz-Verkehr zu verlangsamen, etwa durch flächenhafte Ver-



Die fünf Gebote für eine kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung:⁸

- *Kinder brauchen Bewegung: durch ein attraktives Fuß- und Radwegenetz*
- *Kinder brauchen Sicherheit: durch Verlangsamung (Entschleunigung) des Autoverkehrs, Schutzmaßnahmen in und auf Fahrzeugen und bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Straßenraum*
- *Kinder brauchen Platz und Raum: durch ausreichende Spielplätze, Aufenthalts- und Verweilflächen, ausreichend breite Geh- und Radwege*
- *Kinder sind die Kunden von morgen: kinderfreundliche ÖV-Angebote, Busse, Züge und Haltestellen sind das beste Kundenbindungsprogramm der Verkehrsunternehmen*
- *Kinderwünsche wollen gehört werden: durch schulisches Mobilitätsmanagement mit Einbeziehung der Kinder und verstärkte Aufnahme der Kinderbedürfnisse in Planungsrichtlinien und Verkehrsvorschriften*



Zunehmender Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen

Für eine gesunde Entwicklung wird für Kinder zum Aufbau ihrer organischen Funktionen eine tägliche „Belastungseinheit“ (körperliche Aktivität) von mindestens zwei bis drei Stunden empfohlen, für Erwachsene auf Dauer eine tägliche „Belastungseinheit“ von mindestens 30 Minuten. Kinder leben in hohem Maß nach den Ver- und Geboten von Erwachsenen, aber noch in stärkeren Ausmaß nach deren Vorbildwirkung, was sich auch im Bewegungsverhalten widerspiegelt. Das starke Verkehrsaufkommen, die hohen Geschwindigkeiten und der zunehmende Platzbedarf des Verkehrs hat zur Konsequenz, dass Kindern und Jugendlichen immer weniger sichere und geschützte Spiel- und Erfahrungsräume zur Verfügung stehen. Das ungeplante, unbeschränkte Spiel im Freien wird vielfach durch punktuelle, „überwachte“ und zeitlich stark befristete Freizeit-Aktivitäten oder durch körperlich inaktive Aktivitäten wie Computerspielen, Fernsehen, etc. ersetzt. Viele der Kinder und Jugendlichen sind dadurch körperlich zu wenig aktiv. Die motorischen Defizite in jungen Jahren können generell zu Bewegungsunlust, Ungeschicklichkeit aufgrund mangelnder Übung, Übergewicht (bzw. in weiterer Folge Fettleibigkeit) und zu verstärkter Verletzungsanfälligkeit führen und in weiterer Folge - in Verbindung mit den Risikofaktoren in späteren Jahren - zur Schädigung des Herz-Kreislaufsystems, des Haltungsapparats und anderen sogenannten Zivilisations-Krankheiten führen. Die daraus entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten sind derzeit noch nicht absehbar.

Motorisch ungeschickte oder zu wenig geübte Kinder sind im erhöhten Ausmaß unfallanfällig. Angst vor Unfällen führt gleichzeitig zu weiterer Einschränkung von körperlichen Aktivitäten. Gleichzeitig gewinnen Kinder, die sich viel bewegen, nicht nur an Situationskompetenz, körperlicher Sicherheit und Selbstwahrnehmung, sondern

verbessern außerdem ihre Wahrnehmung über den Tastsinn, den Bewegungs- und den Gleichgewichtssinn, das räumliche Vorstellungsvermögen bis hin zum Hören und Sehen sowie ihr Selbstwertgefühl. Darüber hinaus besteht ein kausaler Zusammenhang von Bewegung und geistiger sowie psychisch-emotionaler und sozialer Entwicklung. Kinder, die in Wohnumfeldern aufwachsen, in denen sie sich sicher und frei bewegen können, weisen eine höhere Selbständigkeit und soziale Kompetenz auf als Kinder, die sich vorrangig körperlich inaktiv in Innenräumen aufhalten.

Neben Verkehrsunfällen sind Kinder auch von Unfällen im eigenen Heim und in der Freizeit (inkl. Sportunfällen) stark betroffen. Um die Sicherheit der Kinder in Österreich zu erhöhen, wird zur Zeit ein nationaler Aktionsplan für Kindersicherheit⁹ erarbeitet, der die wichtigsten Umsetzungsempfehlungen für die Verhütung von Unfällen im Kindesalter enthält.

Noch sind Kinder und Jugendliche Spitzenreiter im Gehen und Radfahren, zwei Mobilitätsformen, die einerseits Schadstoffe, Lärm und Flächenverbrauch vermeiden helfen und andererseits körperliche Aktivität in den Alltag integrieren. Damit dies so bleibt und der Tendenz zu immer stärkeren

Pkw-Benutzung als passiver Mitfahrer im „Eltern-taxi“ entgegengewirkt wird, ist eine sichere und attraktive Geh- und Radinfrastruktur notwendig. Durch verstärktes Zufußgehen und Radfahren kann auch der immer stärkeren Bewegungsarmut entgegengewirkt und so frühzeitig die Risiken von Übergewicht und den damit verbundenen gesundheitlichen Beschwerden vermieden werden. Die gefahrlose, schnelle und leichte Erreichbarkeit von Schulen, Spielplätzen, Sport- und Freizeitanlagen, Haltestellen und Wohnviertel zu Fuß und per Fahrrad muss oberstes Prinzip bei der Netzplanung und bei den Infrastrukturausbauplänen sein. Hier sahen die Jugendlichen des Beteiligungsprozesses überhaupt eine Notwendigkeit - besonders in ländlichen Regionen - auch das Angebot an (autofrei zu erreichenden) Sport- und Freizeitaktivitäten zu verbessern, ebenso wie das Image von Radfahren und Zufußgehen zu heben. Zur Förderung des Radfahrens in Österreich hat das Lebensministerium einen „Masterplan Radfahren“ erarbeitet und eine umfassende Bewusstseinskampagne für das Radfahren gestartet – beide mit einem Schwerpunkt auf Förderung der Bewegung und Gesundheit gerade bei Kindern und Jugendlichen. 2007 wird die Aktion unter dem Slogan „Weniger CO₂ – ich bin dabei“ weitergeführt.



Hintergrundinformation:

- Hauptursache für Verkehrsunfälle in Österreich ist die der Situation nicht angepasste Geschwindigkeit der FahrzeuglenkerInnen
- 60 % der AutolenkerInnen fahren im Ortsgebiet schneller als die erlaubte Höchstgeschwindigkeit von 50km/h.¹⁰
- Bei 70 km/h beträgt das Risiko für einen von einem Auto angefahrenen Fußgänger getötet zu werden etwa bei 90 %, bei 50 km/h liegt es bei 40-50 %, bei Tempo 30 liegt das Risiko getötet zu werden hingegen nur bei 5-10 %.
- Während bei Tempo 30 ein/e Autofahrer/in seinen/ihren Pkw noch vor einem querenden Kinder zum Stehen brächte, würde er bei Tempo 50 das Opfer noch mit annähernd vollem Tempo überfahren.
- Der Motorisierungsgrad, die Fahrleistungen und die Verkehrsbelastungen sind in Österreich stark angestiegen. Jedoch sind viele Fahrten kurze Wege: 25 % der Pkw-Fahrten in Österreich sind kürzer als 2 km und 50 % kürzer als 5 km. Sie liegen also z.B. in einem für das Radfahren günstigen Bereich.¹¹
- Zwischen den Jahren 1995 und 2003 ist die Anzahl der Wege, die Kinder als Mitfahrer im Auto zurücklegen, um etwa 38 % gestiegen.¹²
- Kinder, die täglich mit dem Auto zur Schule gebracht werden, weisen eine allgemeine Reduktion im körperlichen und seelischen Wohlbefinden auf. Für eine gesunde Entwicklung benötigen Kinder zum Aufbau ihrer organischen Funktionen eine tägliche „Belastungseinheit“ (körperliche Aktivität) von mindestens zwei bis drei Stunden.¹³

- Ein Mangel an körperlicher Bewegung der Kinder trägt maßgeblich zur Entstehung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlaganfall, Typ-II-Diabetes, Fettleibigkeit, einigen Krebserkrankungen, Osteoporose, u.a. bei, auch wenn sich diese Auswirkungen erst später manifestieren. Darüber hinaus weisen diese Kinder auch Defizite in ihrer sozialen, emotionalen und geistigen Entwicklung auf.¹⁴

Handlungsempfehlungen:

Die folgenden Handlungsempfehlungen beziehen sich auf die von der WHO vorgegebenen Handlungsfelder und sind im Detail im Anhang dargestellt.

- Weiterführung der bisherigen Maßnahmen zur Förderung des korrekten Gebrauchs von Sicherheitsausrüstungen in und an den Fahrzeugen (z.B. Sicherheitsgurte, Kindersitze) und zusätzlich generelles Verbot von für Kinder gefährlichen Karosserieteilen von Kraftfahrzeugen z.B. Frontschutzbügel („Kuhfänger“) bei Geländewagen
- Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO) im Bezug auf Kindersicherheit und Kinderfreundlichkeit (z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohnsiedlungen, in der Umgebung von Schulen, Kindergärten, Horten und Kinderspielplätzen, Haltepflicht für Kfz beim Halt von öffentlichen Verkehrsmittel in Haltestellen für ein gefahrloses Ein- und Aussteigen)
- Verstärkte Kontrollen im Straßenverkehr (z.B. verstärkte Überwachung der Fahrgeschwindigkeit, Überwachung der Anhaltebereitschaft von AutofahrerInnen vor Schutzwegen) und entsprechende Anpassung der Strafhöhen
- Verstärkte Bewusstseinsbildung bei AutofahrerInnen über die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf Kinder und über die

durch Geschwindigkeiten ausgehende Gefahr für Kinder und die Ausnahme der Kinder vom Vertrauensgrundsatz der StVO

- Reform der LenkerInnenausbildung und der Führerscheinprüfung durch verstärkte Einbeziehung ökologischer und sozialer Aspekte des Verkehrs und der besonderen Bedürfnisse von Kindern
- Bewusstseinsbildung bei Eltern, Kindern und Jugendlichen über die Gesundheitsvorteile bewegungsreicher Mobilität und Lebensstile, insbesondere zur Propagierung gesundheitsfördernder und elternunabhängiger Bewegungsformen wie verstärktes Zufußgehen und Radfahren anstatt der stark angestiegenen „Elterntaxidienste“
- Verstärkte Integration des Lehrplans für Verkehrserziehung von einem Fokus des Sicherheitstrainings hin zu einem ganzheitlichen Mobilitätsunterricht unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Aspekte in den Schulalltag, Weiterführung der LehrerInnenfortbildung und Entwicklung von Unterrichtsmaterialien zur Förderung des Gehens, Radfahrens und der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel
- Förderung der „aktiven“ Verkehrsteilnahme von Kindern durch kinderfreundliche Verkehrsorganisation und kinderfreundliche bauliche Gestaltung von Wegen, die häufig von Kindern frequentiert werden (z.B. Schulwege, Wege zu Kindergärten, Horten, Kinderspielplätzen)
- Verbesserung der Bedingungen für den Fuß- und Radverkehr und der Fuß- und Radinfrastruktur in städtischen und ländlichen Regionen insbesondere in den für Kinder wichtigen Beziehungen (z.B. Schulwege, Wege zu Spielplätzen, Parks, Bädern) sowie Entwicklung und Umsetzung eines Masterplans für den Rad- und Fußgängerverkehr

- Verstärkte Errichtung von Radabstellanlagen am Schulgelände bei gleichzeitiger Reduktion von Stellplätzen für Pkw als Anreiz zur Förderung des Radverkehrs bei Schülerinnen, LehrerInnen und Eltern
- Verstärkte Einführung von flächendeckendem Tempo 30 in Städten und Gemeinden, Umsetzung von verkehrsberuhigenden und verkehrsreduzierenden Maßnahmen (z.B. Wohnstraßen, Spielstraßen) und kindergerechter baulicher Straßengestaltung (z.B. verstärkte Querungshilfen, Schutzwege) insbesondere im Umfeld von Schulen, Kindergärten, Kindereinrichtungen; Verstärkte Einrichtung von Begegnungszonen (Verkehrsflächen, die von motorisierten Fahrzeugen mit bis zu 20 km/h befahren werden dürften, wo nicht motorisierte VerkehrsteilnehmerInnen aber Vorrang genießen)
- Österreichweite Umsetzung von schulischem Mobilitätsmanagement durch Nutzung und Ausbau der klima:aktiv mobil Aktions- und Beratungsprogramme des Lebensministeriums zum Mobilitätsmanagement für Schulen und Schaffung von Umsetzungsförderungen
- Bedürfnisse von Kindern auf allen Planungs-/ Richtlinienebenen berücksichtigen, Reform und Adaptierung von Planungsrichtlinien, Bauvorschriften und Normen im Bezug auf Kinderfreundlichkeit (z.B. Erarbeitung einer Richtlinie für kindergerechte Verkehrsplanung und Straßen- und Infrastrukturgestaltung, etwa in der RVS)
- Erarbeitung eines österreichweiten Masterplans für kindergerechten Verkehr mit Schwerpunkten zur Förderung des Zufußgehens, Radfahrens, des öffentlichen Verkehrs und zur besonderen Berücksichtigung kindergerechter Verkehrswege in den Ver-

kehrinfrastrukturprogrammen von Bund, Ländern und Gemeinden

- Verstärkte Einbindung von Kindern und Verankerung von Partizipationsprozessen mit Kindern und Jugendlichen in der Verkehrsplanung und verstärkte Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in den Programmen und Entscheidungen der Stadt- und Verkehrsplanung
- Kurz- und Pausen-„Sport“ in der Schule, vermehrt Bewegung in den Unterricht integrieren und Akzeptanz des Sportunterrichts erhöhen (speziell bei Mädchen)
- Bewusstseinsbildung für die Notwendigkeit körperlicher Bewegung verstärkt durchführen, ausreichende Fitness- und Spielräume für größere Pausen in der Schule
- Initiativen zur Verbesserung der Kinderfreundlichkeit des öffentlichen Verkehrs z.B. durch Angebotsattraktivierung (Fahrplanangebot, Taktfrequenzen, usw.), Erleichterung der Zugänglichkeit der Haltestellen und weitere verstärkte Anschaffung von Niederflurfahrzeugen, sichere und kindergerechte Erreichbarkeit der Haltestellen, kindergerechte Gestaltung und Planung von Haltestellen und Fahrzeugen, kinderfreundliche Angebote, aktive Rolle der Verkehrsunternehmen in der Verkehrserziehung auch im Sinne eines ganzheitlichen Mobilitätsunterrichts
- Verbesserte Erreichbarkeit der Schulen zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit öffentlichen Verkehrsmitteln, neue Schulstandorte sollten insbesondere mit gutem Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel und ein Radwegenetz errichtet werden
- Kinderfreundliche Umgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den SchülerInnentransport (z.B. Gurtenpflicht, Zähl-

regel) insbesondere bei Schulbussen im Gelegenheitsverkehr

- Implementierung von Maßnahmen zu generellen Erhöhung der Kindersicherheit in Österreich wie sie im „Nationalen Aktionsplan zur Kindersicherheit“ dargelegt sind
- Unterstützung von Pilotprojekten zur Erhöhung der Kindersicherheit (z.B. Kindersicherheitshaus des österreichischen Komitees zur Unfallverhütung im Kindesalter)
- Umsetzung der Vorschläge aus dem WHO/UN-ECE Projekt THE PEP (Pan-European Program for Transport, Health, Environment) und Verstärkung internationaler Kooperation und Erfahrungsaustausch
- Harmonisierung der Bauvorschriften der Bundesländer, um sicherzustellen, dass Gebäude, in denen sich Kinder aufhalten, die gesundheitlichen und sicherheitsmäßigen Anforderungen in jedem Bundesland erfüllen, Einbeziehung der grundlegenden Überlegungen des Umweltzeichens und der Ökologisierung von Schulen (z.B. ÖISS Richtlinie „Ökologische Kriterien für den Schulbau“)
- Weitere Studien über die Einschätzung der gesundheitlichen Auswirkungen durch den Verkehr auf Kinder sowie deren monetäre Bewertung (Kosten und Nutzen), Verbreitung der Ergebnisse und Integration in die Entscheidungsstrukturen im Verkehrswesen wie Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kosten-Nutzen Analysen für Verkehrsinfrastruktur
- Bewertung der gesundheitlichen Kosten in den relevanten Richtlinien, strategischen Verkehrskonzepten, technischen Verkehrsplänen (Wegekostenrichtlinie, Generalverkehrsplan, etc.) berücksichtigen

Handlungsfeld III: Sicherstellung von sauberer Außen- und Innenraumluft

Ausgangssituation:

Verschmutzung der Außenluft

Obwohl in Österreich der Ausstoß einiger gefährlicher Luftschadstoffe (wie manche Schwermetalle, Dioxine, Schwefeldioxid; Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffe) seit Beginn der 1980er Jahre stark verringert werden konnte, ist die Belastung durch andere Luftschadstoffe immer noch in vielen Bereichen hoch. Besonders Feinstaub (PM10, PM2.5, PM0.1), Ozon (O₃) und Stickstoffoxide (NO_x) können in Konzentrationen auftreten, die zur Beeinträchtigung der Gesundheit und Umwelt führen. Kinder sind davon besonders stark betroffen. Ursachen für die hohe Schadstoffbelastungen in der Außenluft sind vor allem der motorisierte Verkehr, industrielle Anlagen, aber auch Hausheizungen und mobile Maschinen und Geräte.

Saubere Luft ist für den Menschen, aber auch für Tiere und Pflanzen lebensnotwendig. Luftschad-

stoffe beeinträchtigen die menschliche Gesundheit, sie sind aber auch für die Vegetation, den Boden und Gewässer schädlich. Das Thema „Luftverschmutzung“ war für die Jugendlichen im Beteiligungsprozess sehr wichtig. Sie fordern beispielsweise eine strengere Flächenwidmung, sodass im Bereich von Wohnsiedlungen ein Bauverbot für Hauptverkehrsachsen umgesetzt werden sollte.

Um eine gesundheitsbeeinträchtigende Belastung durch Luftschadstoffe im Freien zu verhindern, wurden für die wichtigsten „klassischen“ Luftschadstoffe EU-weit und in Österreich Immissionsgrenzwerte bzw. Immissionszielwerte festgelegt. Zu diesen Schadstoffen gehören u.a. Feinstaub (PM10), Stickstoffdioxid (NO₂), Schwefeldioxid (SO₂), Kohlenmonoxid (CO), Blei (Pb) und Ozon (O₃). Detaillierte Informationen über die Luftgüte werden in Berichten der Landesregierungen sowie des Umweltbundesamtes ausgewiesen, aktuelle Daten können im Internet abgerufen werden.¹⁶ Bei Überschreitung dieser Grenzwerte müssen Maß-



nahmen zur Verringerung der Schadstoffbelastung gesetzt werden.

Österreich hat sich bereits frühzeitig für saubere Kraftstoffe eingesetzt: ab 1985 wurde bleifreies Benzin eingeführt und verbleites Normalbenzin verboten. Seit 1993 ist verbleites Benzin generell verboten. Früher als auf EU-Ebene gefordert wurden ab 2004 schwefelfreie Kraftstoffe in Österreich eingeführt und die Schwefelbelastung in Österreich damit weiter reduziert. Das Lebensministerium hat sich auf EU-Ebene erfolgreich für weitere Verschärfungen des Abgasstandards Euro 5 zur Partikelreduktion und Euro 6 zur NO_x -Reduktion bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen sowie sauberere Kraftstoffe eingesetzt und wird sich auch weiter für die Verschärfung der Abgasstandards einsetzen v.a. für schwere Nutzfahrzeuge. Die Abgaswerte für Lkw wurden bereits ab 2005 mit der Einführung der Abgasnorm Euro IV und ab 2008 mit Euro V verschärft und sollen weiter verschärft werden. Mit dem Bonus-Malus-System für neuzugelassene Diesel-Pkw mit bzw. ohne Partikelreinigung im Rahmen der Normverbrauchsabgabe wurde seit 2005 die Markteinführung von Partikelfiltern in Österreich erheblich beschleunigt. Waren Anfang 2005 (vor der Einführung) knapp 4 % der



neuzugelassenen Diesel-Pkw mit Filtern ausgerüstet, so waren es im März 2007 bereits fast 74 %.

Die österreichische Klimastrategie und der Feinstaubmaßnahmenkatalog von Bund und Ländern sehen für den Verkehrsbereich umfassende Maßnahmen zur Emissionreduktion vor. Wichtige Maßnahmen wurden bereits gesetzt, wie das vom BMVIT verordnete Road Pricing für Lkw und die vom Lebensministerium gestarteten und finanzierten klima:aktiv mobil Beratungsprogramme und Förderschienen für Mobilitätsmanagement für Gemeinden, Betriebe, Schulen und andere Zielgruppen; sowie die steuerliche Begünstigung von schwefelfreiem und biogenen Anteile beinhaltenden Kraftstoff.

Innenraum-Luftverschmutzung

Kinder verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in Innenräumen, wie Wohnungen, Kindergärten und Schulen. Feuchtigkeit und Schimmel, Tabakrauch und erhöhte Stickoxid- oder Feinstaubkonzentrationen durch offene Feuerstellen (z.B. offene Kamine, Gasherde) oder Chemikalien aus Wandanstrichen, Vorhängen oder Baustoffen bedingen ein erhöhtes Risiko für Atemwegserkrankungen und Allergien von Kindern.

Die im Tabakrauch enthaltenen Schadstoffe und Gifte führen sowohl bei Aktiv- als auch PassivraucherInnen zu ernststen Gesundheitsschäden. Kinder sind durch passives Mittrauchen besonders betroffen - reduziertes Geburtsgewicht, schwere und vermehrt chronische Atemwegserkrankungen, reduzierte Lungenfunktion aber auch Mittelohrentzündungen sowie plötzlicher Kindstod können u.a. Folgen von Passivrauchen sein. In Österreich sind NichtraucherInnen gemäß arbeitsrechtlichen Bestimmungen und gemäß des Mutterschutzgesetzes sowie durch das Tabakgesetz vor den Einwirkungen des Tabakrauchs am Arbeitsplatz weitgehend geschützt. Darüber hinaus darf nach dem Tabakgesetz, abgesehen von ausgenommenen Bereichen (Tabaktrafiken,

Gastronomie), in geschlossenen öffentlichen Orten (darunter fallen beispielsweise Amtsgebäude, Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung, Veranstaltungsräume wie Kinos und Theater, Verkehrseinrichtungen, Geschäftslokale und sonstige Dienstleistungseinrichtungen mit Kundenverkehr) nur in eigens dafür vorgesehenen Raucherräumen geraucht werden. In schulischen und anderen Einrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche beaufsichtigt, aufgenommen oder beherbergt werden, herrscht absolutes Rauchverbot, hier sind Raucherräume nicht erlaubt.

Die im Rahmen des Beteiligungsprozesses befragten Jugendlichen sahen in der strengeren Kontrolle der Einhaltung, der Einführung und Ausweitung der rauchfreien Zonen eine wichtige Handlungsempfehlung für die Umsetzung des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplanes.

In Innenräumen (u.a. auch in Schulen und Kindergärten) finden sich aber auch eine Vielzahl an Schadstoffen, deren Auswirkungen auf die Gesundheit bei langandauernder Exposition noch nicht ausreichend erforscht ist. Chemikalien, welche in der Innenraumausstattung, in täglichen Gebrauchsgegenständen oder in der Bausubstanz enthalten sind, werden zum Teil langsam in den Innenraum abgegeben. Flüchtige organische Verbindungen aus Baumaterialien oder Möbeln sowie Schimmel können zu starken Beeinträchtigungen führen. Auch in Innenräumen können Hausstaub oder Feinstaub eine wesentliche Belastung darstellen. Während im Bereich der Außenluft ein weitgehender gesetzmäßiger Schutz der Bevölkerung (u.a. durch das Immissionsschutzgesetz-Luft) gegeben ist, fehlt dies für den Bereich der Innenraumluftschadstoffe. Aus diesem Grund wurde vom Lebensministerium und der Kommission für Reinhaltung der Luft der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ein Arbeitskreis ins Leben gerufen, der zur Zeit eine Richtlinie zur Bewertung der Innenraumluft anhand von Richtwerten erstellt.

Hintergrundinformation:

- Atemwegssymptome treten bei Kindern, die nahe einer stark befahrenen Straße wohnen oder dort die Schule besuchen, häufiger auf als bei ihren MitschülerInnen.¹⁷
- Für Säuglinge in einem Raucherhaushalt ist das Risiko an plötzlichem Kindstod zu sterben nahezu verdoppelt. Bei Kleinkindern aus einem Raucherhaushalt steigt das Risiko für akute Atemwegserkrankungen um 60 %, für chronisch bronchitische Symptome um 24–40 % und für Asthma um 21 %.^{18 19}
- Seit der Einführung des NOVA-Steuerbonus für neue Diesel-Pkw mit Partikelreinigung konnte der Anteil neuer Diesel-Pkw mit Partikelfilter von 4 % auf 74 % gesteigert werden.²⁰
- Über 80 % des österreichischen Kraftstoffs ist bereits schwefelfrei.
- Nach einer Studie, die für die Umwelt- und Gesundheitsministerkonferenz in London (1999) vorbereitet wurde, sind die Gesundheitsauswirkungen der Luftverschmutzung bedeutsam. Damals aktuelle Luftmessdaten, Emissionsfaktoren und Gesundheitsdaten aus Österreich wurden herangezogen, um mittels etablierter Dosis-Wirkungskurven den Anteil der Luftschadstoffbelastung auf ausgewählte Krankheiten abzuschätzen. So wurden für Österreich bei Kindern unter 15 Jahren jährlich beinahe 48.000 Bronchitiserkrankungen aufgrund der Luftschadstoffbelastung und beinahe 35.000 Asthmaattacken (definiert als Tag mit eingeschränkter Aktivität aufgrund von Asthma) abgeschätzt.

Handlungsempfehlungen:

Die folgenden Handlungsempfehlungen beziehen sich auf die von der WHO vorgegebenen Handlungsfelder und sind im Detail im Anhang dargestellt.

- Information und Bewusstseinsbildung zur Verhütung der Belastung durch Luftverschmutzung in Außenräumen (z.B. Verhaltensempfehlungen bei hoher Feinstaub- oder Ozonbelastung, Vorbildwirkung in der Vermeidung von unnötigen Autofahrten) verstärken
 - Weiterführung und Intensivierung der Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen von Treibhausgasen und Luftschadstoffe insbesondere des Ultra-Feinstaubes (Immissionsgrenzwerte für PM_{2.5}, weitere Verschärfung der Emissionsvorschriften für Kraftfahrzeuge, Zugmaschinen und mobile Maschinen und Geräte, weitere Forcierung sauberer Kraftstoffe, und alternativer Antriebssysteme wie etwa Erdgas/Biogas und Elektrofahrzeuge, steuerliche Anreize zur Beschleunigung der Markteinführung alternativer Antriebe, Ökologisierung der Beschaffungsrichtlinien zur verstärkten Beschaffung sauberer Fahrzeuge, etc., Forcierung effizienterer Güterlogistik insbesondere zur Vermeidung von Leerfahrten)
 - Verstärkte Umsetzung von autofreien Zonen im Schulumfeld insbesondere durch verstärkte Kooperation von Schulen mit den Gemeinden
 - Baustellenmanagement zur Reduktion der Emissionen und Lärmbelastung insbesondere in Nahbereichen mit häufiger Kinderfrequenz in Bauordnung berücksichtigen
 - Strenge Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften bzw. Emissionsgrenzwerte für Heizsysteme und Energiegewinnungsanlagen
- Verbesserung des Raumklimas (ausreichende Raumbelüftungen) in Klassenzimmern und Aufenthaltsräumen in Schulen und Kindergärten
 - Entwicklung strengerer Emissionsgrenzwerte für Baustoffe (vor allem für den Innenausbau) insbesondere bezüglich VOC (flüchtiger organische Substanzen), Weichmachern und Nitrosaminen
 - Abzüge für alle Gasherde (Prävention von hohen NO₂-Immissionen), Kontrolle illegaler Müll-„entsorgung“ im häuslichen Ofen, Wartung der Öfen
 - Gesetzlicher Nichtraucherchutz auch für Gaststätten, insbesondere für solche, die häufig von Kindern und Jugendlichen frequentiert werden
 - Umsetzung des Artikels 12 der WHO Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle (Aufklärung und Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit über die Risiken des Tabakkonsums)
 - Verstärkte Bewusstseinsbildung bezüglich Raumklima, Allergenen, Passivrauchen und weiterer Probleme (z.B. Beduftung) insbesondere für Klassenräume in Schulen (z.B. Lüftungsverhalten, der richtige Umgang mit Heizsystemen, um ungesunde Überhitzung zu vermeiden und Energie und Emissionen einzusparen)
 - Vorhandene Wissenslücken zur Luftverschmutzung in Innenräumen und in der Außenluft und deren Wirkung durch zielgerichtete Beauftragung entsprechender wissenschaftlicher Arbeiten schließen
 - Mindestanforderungen für die Luftgüte in Innenräumen festlegen (Richtlinien für weitere Luftschadstoffe erstellen) und laufende Kontrollmessungen in Schulen und Kindergärten

Handlungsfeld IV: Verhütung von Belastungen durch gefährliche Wirkstoffe

Ausgangslage

Chemikalien

Erzeugnisse aus Chemikalien oder chemisch behandelte Materialien sind in allen Lebensbereichen anzutreffen. Daher müssen an deren Sicherheit - insbesondere für Kinder - hohe Anforderungen gestellt werden. Reifende und wachsende Organsysteme reagieren besonders empfindlich auf Störungen. Gleichzeitig sind Kinder durch ihren höheren Stoffumsatz und ihr noch nicht voll ausgeprägtes Entgiftungssystem erhöhten Belastungen ausgesetzt. Bereits werdende Mütter, Säuglinge bzw. Kleinkinder aber auch ältere Kinder müssen daher möglichst vor schädlichen Chemikalien geschützt werden, um Spätfolgen zu vermeiden.

Eine Reihe von Chemikalien weisen Eigenschaften auf, die potentiell schädlich auf das Immun-, Hormon- und Nervensystem wirken können. Dazu zählen z.B. die Nervengifte Blei und Quecksilber, die in der Umwelt sehr beständig sind und sich insbesondere in Form organischer Verbindungen in der Nahrungskette anreichern. Diese Eigenschaften sowie Giftwirkungen auf das Nerven- und Immunsystem weisen auch die sogenannten POPs (Persistent organic pollutants) auf - 12 definierte Stoffgruppen chlororganischer Verbindungen (z.B. Pestizide, polychlorierte Biphenyle, Dioxine, Furane). Sie sind in Österreich seit Jahren bzw. Jahrzehnten verboten, dennoch kann man sie noch immer und fernab vom Ort ihrer Herstellung und Anwendung, z.B. in den Polargebieten und in den alpinen Regionen nachweisen. Studien an Kindern in der nördlichen Polarregion, bei denen eine hohe Belastung durch diese Gifte aufgrund ihrer Nahrungsaufnahme (Fisch, Wildtiere) gemessen wurde, zeigten zunehmende Verzögerungen in der geistigen Entwicklung (Nervensystem) sowie ein erhöhtes Infektionsrisiko (Immunsystem). Auch bei niedrigen Belastungen konnten bei Untersuchungen in den USA und Euro-

pa (Niederlande, Schweden) ähnliche Effekte nachgewiesen werden.

Zu den hormonaktiven Substanzen gehören auch die in großen Mengen als Weichmacher in Kunststoffen eingesetzten Phthalate, die mit der Zeit oder durch fetthaltige Flüssigkeiten (Milch) oder Speichel aus dem Kunststoffgerüst wieder freigesetzt werden (macht Kunststoffe brüchig und spröde) und durch Hautkontakt oder über Nahrungsaufnahme in den Körper gelangen. Durch ihre breite Verwendung sind Phthalate praktisch überall in der Umwelt nachweisbar. Messungen beim Menschen haben ergeben, dass etwa 15 % der untersuchten Personen mehr als die toxikologisch zulässige Menge des Phthalats DEHP täglich aufnehmen, bei Kindern wurde eine etwa doppelt so hohe Menge festgestellt. Hier sind Frühgeborene, die durch PVC-Schläuche ernährt werden, besonders betroffen. Manche Organschäden (Leber, Lunge) dieser Frühgeborenen könnten erst aufgrund der aus den PVC-Schläuchen freigesetzten Phthalate auftreten. Österreich ist europaweit Vorreiter beim Verzicht auf Phthalate. Hier sind insbesondere auch österreichische Spitäler zu nennen, die phthalathaltige Kunststoffe sukzessive durch ungefährlichere Kunststoffe ersetzen.²¹ Mittels einer Verordnung im Jahre 1998 wurde in Umsetzung des Vorsorgeprinzips die Verwendung von Phthalaten in Spielzeug für Kinder unter 36 Monaten in Österreich untersagt. Auch EU-weit gibt es mittlerweile ein Verwendungsverbot von bestimmten Phthalaten in PVC-Kinderspielzeug.

Die österreichische Chemikalien-Verordnung 1999 enthält nähere Bestimmungen hinsichtlich der Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung von Stoffen und Zubereitungen sowie über das Sicherheitsdatenblatt. Die ChemikalieninspektorInnen der Länder führen immer wieder Schwerpunkt- und Routinekontrollen zur Überprüfung der Einhaltung der chemikalienrechtlichen Be-

stimmungen also auch der Stoffbeschränkungen durch. Risikobeurteilungen und Risikoreduktionsmaßnahmen von Chemikalien sind insbesondere auch durch die Implementierung und den Vollzug des EU Systems REACH (Registration, Evaluation, Authorisation of Chemicals) sicherzustellen.

Die Jugendlichen im Beteiligungsprozess forderten mehr Aufklärungskampagnen über gefährliche Inhaltsstoffe und beklagten den Informationsmangel im Bezug auf Auswirkungen von Chemikalien auf die Gesundheit. Schwierigkeiten bereitete vor allem das Verstehen und Zuordnen von Abkürzungen oder Fachwörtern für Inhaltsstoffe.

Lärmbelastung

Eine weitere physikalische Belastung für Kinder ist Lärm. Kinder, die von entsprechender Lärmeinwirkung betroffen sind, weisen ein erhöhtes Risiko für Bluthochdruck auf, es konnte ein Ansteigen der „Stresshormone“ Adrenalin und Kortison sowie Konzentrationsstörungen und Lernbeeinträchtigungen beobachtet werden. Die wichtigste Quelle für belästigenden Lärm ist der Straßenverkehr, sowie in zunehmendem Maße der Flugverkehr.

Aus diesem Grund wurden in den letzten Jahren in Österreich zur Eindämmung des Verkehrslärms die Aufwendungen für Lärminderungs- und Lärmschutzmaßnahmen an Bundesstraßen und Schienenwegen deutlich erhöht. Mit dem neuen Bundes-Umgebungslärmschutzgesetz sowie der Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie wurde ein wichtiger Schritt zur einer umfassenden rechtlichen Regelung und Verbesserung des Lärmschutzes auf Bundesebene gesetzt. Ziel ist es, einerseits die Lärmbelastung der Bevölkerung nach objektiven Kriterien und einheitlichen Indizes in strategischen Umgebungslärmkarten zu erfassen und andererseits Aktionspläne zu Vermeidung und Verminderung von Lärm zu entwickeln. Diese Lärmkarten und Aktionspläne werden im Sinne einer breiten Information publiziert und alle fünf Jahre aktualisiert.

Darüber hinaus sind Kinder und Jugendliche auch selbst verursachtem Lärm ausgesetzt, z.B. durch Konsum überlauter Musik. Kinder und Jugendliche sollten daher über die negativen gesundheitlichen Auswirkungen überhöhter Lärmbelastungen aufgeklärt und informiert werden.



Ionisierende Strahlung

Österreich hat sich 1978 in einer Volksabstimmung gegen die Nutzung von Kernenergie ausgesprochen. Die österreichische Kernenergiepolitik folgt dieser Entscheidung und sieht daher die Kernenergie als nicht mit den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung und dem vorsorgenden Gesundheits- und Umweltschutz verträglich an. Österreich setzt sich auch auf europäischer Ebene für den Ausstieg aus der Atomkraft bzw. für wesentliche Verbesserungen der Sicherheit bestehender Kernkraftwerke ein.

Elektromagnetische Felder

Nieder- und hochfrequente elektromagnetische Felder (EMF) sind allgegenwärtig. Sie werden von Stromleitungen, Haushaltsgeräten, Sendeanlagen des Rundfunks und der Telekommunikation erzeugt. Eine gesundheitliche Bewertung von niederfrequenten EMF erfolgte u.a. durch die Internationale

Krebsagentur (IARC). Sie stufte niederfrequente Magnetfelder im Hinblick auf kindliche Leukämien als „mögliches Kanzerogen für den Menschen“ ein, was bedeutet, dass eine schädliche Wirkung zwar nicht nachgewiesen, aber auch nicht ausgeschlossen werden kann.

Zu den hochfrequenten EMF, insbesondere zum Mobilfunk, liegt noch keine solche Bewertung vor. Untersuchungen haben gezeigt, dass Mobiltelefone eine Reihe von verschiedenen Effekten auf den Organismus haben können (z.B. Beeinflussung von Schlafzyklen, der Konzentration und Aufmerksamkeit). Bezüglich der hochfrequenten EMF, insbesondere der Langzeitfolgen durch die Strahlung von Mobiltelefonen, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine endgültige Bewertung des Gesundheitsrisikos vorgenommen werden. Dennoch wird vom Obersten Sanitätsrat vorsorglich ein vernünftiger und zurückhaltender Gebrauch angeraten, wobei v.a. bei Kindern Vorsicht geboten ist. Im Ge-



gensatz zu Erwachsenen ist das Schädelwachstum noch nicht abgeschlossen, der Schädelknochen dünner, stärker durchblutet und mit blutbildendem Knochenmark gefüllt, die Strahlung trifft auf sensibles, heranreifendes Gehirngewebe.

Die im Rahmen der Jugendbeteiligung befassten Jugendlichen forderten als VertreterInnen der „Computergeneration“, dass Computer und Bildschirme strahlungsarm gestaltet sein sollen und strahlenabschirmende Maßnahmen gesetzt werden sollten.

Arbeitsplatz

Regelungen für die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen wurden im Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen (KJBG) sowie in der Verordnung über Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche (KJBG-VO) getroffen. Ist in diesen Bestimmungen nichts Spezielles vorgesehen, gelten die allgemeinen Arbeitnehmerschutzvorschriften (z.B. für weibliche Jugendliche auch die Bestimmungen des Mutterschutzgesetz 1979 – MSchG sowie die Verordnung über Beschäftigungsverbote und Beschäftigungsbeschränkungen für Arbeitnehmerinnen). Hier besteht ein gewisses Restrisiko für die ungeschützte Phase der noch nicht erkannten Schwangerschaft. Das österreichische ArbeitnehmerInnen-Schutzgesetz bietet einen guten Schutz einerseits vor Kinderarbeit und Kinderausbeutung als auch für Schwangere.

Hintergrundinformation:

- Innenraumschadstoffe können allergische Reaktionen fördern.²²
- Nach Schätzungen der WHO könnten im Jahr 2010 schon 40-50 % der Weltbevölkerung unter einer Allergie leiden.
- Epidemiologische Studien weisen darauf hin, dass die häufige Verwendung von Haushalts-

chemikalien wie z.B. Desinfektionsmitteln und übertriebene häusliche Hygiene das Asthmarisiko von Kindern erhöhen kann.^{23 24}

- Lärm beeinträchtigt massiv die geistige Leistungsfähigkeit von Kindern. Eine Erhöhung des Dauerschallpegels um 5 dB (Fluglärm) kann das Lesenlernen um ein bis zwei Monate verzögern.²⁵
- Durch das bereits 1985 erfolgte Verbot von verbleitem Benzin sowie der starken Absenkung von Benzol in Treibstoffen sind die Blei- und Benzolbelastungen in Österreich drastisch gesunken.²⁶

Handlungsempfehlungen:

- Vorantreiben des Austausches von Bleirohren für Trinkwasserleitungen in Gebäuden
- Gezieltes Monitoring zur Überwachung der für Kinder gefährlichsten Chemikalien, insbesondere jene Stoffe, die nicht abbaubar und toxisch sind (wie etwa Schwermetalle oder auch Chlororganika)
- Sammlung repräsentativer Daten und Durchführung von Studien zu bisher wenig erforschten Schadstoffen z.B. polybromierte Flammschutzmittel
- In Entsprechung des Vorsorgegedankens haben Risikobeurteilungen und Risikoreduktionsmaßnahmen von Chemikalien das besondere Schutzbedürfnis von Kindern zu berücksichtigen. Dies ist insbesondere durch die Implementierung und den Vollzug des REACH Systems (EU) sicherzustellen
- Ersatz von Phthalaten auch in Arzneimitteln und Medizinprodukten, wo medizinisch gleichwertige Alternativen vorhanden sind

- Spielzeug, aber auch Werbegeschenke (für Kinder) auf Chemikalien kritisch prüfen und Substitutionsmöglichkeiten von gefährlichen Chemikalien in für Kinder konzipierten Artikel bestmöglich umsetzen
- Weitere Aktivitäten zur Aufklärung der Umwelt- u. Gesundheitsrisiken durch den Einsatz von Chemikalien wie etwa Duftstoffen oder auch antibakterieller Wasch- und Reinigungsmittel im Haushalt
- Implementierung von Bundes-Umgebungs-lärmschutzgesetz und -verordnung und Umsetzung der EU Richtlinie Umgebungs-lärm auch auf Landesebene
- Verstärkte Einbeziehung der Flächenwidmung zur Verringerung der Lärmbelastung, verkehrsorganisatorische Maßnahmen (Wohnbereiche, Schulen, Krankenhäuser), verkehrsberuhigte Zonen
- Verstärkte Information und Aufklärung bei Kindern und Jugendlichen zum Thema „Lärm“ und Stärkung der Eigenverantwortung, wie jede/r selbst zum persönlichen Lärmschutz beitragen kann (z.B. Vermeidung von überlauten Spielzeugen und Musikgeräten, Feuerwerkskörpern, Disco-Beschallungen)
- Harmonisierung technischer Bauvorschriften zum Lärmschutz für Kinder
- Kennzeichnung, Förderung, Besserstellung von lärmarmen Reifen hinsichtlich Geschwindigkeitsbeschränkungen/Nachtfahrverboten
- Österreich soll sich weiterhin für ein kernenergiefreies Europa einsetzen. Unterstützung von konkreten Projekten zum Ausstieg aus der Kernenergie, EURATOM-Reform

- Bautechnische Vorschriften, die die Belastung durch Radon minimieren, österreichweit harmonisieren
- Existenz der neuen ÖNORMEN und Vertiefung der Informationen in der Öffentlichkeit betreffend Radon und radon-adäquates Bauen und Renovieren
- Gesetz zum Schutz vor nichtionisierenden Feldern (in Anlehnung an Schweizer NIS-VO2)²⁷, nationaler Forschungsplan
- Verstärkte Information der Bevölkerung über elektromagnetische Felder seitens öffentlicher und unabhängiger Stellen (z.B. Österreichische Akademie der Wissenschaften, ÖAW), Broschüren, Infomaterial für LehrerInnen, speziell aufgearbeitet für Kinder u. Jugendliche (Bildungsplan zu EMF)
- Vorsorgeorientiertes Vorgehen nach Minimierungsprinzip bei Belastung durch elektromagnetische Felder wie vom Obersten Sanitätsrat empfohlen (entsprechende gesetzliche Richt- oder Grenzwerte, Regelung der Anrainerrechte, Partizipation)
- Richtlinien für den klinischen (diagnostischen) Einsatz ionisierender Strahlung insbesondere für Kinder in Österreich festlegen
- Bestehende Projekte zu UV-Berichten verstärkt bekannt machen
- Verstärkte Information der Eltern speziell von Kleinkindern über die Gefahr von übermäßiger Sonnenbestrahlung, weitere Bewusstseinsbildung in Schulen
- Verstärkte Bewusstseinsbildung für Lehrlinge über das Recht auf Sicherheit am Arbeitsplatz

Erste Umsetzungsprojekte in Österreich

Die Bestandsanalyse der in Österreich umgesetzten Aktivitäten zum Schutz von Kindern resultierte in einer Reihe von nationalen, regionalen und lokalen Projekten in Österreich. Im folgenden finden Sie eine exemplarische Auswahl einiger Beispiele, jedoch ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr soll diese breite Darstellung dazu motivieren, für die Umsetzung des österreichischen Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplanes aktiv zu werden.

Klima:aktiv mobil Aktions- und Beratungsprogramm „Mobilitätsmanagement für Schulen“



BMLFUW Sektion Umwelt



Als ersten nationalen Umsetzungsbeitrag zum Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplan startete das Lebensministerium (BMLFUW) - gemeinsam mit dem BMGFJ/Fonds gesundes Österreich, BMVIT/Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds - bereits 2005 Pilotprojekte für Schulische Mobilitätspläne. Um Schulisches Mobilitätsmanagement allen Schulen zugänglich zu machen, hat das Le-

bensministerium im Rahmen von klima:aktiv mobil seiner Klimaschutzinitiative im Verkehr 2006 das österreichweite Aktions- und Beratungsprogramm „Mobilitätsmanagement für Schulen“ zur Forcierung von sicheren, gesunden und umweltfreundlichen Schulwegen und Mobilitätsangeboten ins Leben gerufen. Es bietet den Schulen in Österreich, die einen aktiven Beitrag zu klimafreundlicher Mobilität und für die Gesundheit der SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen leisten wollen, vom Lebensministerium finanzierte und für die Schulen kostenlose, professionelle Beratung. Die BeraterInnen helfen den Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für umweltfreundliche Mobilität (z.B. Verkehrsberuhigung, Reduktion des Autoverkehrs, Forcierung des öffentlichen Verkehrs) und zur Förderung der aktiven körperlichen Bewegung am Schulweg durch Umsetzung von Maßnahmen zur Forcierung des Radfahrens und Zufußgehens von SchülerInnen und LehrerInnen in Zusammenarbeit mit anderen AkteurInnen (z.B. Gemeinde). 55 Schulen wurden bereits von MobilitätsberaterInnen intensiv und persönlich betreut. Weitere 450 Schulen und Bildungseinrichtungen wurden durch zusätzliche Maßnahmen miteinbezogen. Für die Schulen wurden umfangreiche Informations- und Unterrichtsmaterialien erstellt.

Beispiele für Maßnahmen an Schulen sind:

- Bildung eines Mobilitätsteams an der Schule

- Schulumfeld- und Schulwegeanalyse gemeinsam mit SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern
- Maßnahmenplanung und -umsetzung z.B. durch Ausstellungen, Workshops, Mobilitätstage oder -wochen, Vorträge bei Elternabenden, Mobilitätstagebücher, Schulwegwandausweis, Bildung von Gehgemeinschaften, Spiele, Experimente, Aktionen zu Verkehr und Umweltauswirkungen, Gesundheit
- Thematisierung des Aspektes Gesundheit und Mobilität durch ÄrztInnen
- Initiierung von baulichen Maßnahmen im Schulumfeld zur Verbesserung der Ausgangsbedingungen für das Zufußgehen und Radfahren.

Das Programm „Mobilitätsmanagement für Schulen“ ermöglicht insbesondere die Vernetzung zwischen Schulen und Gemeinden, Verkehrsunternehmen, Exekutive, u.a. und macht so auch die Umsetzung von Maßnahmen für kinderfreundlichen Verkehr außerhalb des Entscheidungsbereichs der Schule möglich. Beispiele für Umsetzungsschulen sind die HTL Mödling, HTL

Wien-Donaustadt, HLW Braunau, VS Trebesin, VS Altersberg, VS Volders, VS Wörgl, Krankenpflegeschule Feldkirch und viele andere.

Das Klima:aktiv mobil Programm „Mobilitätsmanagement für Schulen“ wurde durch seinen interdisziplinären Ansatz und seine Vorbildwirkung 2007 als UN-Dekaden-Projekt prämiert sowie mit dem CEHAPE-NGO Award ausgezeichnet.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Die Gesamtkoordination liegt im Lebensministerium, Abt. V/5 – Verkehr, Mobilität, Siedlungswesen und Lärm. Das Programm-Management und die Beratung der Schulen erfolgt durch ein BeraterInnen-Konsortium im Auftrag des Lebensministeriums unter der Leitung von Klimabündnis Österreich mit dem Forum Umweltbildung und Herry Consult.

Weitere PartnerInnen: Gemeinden, Polizei, ÄrztInnen, Länder, Pädagogische Institute, Bundes- und Landesschulbehörden, Organisationen zur Schulwegsicherheit.

Laufzeit: 2005-2007 (2009)

AnsprechpartnerInnen: Gesamtkoordination: BMLFUW, Abt. V/5 - Verkehr, Mobilität, Siedlungswesen und Lärm, DI Thaler, Mag. Gleissenberger, Programm-Management „Mobilitätsmanagement für Schulen“ Klimabündnis Österreich, Projektleiterin: Maria Hawle, E-Mail: maria.hawle@klimabuendnis.at

Webinfo: www.klimabuendnis.at



Die Kindermeilen-Kampagne 2007

Bundesweites
Programm

Klimabündnis Österreich, BMLFUW Sektion Umwelt

Das Verkehrsaufkommen auf Österreichs Straßen stieg und steigt stetig an. Obwohl Kindern in Pflichtschulen meist (spezielle) Schulbusse zur Verfügung stehen bzw. der Schulweg meist auch zu Fuß zurückgelegt werden könnte, werden viele Schulkinder mit dem Auto zur Schule gebracht. Dadurch kommt es zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen vor der Schule, wodurch auch das Unfallrisiko wieder steigt; aus Sorge bringen die Eltern erst recht die Kinder per Pkw zur Schule. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen.



Das spätere Mobilitätsverhalten der Kinder wird durch die Wahl der Fortbewegungsmittel der Eltern stark beeinflusst. Mit der Kindermeilen-Kampagne soll auch das schwierige Thema Mobilität spielerisch behandelt werden. SchülerInnen und Kindergartenkinder in ganz Europa sind eingeladen in einer freiwählbaren Mobilitäts-Woche ihre Alltagswege zu erkunden, das Thema nachhaltige Mobilität zu behandeln und zu versuchen ohne „Elterntaxi“ zur Schule zu kommen.

- 1 Grüne Meile = ein umweltfreundlich zurückgelegter Weg zum Kindergarten / Schule bzw. von dort nach Hause.
- Zum Sammeln der sogen. „Grünen Meilen“ erhält jedes Kind, jeder Jugendliche ein attraktives kleines Album, in dem es eine Woche lang seine umweltfreundlich zurückgelegten Wege in Form von Verkehrsmittel-Aufklebern sammelt. In dieser Woche wird das Thema auch im Unterricht behandelt. Auf diese Weise gelingt den SchülerInnen der Zugang zur eigenen Mobilität, zu Umweltschutz und Verkehrssicherheit.
- Die Beschäftigung mit dem Thema bewirkt eine Bewusstmachung und Lernen über das komplexe Thema auch über diese Woche des Meilen-Sammelns hinaus.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Die Umsetzung des Programms wird von Klimabündnis Österreich durchgeführt und vom Lebensministerium unterstützt.

Laufzeit: Laufend

AnsprechpartnerInnen: BMLFUW, Abt. V/5 – Verkehr, Mobilität, Siedlungswesen, Lärm, DI Thaler, DI Völkl; Klimabündnis Österreich, Projektleiterin Maria Hawle, E-Mail: maria.hawle@klimabuendnis.at

Webinfo: www.klimabuendnis.at

Projekt „schoolwalker“

Regionales und
lokales Projekt

aks Gesundheitsvorsorge GmbH, plan b – regionales Mobilitätsmanagement

Ca. 8 % der Volks- und HauptschülerInnen in Vorarlberg sind übergewichtig, weitere 5 % leiden sogar an Adipositas. Gleichzeitig bringen Eltern ihre Kinder vermehrt mit dem Auto zur Schule. Die Folge: mehr Autoverkehr in den Gemeinden und mangelnde Bewegung der Schulkinder. „schoolwalker“ motiviert Kinder zu mehr Bewegung im Alltag, vorrangig am Weg von und zur Schule; zusätzlich wird die Lebensqualität in den Gemeinden durch weniger Verkehr verbessert.

SchülerInnen erhalten im Rahmen von „schoolwalker“ für vier Wochen einen Schulwegausweis, in dem sie die zu Fuß zurückgelegten Schulwege in Form von Punkten sammeln. Wege zur Schule werden von LehrerInnen, Wege nach Hause von den Eltern bestätigt. Um ein richtiger „schoolwalker“ zu werden, müssen die Kinder eine auf die Länge des Schulwegs abgestimmte Anzahl von zu Fuß zurückgelegten Schulwegen sammeln. Alle fleißigen „schoolwalker“, die ihr Laufziel erreicht haben, nehmen an einer Verlosung von attraktiven Preisen teil. Die Preise dafür stiften die Gemeinden.

Damit den Kindern die Vorteile von sanfter Mobilität nachhaltig im Gedächtnis bleiben, wird „schoolwalker“ durch eine Reihe von Begleitmaßnahmen unterstützt. LehrerInnen integrieren Mobilität und Gesundheit verstärkt im Unterricht, und auch bei Elternabenden und Schulveranstaltungen wird sanfte Mobilität regelmäßig thematisiert.

1.700 SchülerInnen aus den fünf Vorarlberger Hofsteiggemeinden legten im vergangenen Herbst und Frühjahr in je vier Wochen rund 63.000 Schulwege zu Fuß zurück. Zählt man alle gegangenen Kilometer zusammen, gingen die Kinder in den insgesamt acht Aktionswochen gemeinsam zweimal um die Welt. Den Kindern hat die Aktion so

viel Spaß gemacht, dass sie auch nach der Aktion weiter zu Fuß in die Schule gehen.

Das Projekt hat sich bewährt. Es wird seit 2007 mit Unterstützung des Landes Vorarlberg und in Kooperation mit dem Klimabündnis von der aks-Gesundheitsvorsorge GmbH allen Volksschulen in Vorarlberg angeboten.

Kooperationspartner: Die Volksschulen der Hofsteiggemeinden Hard, Kennelbach, Lauterach, Schwarzach und Wolfurt, plan-b – regionales Mobilitätsmanagement der Hofsteiggemeinden und aks Gesundheitsvorsorge GmbH

Laufzeit: Seit 2006

Ansprechpartner: aks Gesundheitsvorsorge GmbH, Stephan Schirmer; E-Mail: stephan.schirmer@aks.or.at; plan-b – regionales Mobilitätsmanagement, Gerhard Schmid; E-Mail: gs@mprove.at

Webinfo: www.bildungleben.at/index.php?id=1244



Kinder im öffentlichen Verkehr: Initiativen für die Kunden von morgen

Landesweites Projekt

Projekte der ÖBB-Postbus GmbH und der Wiener Linien GmbH & Co KG

Buslotsenprojekt der ÖBB-Postbus GmbH: Ältere Schüler übernehmen Verantwortung

Seit Februar 2005 übernehmen Schüler der vierten Klasse der Regionalhauptschule Wachau und des polytechnischen Lehrganges nach entsprechender Ausbildung als Buslotsen Verantwortung für die jüngeren Schulkinder. Dabei werden die Buslotsen in einer Schulung von Exekutive und Verkehrserzieher für ihre Aufgabe geschult und gezielt auf die Vermeidung von Gefahren und Beschädigungen vorbereitet. Derzeit sind in Spitz an der Donau neun Schülerlotsen im Einsatz. Die Buslotsen sorgen dafür, dass beim Einsteigen nicht gedrängt, geschubst oder gestoßen wird und im Bus keine Plätze mit Schultaschen oder Jacken „reserviert“ werden, damit auch die Kleinsten einen Sitzplatz bekommen. Auch um das Schlichten von Streitigkeiten und die Vermeidung von Sachbeschädigungen kümmern sich die ausgebildeten Schüler.

Verkehrsunternehmen tragen zur Verkehrserziehung bei

Die ÖBB-Postbus GmbH sowie die Wiener Linien bieten eigene Verkehrserziehungsangebote für Kindergärten und Schulen an. Die Kinder lernen bei diesen Veranstaltungen, wie sie sich im Öffentlichen Verkehr verhalten sollen. Details der Schulung sind das richtige Verhalten vor, während und nach der Fahrt mit dem Bus, mit der Straßenbahn oder mit der U-Bahn. Im Zuge von praktischen Übungen wird das erarbeitete Wissen mit den jungen Verkehrsteilnehmern besprochen und in der Praxis erprobt.

„Die goldene Tramway“ der Wiener Linien:

Bei dem Bildungsprojekt „Goldene Tramway“ stellen die Wiener Linien lehrplangemäÙe und altersadäquate Informationen und Lehrmaterialien für Kindergärten und Schulen (Alter 3 bis 18 Jahre) zum Themenkomplex „Mobilität und Lebensqualität in der Großstadt“ zur Verfügung. Damit soll sowohl das sichere Benutzen der Öffentlichen Verkehrsmittel, als auch deren Bedeutung für Stadt, Menschen und Umwelt altersgemäß vermittelt werden. Bisher haben bereits mehr als 64.000 Kinder und Jugendliche an dem Projekt teilgenommen.

Um das Miteinander von Jung und Alt zu fördern, gibt es eine „Benimm dich“ Kampagne, wo durch lustige und ironische Sprüche v.a. Jugendliche an Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft erinnert werden.

Kooperationspartner: Buslotsenprojekt: Das Projekt erfolgte in Zusammenarbeit mit Schulen, der Exekutive und dem Kuratorium für Verkehr für mehr Sicherheit im Straßenverkehr
Laufzeit: Buslotsenprojekt: Seit 2005, „Goldene Tramway“: seit 1996

Ansprechpartner: Buslotsenprojekt der ÖBB Postbus GmbH: Verkehrsleiter Herbert Teufel, E-Mail: herbert.teufel@postbus.at

Das Projekt „Goldene Tramway“ der Wiener Linien: Geschäftsführer DI Lichtenegger, E-Mail: michael.lichtenegger@wienerlinien.at;

Webinfo: www.goldenetramway.at



Schwerpunktaktionen zu „Mobilität und Schule“

Landesweites Projekt

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung, Fachbereich Umweltbildung

Als Teil des Niederösterreichischen Klimaprogramms wurde im Jahr 2005 durch den Fachbereich Umweltbildung der Abt. Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung der NÖ Landesregierung der Schwerpunkt „Mobilität und Schule“ gestartet:

Kooperation mit der Polizei

Im Frühjahr 2006 absolvierten die VerkehrserziehungsreferentInnen der NÖ Polizei (400 Personen) eine Weiterbildung, in der es neben der kindgerechten Gestaltung von Schul-Lehrausgängen auch um Klimaschutzfragen ging. Unter dem Motto „I walk to school“ beschäftigten sich die Polizistinnen und Polizisten mit dem Umweltproblem Verkehr und der Bedeutung des Schulwegs für die Kinder. In Zusammenarbeit mit dem Landespolizeikommando Niederösterreich wurde an alle Dienststellen ein Plakat zum Projekt übermittelt, mit der Bitte, Kinder im Rahmen der Verkehrserziehung zu bestärken, den Schulweg zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen.

Vortrag „Auf eigenen Füßen – Sicher und umweltfreundlich zur Schule“

Dieser Vortrag für Elternabende zeigt, wie wichtig der Schulweg für Kinder ist und wie eng eigenständige Mobilität und gesunde Entwicklung miteinander verbunden sind. Schulen, Gemeinden, Vereine etc. können diesen Vortrag buchen, und so auch der Zielgruppe Eltern leichteren Einstieg in das Thema Mobilität ermöglichen.

ÖKOLOG-Tagung „Mobilität und Schule“

Fachtagung für LehrerInnen aus ganz Österreich mit Vorträgen und Workshops durchgeführt vom

Land NÖ gemeinsam mit dem Landesschulrat für NÖ, dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und dem FORUM Umweltbildung im November 2006.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Besonders innovativ ist die Kooperation zwischen der Abteilung Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung, der Abteilung für Gesamtverkehrsangelegenheiten und der NÖ Polizei, da das Thema Klimaschutz in eine bestehende Fortbildung der VerkehrserziehungsreferentInnen integriert werden konnte. Das Projekt „Auf eigenen Füßen“ wurde vom Land NÖ gemeinsam mit „die umweltberatung“ NÖ durchgeführt.

Laufzeit: Seit 2005

Ansprechpartnerin: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abt. Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung, Dr. Karre, E-Mail: birgit.karre@noel.gv.at; www.noel.gv.at/umweltbildung



Amt der Steiermärkischen Landesregierung - FA 17 C und Umwelt-Bildungs-Zentrum Steiermark

In den Jahren 2006-2007 wurden neben BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen auch SchülerInnen der Hauptschulen in den steirischen Feinstaubsanierungsgebieten als (zukünftige) Verantwortungsträger für das Thema „Luft und Verkehr“ sensibilisiert. Zehn steirische Schulen konnten kostenlose Projektcoachings erwerben. Unterstützt wurden Schulprojekte zum Thema Luft, Luftverschmutzung und v.a. Feinstaub (PM10) insbesondere für die Gegenstände Biologie und Umweltkunde, Physik und Chemie, Geografie und Wirtschaftkunde und Mathematik. Die LehrerInnen konnten aus folgenden angebotenen Modulen selbst ein Programm zusammenstellen:

Modul 1: Entwicklung einer auf Ort bzw. Region adaptierte PM10-Projektideenmappe, die zahlreiche Vorschläge und Projektideen für alle Schulstufen bietet, wie das Thema Feinstaub (PM10) und Verkehr erfahrbar gemacht

Modul 2: Vortrag in der Schule über Luft und Luftverschmutzung. Dabei werden Grundlagen zum Thema Feinstaub, gesundheitliche Probleme und mögliche Eigeninitiativen präsentiert und diskutiert.

Modul 3: 1-2 Schultage chemisch-physikalische Versuche, eigenständiges „Feinstaub-Forschen“ der SchülerInnen durch Feinstaubheftchen und einfache Versuche

Modul 4: 2-3 Schultage Mobilitätsuntersuchungen wie z.B. Schulumfeldanalysen, Verkehrserhebungen, Kartenarbeit sowie Mobilitätsspiele vor Ort

Modul 5: 2-3 Halbtage Flechtenuntersuchungen: Ein Langzeit-Monitoring von Luftschadstoffen ist über sogenannte Bioindikatoren möglich. Im Blickpunkt stehen dabei die Flechten im Schul-

umfeld, die Schadstoffbelastungen anzeigen können. Gemeinsam mit OIKOS erlernen die SchülerInnen und LehrerInnen diese Methodik.

Modul 6: Speziell für das Projekt „Hauptschul-Coaching“ wurden neue Unterrichtsmaterialien und Spiele entwickelt, mit denen die SchülerInnen selbst handlungsorientiert arbeiten können. Für Schulumfelduntersuchungen wurde auch Kartenmaterial aus dem Schulatlas Steiermark verwendet .

Als Anerkennung für die Beschäftigung mit diesem schwierigen Thema erhalten die Schulen abschließend außerdem das Prädikat „PM10-Bonusschule Steiermark“ verliehen.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte:

Hauptschulen Graz Kepler, Graz St. Peter, Gratwein, Frohnleiten, Feldkirchen, St. Stefan ob Stainz, Mooskirchen, Leibnitz, Pischelsdorf sowie das WIKU Sandgasse Graz

Laufzeit:

Herbst 2006/Frühjahr 2007 (wird weitergeführt)

Ansprechpartner: Umwelt-Bildungs-Zentrum Steiermark, Mag. Krobath, E-Mail: michael.krobath@ubz-stmk.at;

Webinfo: www.ubz-stmk.at



Pilotstudien zur Wirkung von Luftschadstoffen

Forschungsprojekt

BMLFUW Sektion Umwelt und Umweltbundesamt

Um eine allgemeine Exposition an Schadstoffen abschätzen zu können, ist die Ermittlung der chemischen Belastung, von sogen. Expositionspfaden, sowie deren Beitrag zur Gesamtbelastung notwendig. Vor allem bei SchülerInnen wurde in den letzten Jahren eine Zunahme von Allergien, Atemwegserkrankungen, Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten beobachtet. Um den Beitrag der Schulumgebung zur Gesamtbelastung bewerten und einzelne Belastungspfade identifizieren zu können wurde das **Projekt „Luft und Kinder: Einfluss der Innenraumluft auf die Gesundheit von Kindern in Ganztagschulen“ (LuKi)** initiiert. LuKi verbindet den Innenraum „Schule“ mit den Medien Luft, Feinstaub sowie anfallenden Hausstaub (=Schulstaub). Als Zielgruppe wurden Kinder im Volksschulalter gewählt.

Der Straßenverkehr wird als besonders kritische Quelle von Luftschadstoffen insbesondere Feinstaub gewertet. Ziel der Pilotstudie **„Verkehrsbedingte Schadstoffbelastung (inkl. Schwebestaub) von Kindern“** ist es, bestehende Kenntnislücken in diese Bereichen zu vermindern. Es werden zeitgleich die Konzentrationen von PM_{2.5} an Belastungsschwerpunkten in der Außenluft sowie in Innenräumen (in Kindergärten bzw. Schulen) nahe einer stark befahrenen Straße erhoben. Ergänzend werden die NO₂-Konzentrationen als verkehrsbedingte Marker der unterschiedlichen Bewegungsmuster der Kinder (im Pkw, in öffentlichen Verkehrsmitteln, mit dem Rad oder zu Fuß) erfasst. Die erhaltenen Ergebnisse werden mit Erkenntnissen über die zeitlichen Aktivitätsmuster von Kindern korreliert.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte

Pilotstudie „Innenraumluft“: Die Umsetzung der Pilotstudie erfolgt durch das Umweltbundesamt, wird durch das Lebensministerium und das Amt der Kärntner Landesregierung finanziert sowie durch Eigenmittel der Partner getragen; Partner: Institut für Umwelthygiene der Medizinischen Universität Wien, Österreichisches Institut für Baubiologie und -ökologie.

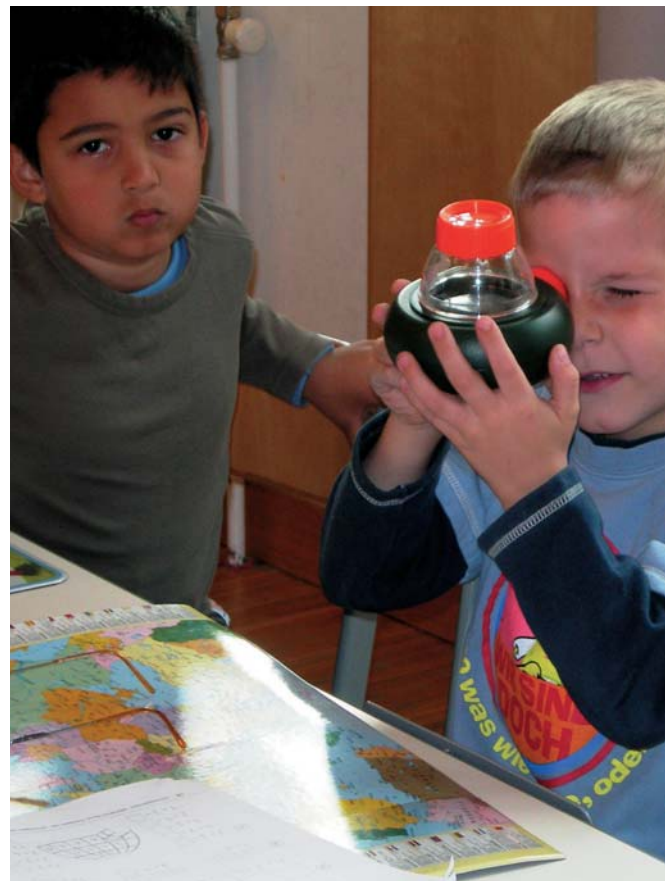
Pilotstudie „verkehrsbedingte Schadstoffbelastung“: Die Umsetzung der Pilotstudien erfolgt durch das Umweltbundesamt und wird vom Lebensministerium finanziert; Partner: Institut für Umwelthygiene der Medizinischen Universität Wien, Institut für Verkehrsplanung der TU Wien.

Laufzeit: 2005-2008

Ansprechpartner:

Pilotstudie „Innenraumluft“: Umweltbundesamt, Abt. Umweltwirksame Stoffe und Metaboliten, Dr. Scharf, DI Hohenblum; E-Mail: sigrid.scharf@umweltbundesamt.at, philipp.hohenblum@umweltbundesamt.at; BMLFUW Abteilungen V/2, V/5, Amt der Kärntner Landesregierung, Abt. 12

Pilotstudie „verkehrsbedingte Schadstoffbelastung“: Umweltbundesamt, Programm Wirtschaft und Wirkung, Dr. Jürgen Schneider, E-Mail: juergen.schneider@umweltbundesamt.at, BMLFUW Abteilungen V/4, V/5



„iSch“ – Gesundheitsförderungsbewegung

Bundesweites
Programm

BMGFJ Sektion Gesundheitsprävention

Mit der Gesundheitsförderungsbewegung „iSCH“ - Abkürzung für „innerer Schweinehund“ - sollte allen Österreicherinnen und Österreichern die Notwendigkeit eines gesunden Lebensstils bewusst gemacht werden. Die iSCH-Gesundheitsförderungsbewegung informierte und unterstützte Menschen auf humorvolle Weise, ihr tatsächliches Verhalten zu ändern. Sie wendete sich mit alters-, geschlechts-, und gruppenspezifischen Angeboten an alle Österreicherinnen und Österreicher. Zielgruppen waren Kinder und Jugendliche, Erwerbstätige, SeniorInnen

Die iSCH Gesundheitsförderungsbewegung basierte auf 5 Säulen:

- Ernährung
- Bewegung
- Stressabbau und Entspannung
- Unfall- und Suchtvermeidung
- Medizinische Vorsorge

In Ergänzung des bisher bestehenden „Mutter-Kind-Passes“, der Kinder bis zum 5. Lebensjahr begleitet, wurden im Rahmen der „iSCH“ – Gesundheitsförderungsbewegung auch spezielle Gesundheitspässe für die Altersgruppe 6-14 sowie für Jugendliche ab 14 Jahren eingeführt. Die Gesundheitspässe enthalten altersentsprechende Gesundheitsinformationen. Eine eigens ins Leben gerufene Website, www.isch.at, bot Informationen zu gesundheitsfördernden Themen und regelmäßige, wertvolle Gesundheitstipps. Sie dient aber auch als Plattform für diverse Möglichkeiten der Information und Vernetzung und stellt „Best practice Modelle“ erfolgreicher KooperationspartnerInnen

vor, um ihnen so einen größeren Wirkungskreis zu verschaffen.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Die Umsetzung des Projektes erfolgte durch das BMGFJ mit einer Reihe von KooperationspartnerInnen.

Laufzeit: 2004 - 2007

Ansprechpartner: BMGFJ, Abt. IV/2 – Gesundheitsförderung und Prävention, Dr. Fritz Wagner, E-Mail: fritz.wagner@bmgfj.gv.at;

Webinfo: www.isch.at



BMGFJ/BMUKK/ÖJRK

„GIVE“ steht für Gesundheitsbildung - Information - Vernetzung – Entwicklung und umfasst in erster Linie Information und Beratung von LehrerInnen sowie MitarbeiterInnen von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in Fragen der Gesundheitsförderung.

Als bundesweite Servicestelle bietet GIVE Auskünfte über „modellhafte“ Projekte sowie aktuelle Initiativen und Aktivitäten zur Gesundheitsförderung an Schulen. Zusammenstellungen und Übersichten von Materialien & Medien sollen InteressentInnen bei der Planung und Umsetzung von Projekten und Initiativen im Bereich der Gesundheitsförderung unterstützen. Darüber hinaus versteht sich „GIVE“ als „vermittelnde Drehscheibe“: Die Basis bildet die GIVE-Datenbank, die neben Projekten und Materialien auch Organisationen, ExpertInnen und ReferentInnen umfasst, die Ak-

tivitäten im Bereich der schulischen Gesundheitsförderung mit verschiedensten Angeboten unterstützen können.

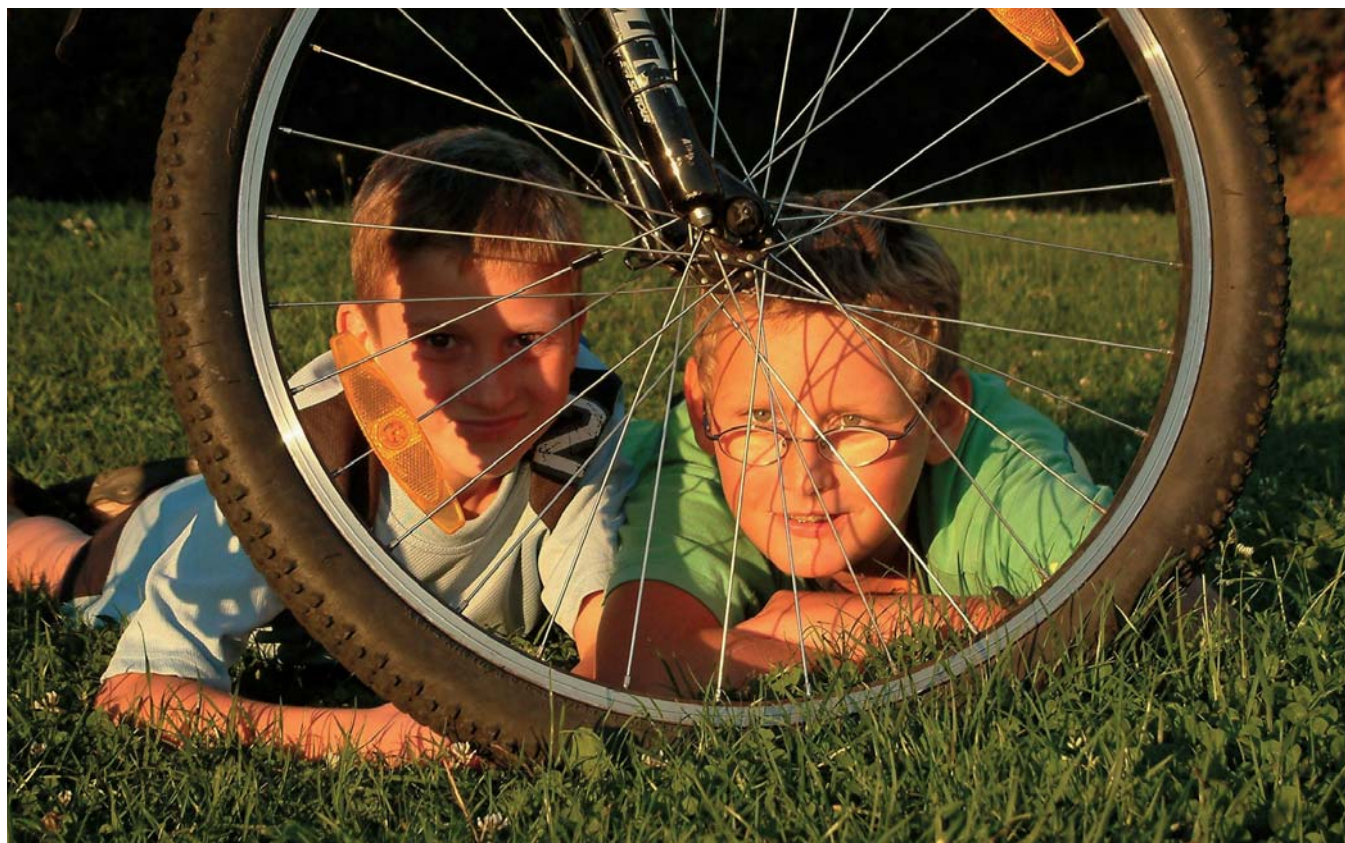
U. a. wurden bisher folgende Themen mit der Zielgruppe Kinder und Jugendliche aufbereitet:

- Bewegung
- Ernährung
- Sonnen-/UV-Strahlung

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: GIVE ist eine Initiative von BMGFJ (Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend), BMUKK (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur) und ÖJRK (Österreichisches Jugend-Rotkreuz).

Laufzeit: laufend

Kontakt: GIVE-Servicestelle, Waaggasse 11/4,1040 Wien,
E-Mail: give@roteskreuz.at;
Webinfo: www.give.or.at



BMUKK Bewegungserziehung & Sportlehrwesen; BMGFJ Sektion Gesundheitsprävention; Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Wenngleich Initiativen zu einer Vernetzung und zur Qualitätssicherung der schulischen Gesundheitsförderung existieren, fehlt es in Österreich derzeit an der Umsetzung einer konsistenten und durchgängigen Gesamtstrategie, die sich an gemeinsamen Zielen orientiert. Es besteht Bedarf an wissenschaftlich fundierter Gesundheitsförderung, die sich an der Wirksamkeit und gesundheitlichen Ergebnissen der gesetzten Maßnahmen orientiert.

Vision des Projekts:

Entwicklung und Umsetzung einer nachhaltig wirksamen, nationalen Gesamtstrategie zur Gesundheitsförderung in österreichischen Schulen als Beitrag für eine gesündere Gesellschaft und ein zukunftsorientiertes Bildungssystem.

Teilziele:

1. Aufbau einer Organisationsstruktur zur schulischen Gesundheitsförderung in Österreich.
2. Darstellung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur schulischen Gesundheitsförderung.
3. Entwicklung eines Ablaufmodells zur Definition von Zielen für den Bereich der schulischen Gesundheitsförderung.
4. Generierung eines bedarfsorientierten und qualitätsgesicherten Dienstleisterpools für Schulen um Themenfeld Gesundheitsförderung.
5. Entwicklung eines Modellprojektes zur Neugestaltung der Gesundheitsbetreuung in Schulen.

6. Entwicklung und Erprobung von Qualitätssicherungsinstrumenten (Verpflichtungsurkunde, Gütesiegel) für die schulische Gesundheitsförderung.

7. Entwicklung eines Instrumentes zur Messung der gesundheitlichen Ergebnisse von Maßnahmen der schulischen Gesundheitsförderung.

Dabei wird auf Bewährtem aufgebaut, eine Bündelung der Kräfte angestrebt und die Weiterentwicklung unter Beachtung von Synergien und kooperativen Partnerschaften forciert. Mit der Etablierung gesundheitsförderlicher Strukturen und Qualitätssicherung der Ergebnisse kann ein wichtiger Beitrag für mehr Gesundheit geleistet werden.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK), das Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ) und der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger treten im Rahmen des Projektes „Gesunde Schule“ für eine nachhaltige und qualitätsgesicherte Gesundheitsförderung an österreichischen Schulen ein.

Laufzeit: Ab 2007

Kontakt: BMUKK, Abt. V/5b, Bewegungserziehung, Sportlehrwesen und Gesundheitsförderung, MMag. Dr. Gerhartl, E-Mail: martina.gerhartl@bmukk.gv.at



BMUKK Sektion V Allgemeine pädagogische Angelegenheiten

ÖKOLOG ist das Basis-Programm des Bildungsministeriums zur Bildung für Nachhaltigkeit und Schulentwicklung an österreichischen Schulen. Oberstes Ziel ist es, Bildung für nachhaltige Entwicklung im Schulprogramm zu verankern und Schritt für Schritt anhand von konkreten Themen wie Wasser, Abfall, Energie, Schulgelände, Gesundheit, Verkehr usw. sichtbar zu machen. Über 200 Schulen sind bundesweit im ÖKOLOG-Programm aktiv.

Merkmale von ÖKOLOG-Schulen:

ÖKOLOG-Schulen sind Schulen zum Wohlfühlen. Sie verbinden Engagement für die Umwelt mit sozialen und ökonomischen Fragestellungen und versuchen das tägliche Leben in der Schule im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung zu gestalten:

- Partizipation ist für sie selbstverständlich - von der Planung bis zur Umsetzung arbeiten alle Gruppen der Schulgemeinschaft mit. Durch aktive Teilnahme an Entscheidungsprozessen lernen die SchülerInnen verantwortungsbewusstes Handeln und Eigeninitiative.
- Sie sind in der Gesundheitsförderung aktiv, bemühen sich um ein soziales Schulklima und betreiben Bewusstseinsbildung für Nachhaltige Entwicklung.
- Sie sparen Ressourcen, reduzieren Umweltbelastungen oder gestalten Räume und Gelände ökologisch und ethisch vertretbar.
- Sie arbeiten mit ihrem Schulumfeld zusammen z.B. mit der Gemeinde im Rahmen einer Lokalen Agenda 21.

- ÖKOLOG-Schulen haben das Ziel, Themen einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung innerhalb von drei Jahren in ihrem Schulprogramm zu verankern. Sie evaluieren ihre Aktivitäten und arbeiten kontinuierlich an Qualitätssicherung und -verbesserungen.
- Sie lehren nach dem Motto: „Nicht für das Leben sondern durch das Leben lernen wir!“

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: BMUKK; Die Umsetzung wird unterstützt durch das FORUM Umweltbildung.
Laufzeit: Seit 1996

Ansprechpartner: BMUKK, Ref. V/11c, Umweltbildung, Dr. Pfaffenwimmer, E-Mail: guenther.pfaffenwimmer@bmukk.gv.at; Webinfo: www.umweltbildung.at



BMLFUW Sektion Umwelttechnik und Abfallmanagement in Zusammenarbeit mit dem BMUKK

Seit 2002 können Schulen ihr nachhaltiges Engagement in den Bereichen umweltorientiertes Handeln, Umweltbildung und Förderung eines sozialen Schulklimas auch nach außen demonstrieren und das Österreichische Umweltzeichen für Schulen erwerben. Diese Umweltauszeichnung hat das Ziel, die ökologisch nachhaltige und soziale Schulentwicklung, die Verankerung von Umweltbewusstsein sowie konkrete Handlungsimpulse in Richtung gelebte ökologische und soziale Alltagskultur zu fördern. Grundlagen für diese vom Lebensministerium in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur vergebene staatliche Umweltauszeichnung sind Anforderungen in Form einer Richtlinie, die alle für Schul- und Bildungseinrichtungen relevanten Bereiche in Form von Muss- und Soll-Kriterien umfasst. Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes werden dabei die folgenden Gebiete bewertet:

- Umweltmanagement, Information und Soziales
- Umweltpädagogik
- Gesundheitsförderung, Ergonomie und Innenraum
- Energienutzung und –einsparung, Bauausführung
- Verkehr und Mobilität
- Beschaffung und Unterrichtsmaterialien
- Lebensmittel und Buffet
- Chemische Produkte und Reinigung
- Wasser, Abwasser, Abfallvermeidung und Abfallreduktion
- Außenraum



KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Umsetzungsteam: BMLFUW, BMUKK, VKI - Verein für Konsumenteninformation, Forum Umweltbildung, Coop GUKA-Team für ganzheitliche Umweltkommunikationsarbeit mit einer Reihe von KooperationspartnerInnen;

Laufzeit: Seit 2002

Ansprechpartner: BMLFUW, Abt. VI/5 – Betrieblicher Umweltschutz und Technologie, DI Tschulik, E-Mail: andreas.tschulik@bmlfuw.gv.at und BMUKK, Ref. V/11c, Umweltbildung, Dr. Pfaffenwimmer, E-Mail: guenther.pfaffenwimmer@bmukk.gv.at; Webinfo: www.umweltzeichen.at



BMVIT Sektion Straße und Luft

Im Jahr 2002 hat die Bundesregierung in Abstimmung mit den Zielen der Europäischen Union die Entwicklung eines österreichischen Verkehrssicherheitsprogramms beschlossen, welches das Ziel hat, bis zum Jahr 2010 eine Halbierung der Anzahl der getöteten Menschen pro Jahr und eine Reduktion der Unfälle mit Personenschaden um 20 % zu erreichen. Zur Erhöhung der Kinderverkehrssicherheit hat das BMVIT in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen gestartet, die die Themenbereiche Schulwegsicherheit, Verkehrserziehung sowie Maßnahmen zur Sicherheit der Kinder im Auto umfassen.

Beispiele für Aktionen sind:

- Unterstützung von Projekten zur Verkehrs- und Mobilitätserziehung, die das Thema „Verkehrssicherheit und Mobilität“ altersadäquat, spielerisch und spannend transportieren (z.B. Helmi, Urban Troll)
- SchülerInnen- und „Eltern“lotsenaktionen
- Entwicklung von Materialien für die Verkehrs- und Mobilitätserziehung in der Schule
- Unterstützung der Erstellung von Schul-Mobilitätsmanagement-Plänen, um den Schulweg sicherer zu gestalten
- Förderung von Projekten zur Überprüfung bestehender Schutzwege im Hinblick auf kindgerechte Ausstattung, Sichtbarkeit und Beleuchtung
- Kreation und laufende Betreuung der Website www.autokindersitz.at mit den wichtigsten, stets aktuellen Tipps zu Notwendigkeit, Wahl, Befestigung und Nutzung von Rückhalteeinrichtungen für Kinder sowie zu gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Gestaltung der Broschüre „Sicher unterwegs – Kindersicherheit im Auto“ mit Fakten zur Kindersicherheit im Auto, rechtlichen und normativen Grundlagen, Arten von Schutzsystemen, Informationen zum Kindersitzkauf sowie zu deren richtiger Verwendung
- Gestaltung des Folders „KinderSicher im Auto“ mit eindringlichen Bildern und Kurzinformatio- nen in deutsch und weiteren 10 Sprachen zur breiten Streuung im Fachhandeln, in Spitälern, bei Kinderärzten, Hebammen usw.
- Aktionen zur Erhöhung der Sichtbarkeit der Kinder im Straßenverkehr und zum verstärkten Einsatz von Reflexmaterialien (z.B. Aktion „Mach dich sichtbar“)
- Bewusstseinsbildende Kampagne (Spots und Begleitmaßnahmen) „Gurte retten Leben“ mit Schwerpunkt Kindersicherung im Auto
- Unterstützung eines Basistrainings für Kindersitzverkäufer/innen und der Schulung von MultiplikatorInnen (Exekutive, Hebammen, KinderärztInnen) im Bezug auf die richtige Verwendung von Kinderrückhalteeinrichtungen
- Beteiligung am EU-Projekt EUCHIREs zur Erhöhung der Kindersitzquote

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Die Umsetzung des Projektes erfolgt mit den Mitteln des Österreichischen Verkehrssicherheitsfonds unter Einbeziehung von projektspezifisch relevanten Verkehrssicherheitsexperten mit dem Schwerpunkt Verkehrs- und Mobilitätserziehung.

Laufzeit: laufend

Ansprechpartnerin: BMVIT, Abt. II/St2 - Technik, DI Dr. Eichinger, DI Dr. Breyer, E-Mail: eva-maria.eichinger@bmvit.gv.at

Aktionen zur Verhütung von Unfällen im Kindesalter

Bundesweites
Programm

Landesweites
Projekt

Grosse schützen Kleine, Österreichisches Komitee für Unfallverhütung im Kindesalter

Der Unfall ist in den EU-Mitgliedsländern Todesursache Nummer 1 bei Kindern. Rund 20.000 Kinder unter 15 Jahren sterben in Europa jedes Jahr an den Folgen eines Unfalles. Das sind drei tote Kinder pro Stunde. Die Europäische *Child Safety Alliance* hat im Jahr 2006 in Zusammenarbeit mit Kindersicherheitsorganisationen den ersten „Good Practice Guide zur Kindersicherheit“ erarbeitet. Aus Österreich wurden drei innovative Projekte in den Guide aufgenommen.

- Erste Fahrt - Sichere Fahrt

1992 wurde von Grosse schützen Kleine noch vor Einführung der Kindersitzpflicht der Verleih von Baby-Kindersitzen in allen steirischen Geburtenstationen initiiert. Alle Eltern konnten nach der Geburt direkt im Spital für den sicheren Transport im Auto einen Baby-Kindersitz für ihr Neugeborenes ausleihen. Der Zugang zum Baby-Kindersitz im Krankenhaus besteht nach wie vor in den Geburtenstationen der Steiermark, Kärnten und Vorarlberg.

- Kindersicherheit auf Rezeptblock

Nach dem Vorbild der Rezeptblöcke wurden 2003 altersspezifische Infoblätter zum Abreißen mit den wichtigsten Informationen zu den häufigsten Unfallrisikobereichen (Verkehr, Haushalt, Sport, Freizeit) entwickelt. Der Kinderarzt bekommt als Fachinformation ein Handbuch zur Unfallverhütung. Im Rahmen der Mutter-Kind-Pass Untersuchungen erhielt so bereits jede zweite Familie mit Kindern im Alter von 0-6 Jahren eine Beratung zur Kindersicherheit durch den Kinderarzt.

- Kindersicherheitsbox

Ziel dieses Projektes ist es, Haushalten eine Grundausstattung zur Kindersicherheit zur Verfügung zu stellen, da mehr als 50 % aller Kinderunfälle zu Hause passieren. Von 1996-2001 wurden mit Unterstützung des Landes Steiermark 16.000 steirischen Familien mit Kindern von 0-6 Jahren so eine Kindersicherheitsbox zur Verfügung gestellt. Die Kindersicherheitsbox enthält 11 passive Schutzeinrichtungen. Im Jahr 2006 wurde von der steirischen Landesregierung die Kindersicherheitsbox in die Vorgaben für die neue Ökologische Wohnbauförderung im Sinne einer kindersicheren Wohnraumgestaltung aufgenommen.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Erste Fahrt – Sichere Fahrt: Grosse schützen Kleine, ÖAMTC
Kindersicherheit auf Rezeptblock: Grosse schützen Kleine, BMGFJ, Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger, Johnson&Johnson/Penaten
Kindersicherheitsbox: Grosse schützen Kleine, Gesundheits- und Wohnbauressort des Landes Steiermark
Laufzeit: Erste Fahrt – Sichere Fahrt: seit 1992, Kindersicherheitsbox: seit 1996, Kindersicherheit auf Rezeptblock: seit 2003

Ansprechpartner: Grosse schützen Kleine, Österreichisches Komitee für Unfallverhütung im Kindesalter, E-Mail: gudula.brandmayr@klinikum-graz.at;
Webinfo: www.grosse-schuetzen-kleine.at



Nationaler Aktionsplan zur Kindersicherheit

Bundesweites
Programm und Projekte

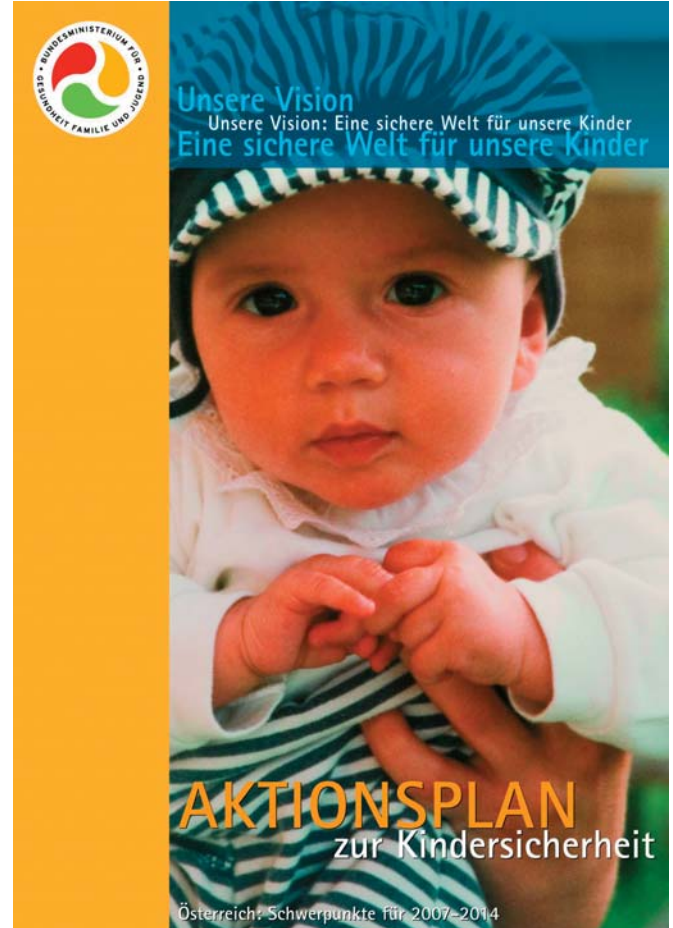
BMGFJ Sektion Gesundheitsprävention

In Österreich ereignen sich jährlich ca. 170.000 Kinderunfälle, das sind rund 21 % aller Unfälle. Ca. 70 davon sind tödlich, wovon wiederum etwa die Hälfte auf den Straßenverkehr entfällt. Kinderunfälle betreffen jedoch alle Lebensbereiche und daher ist es notwendig, unter Einbindung aller maßgeblichen Institutionen Maßnahmen und Empfehlungen zur Verbesserung der Kindersicherheit in Österreich und damit zur Senkung der Unfallhäufigkeit zu erarbeiten. Ausgehend von einer Analyse der Ist-Situation enthält der „Nationale Aktionsplan für Kindersicherheit“ Empfehlungen für Maßnahmen in den Risikobereichen Verkehr, Schule, Sport/

Freizeit und Haushalt. Der Aktionsplan soll durch gemeinschaftliche Anstrengungen und Beteiligung von Bund, Ländern und Kommunen sowie von anderen privaten und öffentlichen Organisationen in den Jahren 2007-2014 allgemein umgesetzt werden.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: BMGFJ, „Grosse schützen Kleine“ – Österreichisches Komitee für Unfallverhütung im Kindesalter, Kuratorium für Verkehrssicherheit – Abt. Heim, Freizeit und Sport, Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA), Sozialversicherungsanstalt der Bauern
Laufzeit: 2005 - 2007

Ansprechpartner: BMGFJ, Abt. IV/2 – Gesundheitsförderung und Prävention, Dr. Fritz Wagner, E-Mail: fritz.wagner@bmgfj.gv.at



„Team4Kids“ und andere Informationskampagnen für die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen

Bundesweites
Programm

BMWA Sektion Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion

Das BMWA führt gemeinsam mit der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) eine Reihe von bewusstseinsbildenden Aktivitäten zum Schutz von Kindern und Jugendlichen am Arbeitsplatz durch.

Zum Beispiel: Informationskampagne „Team4kids“ für LehrerInnen, SchülerInnen und Lehrlinge, bei dem ArbeitsinspektorInnen gemeinsam mit Lehrpersonen Unterlagen für Vorträge erarbeiteten und laufend Vorträge an Schulen, für SchülerInnen und LehrerInnen halten. Die Kooperation der Arbeitsinspektion mit Schulen soll Lehrlinge und jugendliche Beschäftigte für Fragen der Arbeitssicherheit sensibilisieren, Unfälle vermeiden helfen und den Bekanntheitsgrad der Arbeitsinspektion bei Jugendlichen und Lehrpersonen heben. Projekte betreffend Information und Ausbildung der Jugendlichen im Themenbereich „Arbeitnehmerschutz“ werden entsprechend den zeitlichen

Ressourcen betreut (z.B. Evaluierungen, SVP Ausbildung von LehrerInnen und SchülerInnen). ArbeitsinspektorInnen haben in Zusammenarbeit mit Schulbuchherstellern Schulbuchtexte entworfen bzw. an den aktuellen gesetzlichen Stand angepasst. Gemeinsam mit anderen Institutionen wird den Jugendlichen die Arbeitsinspektion als verlässlicher Partner in der Arbeitswelt dargestellt. ArbeitsinspektorInnen haben in Zusammenarbeit mit Lehrenden ansprechendes Begleitmaterial für den Unterricht und Vorträge zu erstellt.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Die Umsetzung des Projektes erfolgt durch das BMWA - Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Sektion Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion unter Einbeziehung von projektspezifischen relevanten PartnerInnen

Laufzeit: laufend

Ansprechpartnerin: BMWA, Sektion Arbeitsrecht und Arbeitsinspektion, Dr. Huber, E-Mail: Elsbeth.Huber@bmwa.gv.at
Zu Kinder- und Jugendbeschäftigung allgemein:
www.arbeitsinspektion.gv.at/AI/Personengruppen/Jugendliche/default.htm



BMLFUW Sektion Umwelt

Das Lebensministerium hat umfassende Bewusstseinsbildungskampagnen für umwelt- und gesundheitsverträgliche Mobilität gestartet, wo auch die Bedürfnisse von Kindern spezielle Berücksichtigung finden:

- Informationsbroschüre „Gesunde Umwelt für unsere Kinder“ für Gemeinden, Ärzte und interessierte Öffentlichkeit: Mit der vom Lebensministerium finanzierten und in Kooperation mit dem BMGFJ, der ÖÄK, dem BMVIT und dem BMUKK gestalteten Informationsbroschüre „Gesunde Umwelt für unsere Kinder“ wird umfassend über die gesundheitlichen Risiken der Umweltbelastungen für Kinder, den WHO-CEHAPE und die in Österreich laufenden Maßnahmen zur Umsetzung des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplans berichtet. Die Broschüre hat einen Verkehrsschwerpunkt mit Daten zum Mobilitätsverhalten von Kindern und Jugendlichen in Österreich und enthält umfangreichen Empfehlungen für kindergerechte Verkehrsplanung.
- Bewusstseinsbildungskampagne für das Radfahren: Mit der Aktion „Abfahren aufs Radfahren“ und der Weiterführung 2007 „Weniger CO₂ – ich

bin dabei“ zielt das Lebensministerium in einer breiten bewusstseinsbildenden Kampagne darauf ab, dem einzelnen Bürger oder Bürgerin die Vorteile des Radfahrens schmackhaft zu machen und zu motivieren, für kurze Wege verstärkt auf das Fahrrad umzusteigen. Dabei werden v.a. die individuellen Vorteile des Rades wie Gesundheit und Schnelligkeit gerade im Alltagsverkehr und die Bedeutung frühzeitiger Propagierung des Radfahrens für Kinder hervorgehoben, aber auch die Notwendigkeit zu Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs aufgezeigt. Der Beitrag des Radverkehrs zur Erhöhung der Lebens- und Umweltqualität insbesondere in Städten wird dabei besonders unterstrichen.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Die Umsetzung der Bewusstseinsbildungsprogramme erfolgt im Auftrag des Lebensministeriums einerseits im eigenen Wirkungsbereich (Broschüre „Gesunde Umwelt für unsere Kinder“), andererseits werden große Kampagnen („Abfahren aufs Radfahren“, „Weniger CO₂ – ich bin dabei“) von Agenturen ausgeführt. Darüber hinaus werden mit jeweils relevanten AkteurInnen (andere Ressorts, Länder, Städte und Gemeinden, Verkehrsunternehmen, NGOs, etc.) Kooperationen aufgebaut.

Laufzeit: laufend

AnsprechpartnerIn: BMLFUW, Abt. V/5 – Verkehr, Mobilität, Siedlungswesen, Lärm, DI Thaler, Mag. Gleissenberger, E-Mail: eva.gleissenberger@bmlfuw.gv.at



BMLFUW Sektion Umwelt

Die Förderung des Radverkehrs, der nicht nur keine Emissionen verursacht, sondern auch durch die körperliche Aktivität gesundheitsfördernd ist, hat für die Bundesregierung einen hohen Stellenwert. Im Regierungsprogramm wurde daher als Zielsetzung für umweltfreundliche Mobilität die Verdoppelung des Radverkehrsanteils in Österreich auf 10 % im Jahr 2015 verankert. Das Lebensministerium hat daher einen Masterplan Radfahren als Strategie zur Förderung des Radverkehrs in Österreich erarbeitet. Der Masterplan soll einen bundesweiten Impuls für die Radverkehrsförderung in Österreich bewirken und die Maßnahmenumsetzung in Kooperation von Bund, Ländern, Kommunen und anderen wichtigen Akteuren wie Wirtschaft, Verkehrsunternehmen und NGOs fördern. Mit dem Masterplan sollen durch Förderung des Radverkehrs (insbesondere des Alltagsradverkehrs) positive Wirkungen auf Gesundheit und Umwelt erreicht werden.

Durch den „Masterplan Radfahren“ werden alle Ebenen der Radverkehrsförderung angesprochen. Die „7 Handlungsfelder“ sind:

- verstärkte Zusammenarbeit / Koordination der für den Radverkehr zuständigen Akteure
- attraktive und sichere Radverkehrsinfrastruktur
- radfahrfreundliche und sichere Verkehrsorganisation
- Mobilitätsmanagement
- Optimierung der intermodalen Vernetzung insbesondere von Fahrrad und öffentlichen Verkehr
- Bewusstseinsbildung und Verkehrsausbildung insbesondere für Kinder und Jugendliche

- Radfahrfreundlichere rechtliche, planerische und fiskalische Rahmenbedingungen.

Ein eigener Maßnahmenswerpunkt des Masterplans zielt sowohl auf eine intensivere Fahrrad-ausbildung für Kinder und Jugendliche als auch auf eine verstärkte Rücksichtnahme und entsprechende Ausbildung von Autolenkenden auf Kinder im Straßenverkehr ab.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Der Masterplan Radfahren wurde im Auftrag des Lebensministeriums, Abteilung V/5 - Verkehr, Mobilität, Siedlungswesen und Lärm erstellt. Inhaltliche Bearbeitung: Büro Trafico Gmunden. In die Erstellung waren ExpertInnen aus Landesregierungen, Städten, sowie aus Verkehrsunternehmen, Radverleihunternehmen und NGOs aus ganz Österreich eingebunden.

Laufzeit: 2006, Umsetzung ab 2007

AnsprechpartnerInnen: BMLFUW, Abt. V/5 – Verkehr, Mobilität, Siedlungswesen, Lärm, DI Thaler, Mag. Gleissenberger, E-Mail: eva.gleissenberger@bmlfuw.gv.at

Webinfo: www.bmlfuw.gv.at/article/articleview/51512/1/6655/



Transalpines EU-Projekt „Alpine Awareness“ Schwerpunkt zu Jugendmobilität

Regionales und
lokales Projekt

Transnationales
Projekt

BMLFUW Sektion Umwelt, BMVIT, BMWA, Gemeinden Neukirchen/Großvenediger und Werfenweng sowie zahlreiche Partner aus Deutschland, Italien und Frankreich

Im Rahmen des INTERREG IIIB Programms Alpenraum zielt das Projekt „Alpine Awareness“ mit 12 PartnerInnen aus Österreich, Deutschland, Italien, Frankreich und der Schweiz auf die Bereitstellung und Verteilung von Informationen über nachhaltige Entwicklung in den Verkehrs- und Tourismussektoren im Alpenraum ab. Einen Schwerpunkt dieses Projektes stellt die Bewusstseinsbildung bei Kindern und Jugendlichen dar. Im Zuge des Projektes wurden in jedem Partnerland eine Reihe lokaler Aktivitäten mit Jugendlichen gesetzt (z.B. Mobilitätshebungen, Zeichenwettbewerbe, bei denen das Siegerbild auf einem Stadtbus veröffentlicht wurde, Aktionen zum Schulweg, jugendliche als BeraterInnen für/über den öffentlichen Verkehr, Schul-Mobilitäts-Pläne, Workshops mit

Jugendlichen zum Thema Mobilität und Tourismus, spezielle Jugendtickets, begleitete Öffentlichkeitsarbeit). „Partizipation“ und „Peer-education“ waren dabei wichtige Grundsätze. Darüber hinaus wurden 3 transnationale Jugendmeetings durchgeführt und eine Jugendwebsite entwickelt.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Provincia di Belluno (I) (Lead partner), Dolomiti Bus S.P.A. (I), Ökoinstitut Südtirol/Alto Adige (I), Regione Autonoma FVG (I), Regione Autonoma Valle d'Aosta (I), Rhonealpine-Environment (F), TU München (D), Ökoinstitut Freiburg (D), BMWA (Ö), BMVIT (Ö), BMLFUW (Ö), Gemeinde Werfenweng (Ö), Gemeinde Neukirchen/Großvenediger (Ö)

Laufzeit: 2003-2006

AnsprechpartnerInnen: BMLFUW, Abt. V/5 – Verkehr, Mobilität, Siedlungswesen, Lärm, DI Thaler, Dr. Holzer, E-Mail: veronika.holzer@lebensministerium.at; BMVIT, Abt. I/ K 4 - Internationale Netze und Generalverkehrsplan, DI Lung, E-Mail: ernst.lung@bmvit.gv.at; BMWA, Abt. V/4 - Tourismus-Förderungen, Mag. Titlbach-Supper, E-Mail: martina.titlbach-supper@bmwa.gv.at; Webinfo: www.alpineawareness.net.



„Generation Blue“ – Jugendwasserplattform für Bewusstseinsbildungs- und Informationsaktivitäten

Bundesweites
Programm

BMLFUW Sektion Wasser

Österreich ist zwar um seine (Trink-)Wasservorräte zu beneiden, doch ist das Bewusstsein darum in der Bevölkerung eine ständige Herausforderung. Ziel des Jugendprojektes „Generation Blue“ ist es, die nächste Generation, die heute 13- bis 19-Jährigen, für dieses Thema zu gewinnen.

„Generation Blue“ hat sich als Österreichs größte Jugendwasser-Plattform etabliert und wurde auf Initiative des Lebensministeriums im April 2004 ins Leben gerufen. Den Jugendlichen wird über die unterschiedlichsten Kontaktkanäle viel Wissenswertes über Wasser vermittelt - gemeinsam mit Gewinnspielen, Online-Games, Projektarbeiten etc. „Generation Blue“ wird in der Sprache und Optik der Jugendlichen im Internet, über Schulen, Veranstaltungen und Medien innovativ vermittelt. Die Jugendlichen werden hier zur aktiven Mitgestaltung angeregt. Insgesamt konnten seit dem Start von

„Generation Blue“ mit einer Vielzahl von Aktivitäten (Veranstaltungen, Schulstunden, Präsenz in Jugendmedien, Schulversand, Infomaterialien, etc.) bereits über 350.000 Jugendliche erreicht werden. Als Bewusstseinsvermittler und Informationsdreh-scheibe sind auch LehrerInnen und PädagogInnen über Workshops, Schulprojekt, Unterrichtsmaterialien, etc. verstärkt in die Plattform eingebunden.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: Die Initiative und Umsetzung der Plattform erfolgt im Auftrag des Lebensministeriums, das auch als Träger des Projektes fungiert. Beteiligungen und Kooperationen finden statt über Bildungsbereich (Pädagogische Institute, Schulen, Unterrichtsministerium, etc.), Gebietskörperschaften (Gemeinden, Länder), Verbände (ÖVGW) und Wirtschaftsunternehmen.

Laufzeit: 2004 – 2008

AnsprechpartnerIn: BMLFUW, Sektion VII - Wasser, Stabstelle Kommunikation, Mag. Brandstetter, E-Mail: susanne.brandstetter@lebensministerium.at;
Webinfo: www.generationblue.at



BMLFUW Sektion Wasser

Fließgewässer sind wertvoll und wichtig für Menschen. Will man die Donau schützen, muss man auch Bewusstsein für ihren Wert und ihre Einzigartigkeit schaffen. Mit der „Danube Box“ soll der Zugang zum „Lebensraum Donau“ durch Informations- und Unterrichtsmaterial ermöglicht werden. So liefert die „Danube Box“ Sach- und Fachwissen, kopierfähige Arbeitsblätter, Anleitungen zu Rollenspielen, Spielen, In- und Outdoor-Aktivitäten, sowie kulturelle Beiträge (wie Alltagsgeschichten, Legenden und Rezepte). Die interaktive Donau-Reise auf der CD-ROM ermöglicht den Kindern einen motivierenden Einstieg ins Thema. Das LehrerInnen-Handbuch unterstützt LehrerInnen der 4.-6. Schulstufe bei der Unterrichtsgestaltung mit praktischen Arbeitsblättern, detaillierten Anleitungen, spannenden Aktivitäten und wertvollen Informationen. Die Danube Box-Unterrichtsmaterialien sind nach den Prinzipien,

Methoden und Lernziele der modernen Umweltbildung und der Erziehung für Nachhaltige Entwicklung gestaltet.

Nicht nur die Kinder in Österreich sollen erfahren, dass sie über die Donau untrennbar verbunden sind. Die „Danube Box“ als ein für alle Donauländer gültiges Unterrichtsmaterial soll in den nächsten Jahren auch bei Kindern aus anderen Donau-Anrainerstaaten zur Vermittlung von Identität und Verbundenheit mit dem Donaunraum beitragen.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: BMLFUW, Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD), Pädagogisches Institut Wien, Coca-Cola HBC und The Coca-Cola Comp. Österreich.

Laufzeit: Start mit dem Danube Day 2006 – Umsetzung laufend

AnsprechpartnerIn: BMLFUW, Sektion VII - Wasser, Stabstelle Kommunikation, Mag. Brandstetter, E-Mail: susanne.brandstetter@lebensministerium.at

Webinfo: www.pi-wien.at/archiv/DanubeBox/danubebox.htm



„Wasserschule“ und „Haus des Wassers“ des Nationalpark Hohe Tauern

Regionales und
lokales Projekt

BMLFUW Sektion Nachhaltige Entwicklung und Nationalpark Hohe Tauern

Nutzungskonflikte um das Wasser waren bei der Gründung des Nationalparks Hohe Tauern ein zentraler Diskussionspunkt. Aufgrund der ungleichen Verteilung der lebensnotwendigen Ressource Wasser zählt die Bewusstseinsbildung für die Bedrohung, Erhaltung und nachhaltige Nutzung des Wassers zu einer der wichtigsten umweltpädagogischen Aufgaben. Neben konkreten Schutzmaßnahmen und wissenschaftlichen Arbeiten wurde daher seitens des Nationalpark Hohe Tauern das Thema „Wasser“ als Arbeitsschwerpunkt gewählt und ein umfangreiches Bildungsprogramm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene entwickelt. Dabei erhalten die SchülerInnen ein umfassendes und ganzheitliches Bild von der Ressource Wasser auf regionaler, nationaler und globaler Ebene.

Nationalparkbetreuer kommen mit dem Wasserschul-Bus zu den SchülerInnen und vermitteln Wissen in den Klassen und in der Natur bei Untersuchung von Gewässer der unmittelbaren Schulumgebung. Jährlich nehmen über 4.000 SchülerInnen an Kursen der Wasserschule Nationalpark Hohe Tauern teil. www.wasserschule.at

Das Angebot der Wasserschule wurde inzwischen durch das „Haus des Wassers“ erweitert: Mehrtägige erlebnisorientierte, fächerübergreifende Projekte geben Schulklassen, Jugendgruppen und StudentInnen die Möglichkeit, das Element Wasser in der naturnahen Landschaft mit allen Sinnen zu entdecken. SchülerInnen lernen ihr Konsumverhalten kritisch zu hinterfragen und Handlungsstrategien für einen nachhaltigen Umgang mit Wasser zu entwickeln. Im Haus des Wassers wird fachliches Wissen mit Gefühlen verbunden. Die Entscheidungsträger der Zukunft werden zu diskussionsfähigen und handlungsfähigen Vertretern des Lebenselixiers Wasser.

KooperationspartnerInnen, Beteiligte: D. Swarovski & Co unterstützt die Wasserschule finanziell und erwartet sich von dem Projekt, dass jeder Schüler der Nationalparkregion im Alter von 8 bis 13 Jahren die Möglichkeit hat, an Kursen der Wasserschule Nationalpark Hohe Tauern teilzunehmen. Das Projekt wird ebenso durch das Lebensministerium und die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III finanziert.

Laufzeit: Start Wasserschule: 2000, Start Haus des Wassers: 2003 – Umsetzung laufend

AnsprechpartnerIn: Wasserschule Nationalpark Hohe Tauern, Mag. Staats, E-Mail: wasserschule@hohetauern.at; BMLFUW, Abt. II/4 - Abteilung Natur- und Artenschutz, Nationalparks, Mag. Hasler, E-Mail: viktoria.hasler@lebensministerium.at; Webinfo: www.hausdeswassers.at



Anhang: Maßnahmen-Tabelle „Table of Actions“

Vorbemerkungen und Informationen zur Maßnahmentabelle „Table of Action“:

Die im Anhang dargestellte Maßnahmentabelle basiert auf den Vorgaben des WHO Dokuments „Table of Actions“ (WHO 2004 a) zum CEHAPE. Die vorliegende Tabelle folgt in ihrer Struktur den WHO Vorgaben und den im CEHAPE festgelegten 4 Handlungsfeldern („Priority Goals“). Sie enthält in den ersten drei Spalten die von der WHO vorgegebenen Ziele und Maßnahmenempfehlungen. Diese ersten 3 Spalten sind von der WHO vorgegeben und daher grau hinterlegt. Die Maßnahmenempfehlungen stellen einen Rahmen dar und müssen in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht alle gleich wichtig und relevant sein. Daher finden sich in den Maßnahmentabellen auch Maßnahmen, die für Österreich nicht relevant oder bereits umgesetzt sind.

Die von der WHO vorgegebene Legende bedeutet:

L = Verabschiedung und Durchsetzung von Gesetzen

E = Förderung von Programmen für gesundheitliche Aufklärung und Gesundheitsförderung

P = Förderung der aktiven Einbeziehung maßgeblicher Akteure (Kinder, Betreuer, Gesundheitsdienste, Ausbildungssektor)

K = Wissensauf- und -ausbau durch Forschungsarbeiten, Austausch von Fallstudien, Datenbanken mit exemplarischen Praktiken usw.

M = Monitoring von Umweltbelastungen

S = Verbesserung von Leistungserbringung und Infrastruktur

N, R, L: National, Regional, Lokal (Abk. in Spalte „Maßnahmen vorhanden“)

Für die österreichischen Maßnahmenempfehlungen wurden an die WHO Vorgaben anschließend weitere 4 Spalten mit folgenden Inhalt und Informationen eingefügt:

- Maßnahmen vorhanden in Österreich
- Empfehlung für Maßnahmen in Österreich
- Zuständigkeit
- Zeithorizont für den Start der Implementierung der Maßnahmen in Österreich

Ad „Zusätzliche Ziele“:

Ergänzend zu den von der WHO angeführten Zielen und Maßnahmen wurden in Rahmen der Erarbeitung des Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionsplanes seitens verschiedener ExpertInnen von Bundes- bzw. Landesstellen und anderen Institutionen zusätzliche Ziele und Handlungsempfehlungen formuliert und in den Tabellen ergänzt.

Regionales Prioritätsziel I: Sicherstellen von Versorgung mit sauberem Wasser und guten sanitären Verhältnissen

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeithorizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Schlechte Wasserversorgung und sanitäre Verhältnisse						
Für Kinder die Zugänglichkeit von gesundheitlich unbedenklichem und qualitativ gutem Wasser in ausreichenden Mengen verbessern	L	Sicherstellen, dass konkrete, für Kinder gedachte Ziele in nationale Maßnahmen zur Umsetzung des Protokolls über Wasser und Gesundheit einbezogen werden	Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichem Trinkwasser ist in Österreich gewährleistet	Fortsetzung der erfolgreichen Bemühungen zur Reinhaltung von Flüssen und Seen; Sicherung der sauberen Grundwasserreserven und von Wasserschon- und -schutzgebieten; verstärkte Bewusstseinsbildung (z.B. Wasserschutzberatung)	Bund, Länder, Kommunen	mittelfristig
	L	Gesetze verabschieden/ durchsetzen, die sicherstellen, dass alle öffentlichen Gebäude, in denen sich Kinder aufhalten, Zugang zu gesundheitlich unbedenklichem Wasser geben	Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichem Trinkwasser ist in Österreich gewährleistet.	Weitere Bemühungen zur verstärkten Reinhaltung von Grund- und Trinkwasser	Bund, Länder, Kommunen	mittelfristig
Zugang der Kinder zu grundlegenden Sanitäreinrichtungen verbessern	L	Gesetze verabschieden bzw. durchsetzen, die sicherstellen, dass alle öffentlichen Gebäude, in denen sich Kinder aufhalten, Zugang zu grundlegenden Sanitäreinrichtungen geben	entsprechende Versorgung mit Sanitäreinrichtungen ist in Österreich gewährleistet.	-	-	-
	S	Programme entwickeln, die allen Privathaushalten besseren Zugang zu gesundheitlich unbedenklichem Wasser und einer sanitären Infrastruktur geben	Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichem Trinkwasser u. sanitäre Infrastruktur ist in Österreich gewährleistet	-	-	-

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeithorizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Schlechte Wasserversorgung und sanitäre Verhältnisse						
Bei Kindern und Betreuern das Bewusstsein für die Bedeutung der Wasserqualität für Gesundheit und zweckgerechte Hygiene stärken	E	Aufklärung der BetreuerInnen, SchulleiterInnen, LehrerInnen und Kinder über die Bedeutung der Wasserqualität für Gesundheit und zweckgerechte Hygiene	National, regional und lokal: zahlreiche Projekte zum Thema „Wasser“ (siehe besonders: „Generation Blue“)	Verstärkte Bewusstseinsbildung für den sparsamen Umgang mit Wasser und für Leitungswasser als gesundes Getränk; Fortführung der bewusstseinsbildenden Maßnahmen über die Empfindlichkeit und Begrenztheit des Ökosystems Wassers und die Bedeutung des Wassers als Lebensgrundlage für alle Lebewesen; kostenloses Trinkwasser auf mehr Plätzen, in mehr Lokalen, etc.; Fortführung der zielgruppenadäquaten Bewusstseinsbildung und Themenkonfrontation über Fortführung und Ausbau der Jugendwasserplattform Generation Blue; Erfahrungs- und Maßnahmen austausch über eine Internationalisierung der Jugendwasserplattform „Generation Blue“; Beibehaltung des Jugendschwerpunktes im Rahmen des Danube Day zur Sensibilisierung und Wahrnehmungsförderung über das komplexe Ökosystem Donau und verstärkte Verbreitung der Danube Box im Sinne der Bildung für Nachhaltige Entwicklung	Bund, Länder Kommunen Stadt-/Landesschulräte	kurzfristig
	L	Abwasserentsorgung für Spielbereiche, Schulen, Erholungsgebiete und öffentliche Strände sicherstellen	u.a. Ringkanalisation bei Seen	Weitere Maßnahmen zur Reduktion des Schadstoffeintrags im Grundwasser (z.B. durch Nitrate, Straßenabwässer)	Bund, Länder Kommunen	mittelfristig
Zusätzliches Ziel	E	Transparenz bez. Blei- und Nitratbelastung des Trinkwassers, Chlorierung	N, R, L: Information d. Bevölkerung (in eher geringem Ausmaß) über die Bleiproblematik L: Infos über die Nitratbelastung durch Wasserversorger	Verstärkte Umsetzung der Informationspflicht der Bevölkerung über Belastungen des Trinkwassers (z.B. Blei und Nitratbelastung, Chlorierung) durch die Wasserversorgungsgesellschaften gemäß Verordnung; bessere Information über die Bleiproblematik; Nutzung der Daten auch für epidemiologische Forschung; Weiterführung der Bemühungen zum Austausch der Trinkwasser-Bleirohrleitungen	Bund, Länder, Kommunen	kurzfristig

Regionales Prioritätsziel II: Unfallverhütung und Sicherstellung von ausreichender körperlicher Bewegung von Kindern

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit-horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Mobilität und Verkehr						
Straßenverkehrssicherheit für Kinder erhöhen	L/E	Gebrauch von Sicherheitsausrüstung (z. B. Sicherheitsgurte, Kindersitze, sicherere Frontpartien bei Autos, Fahrradhelme) fördern und durchsetzen	National: Straßenverkehrsordnung Produktnormen Kampagnen, nationaler Aktionsplan zur Kindersicherheit	Weiterführung der bisherigen Maßnahmen zur Förderung des Gebrauchs von Sicherheitsausrüstungen in und an den Fahrzeugen (z.B. Sicherheitsgurte, Kindersitze, etc.) und zusätzlich generelles Verbot von für Kinder gefährlichen Karosserieteilen von Kraftfahrzeugen, z.B. Frontschutzbügel („Kuhfänger“) bei Geländewagen	EU, Bund	kurzfristig
	L	Fahrgeschwindigkeit in der Nähe von Schulen durch Gebote und Straßengestaltung senken, um durch nachweislich wirksame Verkehrsberuhigung zu erreichen, dass in der Nähe von Schulen nicht zu schnell gefahren wird	lokal: bei einzelnen Standorten umgesetzt	Reform der StVO im Bezug auf Kindersicherheit und Kinderfreundlichkeit (z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohnsiedlungen in der Umgebung von Schulen, Kindergärten, Horten und Kinderspielplätzen, Haltepflicht für Kfz beim Halt von öffentlichen Verkehrsmitteln in Haltestellen für ein gefahrloses Ein- und Aussteigen); Verstärkte Kontrollen im Straßenverkehr (z.B. verstärkte Überwachung der Fahrgeschwindigkeit und der Überwachung der Anhaltebereitschaft von AutofahrerInnen vor Schutzwegen)	Bund, Länder, Kommunen Bezirke, usw.	mittel- fristig
	E	Verkehrserziehung anbieten, insbesondere das Bewusstsein der KFZ-LenkerInnen für Kinder schärfen	N, R, L: Erziehung in Schulen, z.T. auch in Kindergärten wird angeboten, Bewusstseinsförderung bei AutofahrerInnen: Kampagnen, Aktionen, etc. auf nationaler, regionaler u. lokaler Ebene	Verstärkte Bewusstseinsbildung bei AutofahrerInnen zur Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf Kinder insbesondere zur Bewusstseinsbildung der LenkerInnen über die durch Geschwindigkeiten ausgehende Gefahr für Kinder und die Ausnahme der Kinder vom Vertrauensgrundsatz; Reform der LenkerInnenausbildung und der Führerscheinprüfung durch Einbeziehung ökologischer und sozialer Aspekte des Verkehrs und der besonderen Bedürfnisse von Kindern; Bewusstseinsbildung bei Eltern, Kindern und Jugendlichen für die Gesundheitsvorteile bewegungsreicher Mobilität und Lebensstile insbesondere zur Propagierung gesundheitsfördernder und elternunabhängiger Bewegungsformen wie verstärktes Zufußgehen und Radfahren anstatt stark angestiegener „Elterntaxidienste“	Bund, Fahrschulen Medien	kurzfristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeithorizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Mobilität und Verkehr						
Straßenverkehrssicherheit für Kinder erhöhen	E	Theoretische und praktische Verkehrserziehung für Kinder im schulpflichtigen Alter anbieten und den Kindern beibringen, wie man öffentliche Verkehrsmittel benutzt	N: Verkehrserziehung in Schulen im Sinne von passiver Verkehrssicherheitserziehung in der Volksschule verpflichtend eingeführt, das Verhalten bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel ist Teil des Standardprogrammes der schulischen Verkehrserziehung durch die Exekutive; Nationaler Aktionsplan für Kindersicherheit	Verstärkte Integration des Lehrplans für Verkehrserziehung von einem Fokus des Sicherheitstrainings hin zu einem ganzheitlichen Mobilitätsunterricht unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Aspekte in den Schulalltag; Weiterführung der LehrerInnenfortbildung und Entwicklung von Unterrichtsmaterialien zur Förderung des Gehens, Radfahrens und der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel	Bund, Länder Kommunen Schulen Verkehrsorganisationen	kurzfristig
Sichere und unabhängige Kindermobilität fördern	S, E, K	Infrastruktur entwickeln und Programme für sichere Fuß- und Radwege zur Schule umsetzen	Das BMLFUW hat das klima:aktiv mobil Aktions- und Beratungsprogramm Mobilitätsmanagement für Gemeinden und Schulen gestartet, ein Masterplan „Radfahren“ wurde erarbeitet	Förderung der „aktiven“ Verkehrsteilnahme von Kindern durch kinderfreundliche Verkehrsorganisation und kinderfreundliche bauliche Gestaltung von Wegen, die häufig von Kindern frequentiert werden (z.B. Schulwege, Wege zu Kindergärten, Horten, Kinderspielplätzen); Verbesserung der Bedingungen für den Fuß- und Radverkehr und der Fuß- und Radinfrastruktur in städtischen und ländlichen Regionen insbesondere in den für Kinder wichtigen Beziehungen (z.B. Schulwege, Wege zu Spielplätzen, Parks, Bädern etc) sowie Entwicklung und Umsetzung eines Masterplans für den Fußgängerverkehr; verstärkte Errichtung von Radabstellanlagen am Schulgelände bei gleichzeitiger Reduktion von Stellplätzen für Pkws als Anreiz zur Förderung des Radverkehrs bei SchülerInnen und LehrerInnen; verstärkte Einführungen von flächendeckend Tempo 30 in Städten und Gemeinden, Umsetzung von verkehrsberuhigenden und verkehrsreduzierenden Maßnahmen (z.B. Wohnstraßen, Spielstraßen) und kindgerechter baulicher Straßengestaltung (z.B. sichere Querungshilfen, Schutzwege, etc.) insbesondere im Umfeld um Schulen und Kindergärten; verstärkte Einrichtung von Begegnungszonen (Verkehrsflächen, die von motorisierten Fahrzeugen mit bis zu 20 km/h befahren werden dürfen, wo nichtmotorisierte VerkehrsteilnehmerInnen aber Vorrang genießen); Bedürfnisse von Kindern auf allen Planungs-/Richtlinienebenen berücksichtigen, Reform und Adaptierung von Planungsrichtlinien, Bauvorschriften und Normen im Bezug auf Kinderfreundlichkeit (z.B. Erarbeitung einer Richtlinie für kindergerechte Verkehrsplanung und Straßen- und Infrastrukturgestaltung etwa in der RVS); Erarbeitung eines österreichweiten Masterplans für kindergerechten Verkehr mit Schwerpunkten zur Förderung des Radfahrens, Zufußgehens, des öffentlichen Verkehrs und zur besonderen Berücksichtigung kindergerechter Verkehrswege in den Verkehrsinfrastrukturprogrammen von Bund, Ländern und Gemeinden; verbesserte Erreichbarkeit der Schulen zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit ÖV; neue Schulstandorte sollten insbesondere mit gutem Anschluss an öffentlichen Verkehrsmitteln und an ein Radwegenetz errichtet werden; kinderfreundliche Umgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den SchülerInnentransport (z.B. Gurtenpflicht, Zählregel) insbesondere bei Schulbussen im Gelegenheitsverkehr	Kommunen Länder, Bund	mittelfristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit-horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Mobilität und Verkehr						
Kinderbedürfnisse in die Planung von Wohngebieten, Verkehr und Infrastruktur mit einbeziehen	S, E, K	Nachhaltige Mobilität wie Gehen, Radfahren, Mitfahrzentralen fördern und Mobilitätspläne entwickeln, die die besonderen Bedürfnisse von schulpflichtigen Kindern berücksichtigen	N, R, L: Pilotprojekte und Programme (z.B. das klima:aktiv mobil Aktions- und Beratungsprogramm Mobilitätsmanagement für Schulen des BMLFUW, Kindermeilenkampagne von Klimabündnis, BMLFUW Kampagne für das Radfahren und „Masterplan Radfahren“ des BMLFUW)	Österreichweite Umsetzung von schulischem Mobilitätsmanagement; durch Ausbau der klima:aktiv mobil Beratungsprogramme des BMLFUW insbesondere für Schulen und Schaffung von Umsetzungsförderungen; Entwicklung und Umsetzung eines Masterplans für den Rad- und Fußgängerverkehr; verstärkte Bewusstseinsbildungsprogramme und Informationskampagnen für kinderfreundlichen Verkehr insbesondere zur verstärkten körperlichen Mobilität durch Radfahren und Zufußgehen	Bund, Länder Kommunen Schulen Betriebe	mittel- fristig
	P	Beteiligung von Kindern und ihren Betreuern an Stadt- und Verkehrsplanung erleichtern	N: Nationaler Aktionsplan für Kinderrechte einige Pilotprojekte	Verstärkte Einbindung von Kindern und Partizipationsprozesse mit Kindern in der Verkehrsplanung verankern und verstärkte Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in den Programmen und Entscheidungen der Stadt- und Verkehrsplanung	Bund, Länder, Kommunen Schulen	kurzfristig
Bewegung fördern	E	In den Unterrichtsplänen Sport und Bewegung stärker berücksichtigen	(Sport: 1-4 Stunden pro Woche je nach Schultyp) N, R: Zahlreiche Bewegungsprojekte in Schulen (s. GIVE-Datenbank)	Kurz- und Pausen-„Sport“ in der Schule, vermehrt Bewegung in den Unterricht integrieren und Akzeptanz des Sportunterrichts erhöhen speziell bei Mädchen	Bund, Schulen	kurzfristig
	E	Körperliche Betätigung von Kindern und Jugendlichen im sozialen Umfeld fördern	N: iSch, einzelne Pilotprojekte	Bewusstseinsbildung für die Notwendigkeit körperlicher Bewegung verstärkt durchführen, Fitness- und Spielräume für größere Pausen in der Schule	Bund, Länder Kommunen Medien	kurzfristig
	S	Kindern und Jugendlichen sichere und erreichbare Möglichkeiten für sozialen Austausch, Spiel und Sport geben	N, R, L: Wohnstraßen, Gestaltung von Wohnanlagen, Spiel- und Sportplätze in vielen Gemeinden	Initiativen zur Verbesserung der Kinderfreundlichkeit des öffentlichen Verkehrs z.B. durch Angebotsattraktivierung (Fahrplanangebot, Takt, Fahrzeit/); Erleichterung der Zugänglichkeit der Haltestellen und weitere verstärkte Anschaffung von Niederflurfahrzeugen; sichere und kindergerechte Erreichbarkeit, kindergerechte Gestaltung und Planung von Haltestellen und Fahrzeugen; kinderfreundliche Angebote; aktive Rolle der Verkehrsunternehmen in der Verkehrserziehung auch im Sinne eines ganzheitlichen Mobilitätsunterrichts	Kommunen	mittel- fristig
Bewusstsein von Entscheidungsträgern und Bevölkerung für die verkehrsbedingten gesundheitlichen Folgen, die Kosten und den Nutzen schärfen, bes. im Hinblick auf Kinder	K	Einschätzung der gesundheitlichen Auswirkungen, Kosten und Nutzen des Verkehrs, besonders für Kinder, vorantreiben	N: z.B. Studien, Guidelines und Workshops im Rahmen des paneuropäischen Programms für Verkehr, Umwelt und Gesundheit THE PEP mit österreichischer Beteiligung (BMLFUW, BMVIT)	Weitere Studien über die Einschätzung der gesundheitlichen Auswirkungen durch den Verkehr auf Kinder sowie deren monetären Bewertung (Kosten und Nutzen) mit Schwerpunkt auf dem Gesundheitsnutzen des Radfahrens, Verbreitung der Ergebnisse und Integration in die Entscheidungsstrukturen im Verkehrswesen wie Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kosten-Nutzen-Analysen für Verkehrsinfrastruktur	Bund, Länder Kommunen	mittel- fristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhande- nen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit- horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Mobilität und Verkehr						
Bewusstsein von Entschei- dungsträgern und Bevölke- rung für die verkehrsbe- dingten ge- sundheitlichen Folgen, die Kosten und den Nutzen schärfen, bes. im Hinblick auf Kinder	K	Bewertung der gesund- heitlichen Kosten in Entscheidungsfindung und Planung von Ver- kehr und Infrastruktur einbeziehen	N: z.B. Studien, Guide- lines und Workshops im Rahmen des paneuro- päischen Programms für Verkehr, Umwelt und Gesundheit THE PEP mit österreichischer Beteiligung (BMLFUW, BMVIT)	Bewertung der gesundheitlichen Kosten in den relevanten Richtlinien, strategischen Verkehrs- konzepten, technischen Verkehrsplänen (We- gekostenrichtlinie, Generalverkehrsplan, etc.) berücksichtigen; Vorschläge aus dem WHO/UN- ECE Projekt THE PEP (Pan-European Program for Transport, Health and Environment) umset- zen und verstärkte internationale Kooperation und Erfahrungsaustausch	EU, Bund BMVIT, Län- der Kommu- nen	mittel- fristig
Umweltrisikofaktor: mangelhafte Bauvorschriften und gefährliche Baumaterialien						
Belastung der Kinder durch ungesunde und unsichere Bauvor- schriften und -materialien verhüten	S	Sicherstellen, dass öffentliche Gebäude, in denen sich Kinder aufhalten, die gesund- heitlichen und sicher- heitsmäßigen Anfor- derungen erfüllen (in bezug auf Kälte, Hitze, Feuchtigkeit, Licht, Sturzrisiko, Stromstoß- und Brandgefahr)	N: ÖNORMEN, Netz- werk „Barrierefreies Bauen“; L: Bautech- nische Vorschriften u. Richtlinien; darüber hinaus Bemühungen um ökologisch bewusste Ausschreibung und Beschaffung (z.B. Öko- kauf Wien)	Harmonisierung der Bauvorschriften der Bun- desländer, um sicherzustellen, dass Gebäude, in denen sich Kinder aufhalten, die gesundheits- lichen und sicherheitsmäßigen Anforderungen in jedem Bundesland erfüllen; Einbeziehung der grundlegenden Überlegungen des Umweltzei- chens und der Ökologisierung der Schulen (z.B. ÖISS Richtlinie „Ökologische Kriterien für den Schulbau“)	Länder ÖNORM	kurzfristig
	S	Programme zur Verbesserung der Gesundheits- und Sicherheitsanforderun- gen in Privathaushalten entwickeln	N, R: Regeln und Vor- schriften vorhanden Nationaler Aktionsplan zur Kindersicherheit derzeit in Bearbeitung	Implementierung von „Maßnahmen zur generel- len Erhöhung der Kindersicherheit in Österreich wie sie im „Nationalen Aktionsplan zur Kinder- sicherheit“ dargelegt sind; Unterstützung von Pilotprojekten zur Erhöhung der Kindersicherheit (z.B. Kindersicherheitshaus des österreichischen Komitees für Unfallverhütung im Kindesalter)	Bund, Länder, Kommunen	kurzfristig
	L	Gesetzliche Vorschrif- ten für die Sicher- heitsbestimmungen an Schwimmbecken einführen bzw. durch- setzen, z. B. für das Errichten von Zäunen und Toren und den Ge- brauch von Schwimm- hilfen	Gewerbeordnung, Richtlinie für Sportstät- tenbau	-	-	mittel- fristig
	S	Annahme und Um- setzung guter lokaler Programme zur Ver- hütung von tödlichen Wasserunfällen sichern, u.a. durch Aufklärung und Bewusstmachung	N: Infomaterialien, etc. von KfV u. „Große schützen Kleine“	Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen- plänen zur generellen Erhöhung der Kindersi- cherheit (z.B. nationaler Aktionsplan zur Kinder- sicherheit)	Bund, Länder Kommunen Medien Kinderärzte Handel (Pro- dukthaftung)	kurzfristig

Regionales Prioritätsziel III: Sicherstellung von sauberer Außen- und Innenraumluft

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit-horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Luftverschmutzung in Innenräumen (IAP)						
Die Belastung von Schwangeren, Kindern durch IAP verhüten und verringern	S	Programme für gesündere Koch- und Heizsysteme und sicherere Brennstoffe in den Haushalten entwickeln	N: Regelungen und Normen, Klima:aktiv->handeln Programm des BMLFUW+RauchfängerInnen, Beratung durch RauchfängerInnen für gesündere, effizientere und umweltfreundlichere Heizsysteme (Luftverschmutzung, Unfallprävention, Energieeffizienz) siehe: www.klimaaktiv.at	Abzüge für alle Gasherde (Prävention von hohen NO2-Immissionen); Kontrolle illegaler Müllentsorgung“ im häuslichen Ofen, Wartung der Öfen	Installateure InnenraumgestalterInnen RauchfängerInnen, Kommunen	langfristig
	L	Rauchverbot in der Öffentlichkeit, besonders in Schulen und Gesundheitseinrichtungen	N: Tabakgesetz	Rauchverbot auch in Lokalen, insbes. Jugendtreffs	Bund	mittelfristig
	L/E	Artikel 12 des Anti-Tabak-Rahmen-Übereinkommens zur Förderung von wirksamer und geeigneter Schulung oder Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung zu Anti-Tabak-Maßnahmen durchsetzen	N: Rahmenkonvention ist ratifiziert	Umsetzung des Artikel 12 des Anti-Tabak-Rahmen-Übereinkommens sollte intensiviert werden	Bund, aber auch alle Verantwortungsträger im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen	kurzfristig
	E	BetreuerInnen, Gesundheitsfachkräfte und schulische MitarbeiterInnen in Methoden unterrichten, wie sich die Belastung der Kinder durch IAP verhüten oder verringern lässt (Koch- und Heizsysteme, Innenraumallergene und Passivrauchen)	N, R, L: Info-Materialien und Seminare R: Innenraumluft-Untersuchungen in Schulen u. Kindergärten durchgeführt (OÖ)	Verstärkte Bewusstseinsbildung bezüglich Raumklima, Allergene, Passivrauchen und weiterer Probleme (z.B. Beduftung) insbesondere für Klassenräume in Schulen (z.B. Lüftungsverhalten, der richtige Umgang mit Heizsystemen, um ungesunde Überhitzung zu vermeiden und Energie und Emissionen einzusparen)	Bund, Länder, Kommunen, Landes- und Stadtschulräte, Schulen	kurzfristig
	M	Fragen zur Belastung der Kinder durch IAP in Gesundheits- und Haushaltssurveys aufnehmen	N: Mikrozensus (MZ) Umwelt u. Gesundheit	Umwelt-Studien zur Luftverschmutzung in Innenräumen durchführen (vergleichbar mit Vorreiter Deutschland)	STATAT, Umweltbundesamt	kurzfristig
	L	Mindestanforderungen für die Luftgüte in Innenräumen festlegen und ihre Einhaltung in Schulen und öffentlichen Gebäuden, in denen sich Kinder aufhalten, sicherstellen	N: Arbeitskreis Innenraumluft beim BMLFUW Harmonisierung der Bauvorschriften	Mindestanforderungen für die Luftgüte in Innenräumen festlegen (Richtlinien für weitere Luftschadstoffe erstellen) und laufende Kontrollmessungen in Schulen und Kindergärten, Forcierung raumluftechnischer Einrichtungen. Sicherstellen eines Mindestluftwechsels; Verbesserung des Raumklimas (ausreichende Raumbelüftung) in Klassenzimmern und Aufenthaltsräumen in Schulen und Kindergärten; Entwicklung strengerer Emissionsgrenzwerte für Baustoffe (vor allem für den Innenausbau) insbesondere bezüglich VOC (flüchtige organische Substanzen), Weichmacher und Nitrosamine	Bund, Länder	kurzfristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeithorizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Außenluftverschmutzung (OAP)						
Belastung durch OAP verhüten und verringern	L	Schadstofffreie Schuloasen schaffen durch Zufahrtsbeschränkungen vor allem für dieselgetriebene Fahrzeuge und die Standortbegrenzung anderer Verschmutzungsquellen	R: Bauordnung (Flächenwidmungsplan)	Wenn Umsetzung von autofreien Schuloasen auf gesetzlicher Ebene nicht möglich, Maßnahmen auf lokaler Ebene (autofreie Zonen im Schulbereich) umsetzen	Bund, Länder, Kommunen	mittelfristig
	E	Stärkung des Bewusstseins bei LehrerInnen, Eltern und Kindern über die Gefahren von OAP und Aufklärung über das Ausmaß der Luftverschmutzung, einschließlich Verhaltensmaßnahmen an Tagen mit starkem Ozonmog	N, R, L: Info-Material (z.B. „Feinstaub-Führerschein“ der Stadt Graz), öffentl. Präsentation von Studienergebnissen (z.B. Schwechater Volksschulkinder-Studie)	Information und Bewusstseinsbildung zur Verhütung der Belastung durch Luftverschmutzung in Außenräumen verstärken (z.B. Verhaltensempfehlungen bei hoher Feinstaub- oder Ozonbelastung, Vorbildwirkung in der Vermeidung von unnötigen Autofahrten) verstärken	Bund, Länder, Kommunen, Schulen	kurzfristig
	L und M	OAP-Überwachung und Smogalarmsysteme in Städten einrichten, damit Betreuer und schulische MitarbeiterInnen über hohe Risiken durch OAP informiert sind	N, R: Gutes Messnetz vorhanden	-	Bund, Länder, Kommunen	kurzfristig
	P	Engagement von Kinder, Schulen und allgem. Bevölkerung für eine Politik der reinen Luft	L: im Rahmen von Schulprojekten (z. B. Feinstaub-Projekt des Lerchenfeld-Gymnasiums in Klagenfurt, PM10 Bonusschule, Stmk.)	-	Bund, Länder, Kommunen, Schulen	kurzfristig
Zusätzliche Ziele		Reduktion der Luftschadstoffemissionen	EU Kompetenz mit nationaler Umsetzung EU Luftqualität RL und Immissionsschutzgesetz Luft und Bund-Länder Feinstauboptionenpaket, EU NEC RL und Emissionshöchstgrenzengesetz und ö NEC Strategie UNFCC Kyotoprotokoll und Ö Klimastrategie	Sanierungspläne erarbeiten und Umsetzen bei Grenzwertüberschreitungen gem. IGL; konzertierte Weiterentwicklung und Umsetzung der Maßnahmen des Bund-Länder Feinstaub-Optionen Pakets, der NEC Strategie und der nationalen Klimastrategie; einsetzen in der EU und UN für Weiterentwicklung der Luftqualitäts-, NEC und Klimagesetzgebung	Länder, Bund, Länder, Gemeinden	Bedarfsfall 2010 bis 2012
		Messung und Reduktion der Emissionen ultrafeiner Partikel PM2.5	Luftqualitätsgesetzgebung weitgehend EU Kompetenz mit nationaler Umsetzung	Einsetzen in der EU für PM2.5 Luftqualitätsgrenzwerte, Reduktionsmaßnahmen für ultrafeine Partikelfractionen, Aufbau eines Messnetzes (PM2.5)	BMLFUW	2007
		Baustellenmanagement	Länderkompetenz und öffentliches Vergabewesen	Partikelfilter und Baustellenmanagement in der Bauordnung und bei öffentlichen Vergaben berücksichtigen	Länder und Gemeinden, aber auch Bund	ab 2006
		Strenge gesetzliche Emissionsgrenzwerte von Heizsystemen, Kontrollen	Emissionsgrenzwerte von Feuerungsanlagen	Strenge Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Emissionsgrenzwerte von Feuerungsanlagen; Regelung der Biomasseanlagen, die nicht unter die Gewerbeordnung fallen sowie Anpassungsfristen für Altanlagen	Bund, Länder-	kurzfristig

Von WHO vorgeschlagen		Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeithorizont	
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code					Konkrete Maßnahme
Umweltrisikofaktor: Außenluftverschmutzung (OAP)						
		Umweltfreundliche Verkehrsträger auch im Güterverkehr fördern, Forcierung des Schienengüterverkehrs, des kombinierten Verkehrs und der besseren Lkw Auslastung	EU Kompetenz In Ö: Lkw Road Pricing auf Autobahnen umgesetzt, Anschlussbahnförderung umgesetzt durch BMVIT, Betriebliches Mobilitätsmanagement durch BMLFUW umgesetzt (Flottenmanagement, innovative Kombi Systeme, etc.)	Weiterführung und Intensivierung der Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen von Treibhausgasen und Luftschadstoffe insbesondere des Ultra-Feinstaubes (Immissionsgrenzwerte für PM2.5, weitere Verschärfung der Emissionsvorschriften für Kraftfahrzeuge, Zugmaschinen und mobile Maschinen und Geräte, weitere Forcierung sauberer Kraftstoffe, und alternativer Antriebssysteme wie etwa Erdgas/Biogas und Elektrofahrzeuge, steuerliche Anreize zur Beschleunigung der Markteinführung alternativer Antriebe, Ökologisierung der Beschaffungsrichtlinien zur verstärkten Beschaffung sauberer Fahrzeuge, etc.; Forcierung effizienterer Güterlogistik insbesondere zur Vermeidung von Leerfahrten); weiterer Ausbau der Schieneninfrastruktur, Förderung und Forcierung des kombinierten Verkehrs auch im Regionalverkehr mit innovativen Querverladungssystemen	Bund, Länder, Bahn und Kombi-Unternehmen, verladende Wirtschaft	Ab sofort laufend
		Beratung, Förderung und Bewusstseinsbildung für umweltfreundliche Mobilität	BMLFUW klima:aktiv mobil Programme: Beratungsprogramme Mobilitätsmanagement (MM) für Schulen, MM für Städte, Gemeinden und Regionen, MM für Betriebe, MM für öffentliche Verwaltung, MM für Tourismus und Freizeitverkehr; Förderprogramm für betriebliches Mobilitätsmanagement und klima:aktiv mobil Förderprogramm für Gemeinden, Radverkehr und KMUs Bewusstseinsbildungsprogramme für Spritsparen und für Radfahren	Weiterführung und Ausbau der klima:aktiv mobil Beratungs- und Förderprogramme sowie Bewusstseinsbildungsprogramme für klimaschonendes Mobilitätsmanagement unter Einbeziehung von Kinderschwerepunkten, Unterstützung und begleitende Initiativen auf Länder- und Gemeindeebene insbesondere zur Förderung umwelt- und kinderfreundlicher Mobilität	Bund, Länder, Gemeinden	laufend
		Reduktion der verbrennungsbezogenen Luftschadstoffemissionen aus mobilen Quellen insbesondere durch weitere Verschärfung der Emissionsgrenzwerte für Kraftfahrzeuge und mobile Maschinen und Geräte,	Ö hat mit NOVA Steuerbonus erfolgreich Anreize für Dieselpartikelfilter bei neuen Diesel-Pkw gesetzt: bereits über 74 % (März 2007) der Diesel-Pkw-Neuzulassungen mit DPF ausgerüstet; Ö konnte in EU Präsidentschaft zusätzlich zu Euro5 Grenzwertstufe (Partikelreduktion) auch Euro6 (NOx Reduktion) verankern	Einsetzen in der EU für eine rasche weitere Verschärfung der Abgasstandards in der EU vor allem für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge (Euro5 und 6) sowie schwere Nutzfahrzeuge (EuroV und Euro VI), Kontrolle der Real-Emissionen von Fahrzeugen und Einsetzen in der EU für realitätsnähere Testfahrzyklen	BMLFUW	laufend
		Verbesserung von Kraftstoffen und Forcierung von Biokraftstoffen	Ö hat bleifreie Kraftstoffe und die Absenkung des Benzolgehalt seit Ende der Achtziger bzw. Anfang der Neunziger Jahre umgesetzt, Schwefelfreies Benzin als EU-Vorreiter frühzeitig bereits ab 2004 eingeführt, Ö hat EU-RL zu Biokraftstoffen ambitionierter als in EU umgesetzt: stufenweise Substitutionspflicht von 2,5 % Biokraftstoffen mit 1. Okt 2005, 4,3 % ab 1. Okt 2007, bereits 2008 – 2 Jahre früher als in der EU - werden 5,75 % Biokraftstoffanteil erreicht begleitend steuerliche Begünstigung von schwefelfreien und biogen beigemischten Kraftstoffen mit Okt 2005 und Okt 2007. Regierungsprogramm sieht weitere Forcierung der Biokraftstoffe vor. Ziel: Marktanteile 10 % 2010 und 20 % 2020.	Kontrolle der Kraftstoffqualität; Weitere Forcierung von Biokraftstoffe gemäß Regierungsprogramm insbesondere von Biogas und e85 als Kraftstoffe durch Umsetzung der Aktionsprogramme mit den Akteuren; legislative und fiskalische Maßnahmen und Anreizsysteme; Forcierte Umsetzung des Biomasseaktionsplan	BMLFUW	Laufend und mittelfristig (2008)
Zusätzliche Ziele		Reduktion der Luftschadstoffemissionen	EU Kompetenz mit nationaler Umsetzung EU Luftqualität RL und Immissionsschutzgesetz Luft und Bund-Länder Feinstauboptionenpaket, EU NEC RL und Emissionshöchstgrenzengesetz und ö NEC Strategie UNFCC Kyotoprotokoll und Ö Klimastrategie	Sanierungspläne erarbeiten und umsetzen bei Grenzwertüberschreitungen gem IGL konzertierte Weiterentwicklung und Umsetzung der Maßnahmen des Bund-Länder Feinstaub-Optionen Pakets, der NEC Strategie und der nationalen Klimastrategie Einsetzen in der EU und UN für Weiterentwicklung der Luftqualitäts-, NEC und Klimagesetzgebung	Länder, Bund, Länder, Gemeinden	Bedarfsfall 2010 bis 2012
		Messung und Reduktion der Emissionen ultrafeiner Partikel PM2.5	Luftqualitätsgesetzgebung weitgehend EU Kompetenz mit nationaler Umsetzung	Einsetzen in der EU für PM2.5 Luftqualitätsgrenzwerte, Reduktionsmaßnahmen für ultrafeine Partikelfraktionen, Aufbau eines Messnetzes (PM2.5)	BMLFUW	2007
		Baustellenmanagement	Länderkompetenz und öffentliches Vergabewesen	Partikelfilter und Baustellenmanagement in der Bauordnung und bei öffentlichen Vergäben berücksichtigen	Länder und Gemeinden, aber auch Bund	ab 2006

Regionales Prioritätsziel IV: Verhütung von Belastungen durch gefährliche Wirkstoffe

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit-horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Gefährliche Chemikalien						
Kinder und Erwachsene im Reproduktionsalter vor Belastung durch gefährliche Chemikalien schützen	L	Bleigehalt in Benzin und Baumaterialien gesetzlich regeln, so dass Kinder vor Bleibelastung geschützt sind	N: Bleiverbot seit '93 Wasserleitungen: EU-Grenzwerte übernommen	Austausch von Bleirohren für Trinkwasserleitungen in Gebäuden	Bund, Länder, Kommunen	mittel- bis langfristig
	M	Überwachung der für Kinder gefährlichsten Wasser und Boden verseuchenden Chemikalien wie Schwermetalle, chlororganische Pestizide und Polychlorbiphenyl (PCB)	Untersuchungen von Brunnen, etc. Altlastenkataster	Ausweitung des Monitoring punktuell sinnvoll; insbesondere im Zuge der Implementierung und Vollziehung von REACH ist auf die besonderen Schutzbedürfnisse von Kindern zu achten	Bund, Länder	mittel-fristig
	L	Vorschriften erarbeiten und durchsetzen, die die Risiken gefährlicher Baustoffe (Blei, Asbest, Holzschutzmittel, insbesondere Kreosot und Arsen, bromierte Flammschutzmittel, flüchtige organische Verbindungen usw.) minimieren	Diverse gesetzliche Regelwerke, REACH	Zusätzliche Substitutionsmöglichkeiten erheben und bestmöglich umsetzen	Bund BMLFUW	mittel-fristig
	E	Ernährungsempfehlungen erarbeiten, aktualisieren und bereitstellen, um die Aufnahme von Quecksilber, PCBs und Dioxinen und Furanen (PCDD) durch gefährdete Frauen im gebärfähigen Alter zu begrenzen	Bestimmung im Lebensmittelgesetz für Kontamination, bei gefährdeten Müttern im Rahmen des ArbeitnehmerInnenenschutzG	Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben	Bund, Länder, Kommunen, Österr. Gesell. f. Ernährung	kurzfristig
	M	Biomonitoring von Pb, PCBs und chlororganischen Pestiziden bei gefährdeten Säuglingen und Müttern	bisher nur wenige wiss. Studien	Repräsentative Daten, Studien zu „neuen“ Schadstoffen (Monitoring, Risikobewertung, Risikoreduktion)	Bund	kurzfristig
	M	Indikatoren für reproduktive Gesundheit wie Geburtsgewicht, angeborene Missbildungen und Zeitraum bis zum Eintritt der Schwangerschaft überwachen, um potenzielle Gefahren für die reproduktive Gesundheit aufzuspüren	Spitalsentlassungsdiagnosen, Mutter-Kind-Pass	-	Bund	kurzfristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit-horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Gefährliche Chemikalien						
Kinder und Erwachsene im Reproduktionsalter vor Belastung durch gefährliche Chemikalien schützen	L	Gesetzliche Vorschriften für Grenzwerte für die Belastung am Arbeitsplatz zum Schutz von Frauen und Männern im Reproduktionsalter vor schädlichen Chemikalien festlegen bzw. durchsetzen	ArbeitnehmerInnen-schutzgesetz, Chemikaliengesetz, Mutterschutzgesetz, Maßnahmen von AUVA und Arbeitsinspektorat (AI)	-	Bund, AUVA, AI	kurzfristig
	L	Unter Berücksichtigung der neuesten Erkenntnisse Alternativen zu Diethylhexylphthalat (DEHP) in medizinischer Ausrüstung wie Kathetern und Endotrachealtuben erwägen, insbesondere für die längerfristige Anwendung bei Kindern	Z.B. einzelne Spitäler des Wiener KAV Erlass 2001 des BMSG zur Substitution von PVC-haltigen Medizinprodukten an Intensiv-Neonatalogien Revision der Medizinprodukte-Richtlinie 93/42/EWG der EU zur speziellen Kennzeichnung und Rechtfertigung bei Phthalaten, speziell für die Behandlung von Kindern.	Substitution von Phthalaten wie DEHP in Medizinprodukten, wo medizinisch möglich	Bund	kurzfristig
	L	Gesetze zum Schutz der Kinder vor der Belastung durch gefährliche Chemikalien in Spielzeug und anderen Gebrauchsgegenständen erlassen bzw. umsetzen	Chemikalien-, Lebensmittelgesetz, Konsumentenschutz; Erarbeitung von ökologischen Kriterien zur Beschaffung von u.a. Säuglingswäsche im Rahmen von Öko-Kauf Wien (Leitung Wr. KAV)	Spielzeuge, aber auch Werbegeschenke (für Kinder) auf Chemikalien kritisch prüfen und Substitutionsmöglichkeiten von gefährlichen Chemikalien entwickeln und umsetzen erwägen	Bund, Länder, Kommunen, KAV	kurzfristig
	E	BetreuerInnen, LehrerInnen und Kinder in Unfallverhütung (einschließlich akute Vergiftungen) unterrichten	einzelne Pilotprojekte	Schulungen, etc. organisieren, weitere Aktivitäten zur Aufklärung der Umwelt- u. Gesundheitsrisiken durch den Einsatz von Chemikalien wie etwa antibakterieller Wasch- und Reinigungsmittel im Haushalt	Bund, Schulen, NGOs (KfV, Grosse schützen Kleine)	kurzfristig
	L	Kindersichere Verschlüsse für Arzneimittel und Haushaltsreiniger gesetzlich vorschreiben	Chemikaliengesetz (für Haushaltsreiniger mit bestimmten Eigenschaften)	-	Bund	-
	L	Einhaltung des Stockholmer, des Basler und des Rotterdamer Übereinkommens sichern	von Österreich ratifiziert	ev. Kontrollen verstärken	Bund	mittelfristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhande- nen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit- horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Gefährliche Chemikalien						
Kinder und Erwachsene im Reproduktions- alter vor Belastung durch ge- fährliche Chemikalien schützen	E	Bewusstsein von Be- treuerInnen fördern oder sie aufklären, wie sie Kinder vom Spiel in der Nähe von Müllde- ponien abhalten	Für Österreich nicht relevant-	-	-	-
	L	Gesetze zu Zusammen- setzung, Kennzeich- nung und Information von Heimwerkerpro- dukten und -materialien erlassen/umsetzen, die die Risiken für die Gesundheit der Kinder berücksichtigen	Maßnahmen nach Che- mikalienrecht existieren, wie z.B. Bestimmungen über kindersichere Verschlüsse, und entsprechende Kenn- zeichnungsvorschriften. REACH wird die Chemi- kalisicherheit weiter erhöhen.	Zusätzlich zur Angabe der gefährlichen Inhalts- stoffe auf dem Produkt selbst Verpflichtung zur Listung der Inhaltsstoffe eines Produkts in einer Datenbank, in der die genauen Wirkungen der Einzelkomponenten in den jeweiligen Anwen- dungen und in der Innenraumluft beschrieben werden (sensibilisierungs-, allergisierungs-, sowie kancerogenes, mutagenes und reproduktionstoxisches [CMR]-Potenzial)	Bund	
Zusätzliche Ziele		In Produkten sollten Chemikalien, welche nur den Verkauf fördern sol- len (z.B. Farbe, Geruch), verboten werden, da sie zu einer unnötigen Be- lastung und zur Verdek- kung der Gerüche von minderwertig aufbe- reiteten Chemikalien im Produkt führen; Einsatz nur jener Chemikalien, die die vollen REACH- Anforderungen nach- weislich bereits jetzt erfüllen (nicht erst 2012), im Haushalts-, Kinder-, Schul-, öffentlichen Bereich. Dies gilt v.a. für Beigaben von Kinder- zeitschriften (z.B. Kos- metika), die i.d.R. keine Inhaltsstoffangaben enthalten; Schadstoff- erkennung in Gebäuden und Wohnungen bevor sie verkauft und abge- rissen werden	Zahlreiche gefährliche Stoffe wurden bereits auf EU-Ebene verboten bzw. beschränkt. REACH -Umsetzung läuft demnächst an und wird die Chemikalisie- cherheit generell weiter – vor allem durch Ver- besserung der Informa- tionslage - erhöhen.	Laufende Maßnahmen zum Risikomanagement im Chemikaliensektor – Lösung von konkreten Problemen auf europäischer Ebene	Bund-	mittel- fristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhande- nen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit- horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Lärm						
Belastung durch ge- sundheits- gefährdenden und störenden Lärm verhüten und vermin- dern	M	Lärm und Lärmbelastung in öffentlichen Gebäuden überwachen, in denen sich Kinder aufhalten	N, R: EU-Umgebungs- Lärmrichtlinie, Lärm- kataster (für Straße u. Schien)	Implementierung des Bundes-Umgebungs-lärm- schutzgesetzes und –Verordnung und Umsetzung auch auf Landesebene, Weiterentwicklung hin- sichtlich neuer Ergebnisse insbesondere Fluglärm	Bund, Länder, Kommunen	mittel- fristig
	S oder E	Bei Stadt- und Infrastruk- turplanung Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung einbezie- hen, unter Berücksichti- gung der Erfordernisse für Schulbereiche	N, R, L: Raumordnungs- pläne, Flächenwidmung, Gewerbeordnung, Normen	Verstärkte Einbeziehung der Flächenwidmung, verkehrsorganisatorische Maßnamen (Wohnbe- reiche, Schulen, Krankenhäuser), verkehrsberu- higte Zonen	Länder, Kommunen	kurz- fristig
	E	Eltern, SchülerInnen und schulische Mitar- beiterInnen über die Gefahren aufklären, die sowohl von individuell steuerbarem als auch individuell nicht steuer- barem Lärm ausgehen	N, R, L: Diverse Folder, Info-Broschüren (z.B. „Laut ist out“), Schul- projekte	Verstärkte Information und Aufklärung bei Kin- dern und Jugendlichen zum Thema „Lärm“ und Stärkung der Eigenverantwortung, wie jede/r selbst zum persönlichen Lärmschutz beitragen kann. (z.B. Vermeidung von überlauten Spiel- zeugen und Musikgeräten, Feuerwerkskörpern, Disco-Beschallungen, etc.).	Bund, Länder, Schulen	kurz- fristig
	S	Vorsorgliche Infrastruk- turmaßnahmen (z.B. geeignete Schallisolati- on in Gebäuden, in de- nen Kinder lernen und schlafen) durchführen, um Kinder vor Lärm zu schützen	N, R: Bauordnung, ÖNORMEN, Richtlinien des ÖAL	Implementierung im Rahmen von Infrastruktur- Maßnahmen	Bund, Länder	kurz- fristig
Zusätzliche Ziele	L	Lärmarme Reifen for- cieren	Normen u Empfehlun- gen d ÖAL vorhanden	Kennzeichnung, Förderung, Besserstellung von lärmarmen Reifen hinsichtlich Geschwindigkeits- beschränkungen/ Nacht-Fahrverboten	Bund	mittel- fristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhande- nen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit- horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Umweltrisiken am Arbeitsplatz						
Belastung durch gefähr- liche Arbeits- bedingungen verhüten, vermindern, Verletzungen am Arbeits- platz redu- zieren	L	Eltern, SchülerInnen und schulische Mitar- beiterInnen über die Gefahren aufklären, die sowohl von individuell steuerbarem als auch individuell nicht steuer- barem Lärm ausgehen	N, R, L: Diverse Folder, Info-Broschüren (z.B. „Laut ist out“), Schul- projekte	Verstärkte Aufklärung zu Lärm verursacht durch Spielzeug, Feuerwerkskörper, Walkman, Disco- Besuch, etc.	Bund, Länder, Schulen	kurzfristig
	L oder E	Vorsorgliche Infrastruk- turmaßnahmen (z.B. geeignete Schallisolati- on in Gebäuden, in den- nen Kinder lernen und schlafen) durchführen, um Kinder vor Lärm zu schützen	N, R: Bauordnung, ÖNORMEN, Richtlinien des ÖAL	-	Bund, Länder	kurzfristig
	L	Lärmarme Reifen forcieren	Normen und Empfehlun- gen d ÖAL vorhanden	Kennzeichnung, Förderung, Besserstellung von lärmarmen Reifen hinsichtlich Geschwindigkeits- beschränkungen/Nacht-Fahrverboten	Bund	mittel- fristig
	E	Schaffung von Rah- menbedingungen, um die Forschung bei Ent- wicklung höherer Lärm- schutz-Standards zu unterstützen (Verkehr, Gewerbe, Veranstaltun- gen, Bauwesen, etc.)	Schwerpunktaktion der Arbeitsinspektion zur Aufsicht über Jugend- lichen in den Betrieben im Jahre 2006, Europä- ische Woche 2006 zum Thema Jugendliche, sie- he http://at.osha.eu.int/ , Aktivitäten der AUVA	Verstärkte Bewusstseinsbildung	Bund, AUVA, AI	kurzfristig
	E	Unter den jugendlichen Beschäftigten das Bewusstsein für ihr Recht auf Sicherheit am Arbeitsplatz, die Verhütung von Verlet- zungen und für die mit unterschiedlichen Arten von Arbeit verbundenen Risiken fördern	AUVA-Aktivitäten für Lehrlinge, Aktivitäten der Arbeitsinspektion in Berufsschulen und in den Betrieben im Rahmen des team4kids Projektes, http://www. arbeitsinspektion.gv.at/ AI/Personengruppen/ Jugendliche/jugend010. htm	Verstärkte Bewusstseinsbildung für Lehrlinge über das Recht auf Sicherheit am Arbeitsplatz	AUVA, AI	kurzfristig
Umweltrisikofaktor: Umweltrisiken am Arbeitsplatz						
Belastung durch io- nisierende Strahlung vermindern	L	Gesetze erlassen bzw. durchsetzen, die si- cherstellen, dass dia- gnostische Referenz- werte nicht überschrit- ten werden, um Kinder sowie Erwachsene zu schützen	N: Strahlenschutzver- ordnung; Diagnostische Referenzwerte auf gesetzlicher Ebene nur f. Erwachsene, f. Kinder nur in Bez. auf nuklear- med. Untersuchungen	Weitere diagnostische Referenzwerte für radiolo- gische Untersuchungen von Kindern	Bund	kurzfristig
	S	Programme entwerfen, die die Folgen größerer Störfälle in Kern- kraftwerken verhüten oder abmildern, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kin- dern sowie Erwachsene zu schützen	N: Österreich hat auf die Kernenergie per Volks- entscheid und Verfass- ungsgesetz verzichtet; Kaliumjodid-Prophylaxe für Kinder und junge Erwachsene bei Strah- lenunfällen vorhanden	Österreich soll sich weiterhin für ein kernener- giefreies Europa einsetzen. Unterstützung von konkreten Projekten zum Ausstieg aus der Kern- energie, EURATOM-Reform	Bund	kurz- bis langfristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhande- nen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit- horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Umweltrisiken am Arbeitsplatz						
Belastung durch Radon vermindern	M	Radonwerte in öffentli- chen Gebäuden über- wachen, in denen sich Kinder aufhalten	N: ÖNRAP, ÖNORM R: OÖ Radon-Programm	Bautechnische Vorschriften, die die Belastung durch Radon minimieren, österreichweit harmo- nisieren	Bund, Länder,	mittel- fristig
	L	Bauvorschriften erlas- sen und durchsetzen sowie Abhilfemaßnah- men fördern, die die Belastung durch Radon minimieren	ÖNORM	Existenz der neuen ÖNORMEN betreffend Ra- don verstärkt publik machen und Vertiefung der Informationen in der Öffentlichkeit betreffend Radon und radonadäquates Bauen und Reno- vieren	Bund, Länder	kurzfristig
Umweltrisikofaktor: Nichtionisierende Strahlung						
UV-Belastung vermindern	S	Öffentlichkeit ganzjäh- rig über das aktuelle Risiko durch ultraviolet- te Strahlung informieren	Allg. Aufklärung Infos zur aktuellen UV- Belastung (ganzjährig) über www.uv-index.at	Bestehende Projekte zu UV-Berichten verstärkt bekannt machen	Bund, ZAMG, Schulen	kurzfristig
	E	Kinder, Betreuer und schulische Mitarbeiter über die Gefahren übermäßiger Sonnen- bestrahlung und Mög- lichkeiten ihrer Vermin- derung aufklären	z.B. Kindergartenprojekt „Mein Sonnenschein“, GIVE-Infopaket für Schulen; Infos zu „Son- ne ohne Reue“ durch Krebshilfe	Verstärkte Information der Eltern speziell von Kleinkindern über die Gefahr von übermäßiger Sonnenbestrahlung, weitere Bewusstseinsbil- dung in Schulen (z.B. Projektarbeiten)	Bund, ZAMG, Schulen Medien	kurzfristig
Belastung durch elektro- magnetische Felder (EMF) vermindern	L	Vernünftige Vermeidung von EMF-Belastung erwägen, unter Berück- sichtigung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse	N: Vornorm ÖVE/ ÖNORM E 8850 ¹ (bein- hält das Konzept der umsichtigen Vermei- dung). Empfehlungen des BMGF und des Obersten Sanitätsrates	Vorschriften zum Schutz vor Nichtionisierenden Feldern, nationaler Forschungsplan	Bund	kurz- bis mittel- fristig
	E	Kinder, BetreuerInnen und LehrerInnen dar- über aufklären, dass die EMF-Belastung in der Kindheit, bes. die durch Handygebrauch auftretende, möglichst begrenzt werden sollte	N, R, L: Folder verschie- dener Organisationen, Broschüren in OÖ, Kärn- ten, Salzburg. Erlass für Schulärzte	Verstärkte Information der Bevölkerung seitens unabhängiger Stellen (z.B. österreichische Aka- demie der Wissenschaften) über elektromagne- tische Felder, Broschüren, Informationsmaterial für LehrerInnen, speziell aufgearbeitete Infor- mation für Kinder und Jugendliche (Bildungs- plan zu EMF), vorsorgeorientiertes Vorgehen nach Minimierungsprinzip bei Belastung durch elektromagnetische Felder wie vom Obersten Sanitätsrat empfohlen (entsprechende gesetz- liche Grenzwerte, Regelung der Anrainerrechte, Partizipation)	Bund	kurzfristig
	L	Schwellenwerte, Grundvorschriften für die Belastung durch nichtionisierende Strah- lung gesetzlich festle- gen bzw. durchsetzen, nach ICNIRP-Empfeh- lungen	Ausbau des Mobilfunk- netzes und des Strom- netzes richtet sich nach den ICNIRP-Grenz- wertempfehlungen (EU Ratsempfehlung)	Gesetz zum Schutz vor Nichtionisierenden Feldern, unabhängiges BeraterInnengremium einrichten	Bund	kurz- bis mittel- fristig

¹ Vornorm ÖVE/ÖNORM E 8850: Elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder im Frequenzbereich von 0 Hz bis 300 GHz-Beschränkung der Exposition von Personen

Weitere umweltbedingte Gesundheitsrisikofaktoren, für die Maßnahmen erwogen werden sollten

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeithorizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Lebensmittelkontamination						
Lebensmittelsicherheit für Säuglinge und Kinder erhöhen	M	Programme für das Monitoring von mikrobiologischer und chemischer Kontamination von Lebensmitteln entwerfen, die für die Risikobewertung eingesetzt werden können	N: Lebensmitteluntersuchungsanstalten AGES und LUAs (z.B. Pestizid-Report), BMGF div. Schwerpunktaktionen	Schwerpunkt Kinder-/Babynahrung	AGES; LUAs, BMGF	kurzfristig
	M	Toxikologische Tests zur Beurteilung der perinatalen und in der Kindheit herrschenden Toxizität (Neurotoxizität in der Entwicklung und die Funktion des Endokrinsystems, des reproduktiven und des Immunsystems)	-	Stärkung der Toxikologie in Ö	BMUKK	langfristig
	M	Überwachung der chemischen Kontamination von Lebensmitteln von Kindern und der Gesamtnahrung sowie Daten über POPs in der Muttermilch	N: Untersuchung durch AGES und LUAs; BMGF div. Schwerpunktaktionen	Weiterführung der Untersuchungen	AGES, LUAs, BMGF, UBA	mittelfristig
	L	Gesetze erlassen und durchsetzen, die sicherstellen, dass das HACCP-System bei für Säuglinge und Kleinkinder erzeugten Lebensmitteln befolgt wird	N EU Hygienepaket VO(EG) Nr. 852/04 VO (EG) Nr.853/04 VO (EG) Nr.2073/05	Weiterführung der Überwachung und Untersuchung	Lebensmittelaufsicht, AGES, LUAs	kurzfristig
	E	Lebensmittelhändler und Familienmitglieder, v.a. Kinder, über die Prinzipien der Lebensmittelsicherheit aufklären	Lebensmittelaufsicht; div. einschlägige Leitlinien	Weiterführung der Überwachung	Lebensmittelaufsicht	kurzfristig
	L	Gesetze erlassen und durchsetzen, die sicherstellen, dass bei Chemikalien, Lebensmittelzusätzen, Pestiziden und Verunreinigungen vor allem in Lebensmitteln für Säuglinge und Kleinkinder die kumulative und aggregierte Belastung berücksichtigt wird	EU- Gemeinschaftsrecht	Einschlägige Gesetze auf Gemeinschaftsebene daraufhin überprüfen	Bund, ToxikologInnen	mittelfristig
	L	Gesetze erlassen bzw. durchsetzen, die eine sachgerechte Kennzeichnung von Säuglings- und Kleinkindnahrung sicherstellen	Gesetze vorhanden	Weiterführung der Kontrolle	BMGF, AGES, LUAs	kurzfristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhande- nen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit- horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Nahrungszufuhr						
Quantität und Qualität der Nahrungszu- fuhr verbes- sern	E	BetreuerInnen, gesund- heitliche Leistungser- bringerInnen und schu- lische MitarbeiterInnen über eine angemessene Nahrungszufuhr für Säuglinge, Kinder, Jugendliche und Schwangere aufklären (u.a. über den altersge- rechten Kalorien- und Mikronährstoffbedarf)	N, R, L: Infos f. Eltern: z.B. Fonds Gesundes Österreich, Diplomaus- bildung f. ÄrztInnen Infomaterial f. Schulen: GIVE-Gesundheits- bildung; Ernährungs- projekte in „Gesunden Gemeinden“	Fortführung der Aktivitäten	Bund, Uni, Gesellschaft f. Ernährung, Ärztammer, u.a.	kurzfristig
	L	Maßnahmen ergreifen, die den Verbrauchern eine bessere Auswahl an gesunden Lebens- mitteln bieten und die Lebensmittelindustrie anhalten, solche Le- bensmittel Kindern und Jugendlichen anzubie- ten, v.a. in Schulen	Auswahl im Prinzip vorhanden; allerdings selten bei Schulbuffets	Verbot des Verkaufs von stark gesüßten Ge- tränken, etc. an Schulen, zumindest verstärkte Bemühungen bez. gesünderer Schulbuffets u. entsprechendem Inhalt d. Getränkeautomaten; Kindern sollte die Landwirtschaft und damit die Herkunft der Nahrungsmittel näher gebracht werden, z.B. durch Exkursion zu landwirtschaft- lichen Betrieben, Selbsterntefeldern usw. Wenn möglich, Schulgärten mit Beeten anlegen, damit Interesse für gesunde und vielfältige Ernährung geweckt wird, speziell in städtischen Räumen, dazu Vermittlung der Problematik der Ferntrans- porte und die Bedeutung regionaler Produktion für die Verkehrsvermeidung	Bund	mittel- fristig
	S	Kindern eine ausgewo- gene Ernährung in Form von Schulspeisung anbieten	N, R, L: Menüpläne biologische Lebensmittel (z. B. Stadt Wien; Schulen m. Umweltzeichen) Schul- buffet: vereinzelte Projek- te, zuletzt Pilotprojekte „Das gute Schulbuffet“	Verstärkte Bemühungen bez. gesünderer Schul- buffet	Bund, Länder Kommunen Schulen	mittel- fristig
	S oder L	Die Anreicherung ge- eigneter Lebensmittel mit Jod, Eisen, Vitamin D usw. nach nationalen oder teilnationalen Bedürfnissen	N: Jodierung v. Speise- salz, R: Vitamin D Prophylaxe für Stillkinder	Maßnahmen umgesetzt	Bund	mittel- fristig
	E	Müttern qualifizierte Unterstützung für aus- schließliches Stillen wäh- rend der ersten sechs Monate nach der Geburt und für den rechtzeitigen Beginn des Zufütterns mit babygerechten und sicheren Lebensmitteln bieten, wobei noch zwei Jahre oder länger weiter gestillt werden sollte	R: Stillberatung im Kran- kenhaus, und bei Ärzten lt. Mutter-Kind-Pass in Elternberatungsstellen; Info-Materialien d. Ju- gendämter, d. Arbeits- kreises f. Vorsorge- u. Sozialmedizin (V), u.a.	Maßnahmen umgesetzt	Krankenkas- sen	langfristig
	M	Systematisches Moni- toring von Kindesgröße und -gewicht nach internationalen Stan- dards einführen, ein- schließlich des BMI	N: Mutter-Kind-Pass schulärztliche Untersu- chungen	Daten von MKP und schulärztlichen Untersu- chungen für epidemiologische Erhebungen nutzen bzw. tiefere Auswertung	Bund	kurzfristig
	Zusätzliche Ziele	E	Bedeutung von Nah- rungsmitteln aus der Region bewusst ma- chen (Transporterspar- nis), Forcierung biolo- gischer Landwirtschaft und Stärkung der regio- nalen Wirtschaftskraft,	Bioprodukte haben in Österreich bereits hohe Marktanteile, Bewusst- seinsbildungsaktionen für den Kauf regionaler Produkte (Initiative „Ge- nussregion Österreich“)	Verstärkte Forcierung von biologischen Produk- ten, Weiterführung der Bewusstseinsbildung für regionale Produkte, freiwillige Kennzeichnung von Produkten hinsichtlich ihrer Transportwege, Stärkung der Nahversorgung	Länder Kommunen Schulen

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhande- nen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit- horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Natürliche und anthropogen verursachte Umweltkatastrophen						
Katastrophen- schutzpläne erstellen	S oder E	Katastrophenschutz- pläne und Aufklärungs- programme müssen die Bedürfnisse von Säug- lingen und Kleinkindern und besonders die von Schwangeren berücksichtigen	Weitgehend umgesetzt (insb. bezüglich Reak- torunfälle) -	-	-	-
	E	Kinder über Katastro- phenschutzmaßnahmen bei Naturkatastrophen (Erdbeben, Über- schwemmungen, extre- men Wetterereignissen) & bei anthropogenen Katastrophen aufklären	Aufklärung durch Zi- vilschutzverband und Rotes Kreuz	Laufende Verbesserung, verstärkte Infomation	Bund, Länder, Gemeinden, Zivilschutz- verband	-
Umweltrisikofaktor: Konkrete schädliche soziale Umfeldler						
Kinderschutz für bes. gefährdete Kinder ver- bessern (d.h. arme Kinder, Waisen, Flüchtlings- kinder usw.)	S oder L	Programme aufstellen, die verhindern können, dass Kinder verlassen werden	N, R: ABGB, L-JWG, AußStG, Jugendwohl- fahrt	Weiterentwicklung der Programme, insbesonde- re Stärkung der Elternverantwortung	Bund, Länder	kurzfristig
	S oder L	Programme entwickeln, die Alternativen zu Hei- men anbieten (Pflegefam- ilien oder Adoption)	N, R: ABGB, L-JWG, Pflegekinderprogramme	Weiterentwicklung der Pflegekinderprogramme	Länder	kurzfristig
	S oder L	Programme entwickeln, die das Phänomen Straßenkinder besei- tigen	R, L: Jugendnotschlaf- plätze, Streetwork, etc.	Aufklärung u.a. durch Österreichischen. Zivil- schutzverband, ÖRK	Länder, Kommunen, Caritas, etc.	kurzfristig
	S oder L	Allen Kindern, ein- schließlich MigrantIn- nen, AsylbewerberIn- nen und Kindern ohne Begleitung Erwachsener den Zugang zu prä- ventiven und kurativen Gesundheitsdiensten und zu Sozialdiensten sichern	N, R: Sozialversiche- rungsgesetze, L-JWG, BehindG, SHG, Grund- versorgungsvereinbar- ung	Weiterentwicklung der Programme, insbes. für MigrantInnenkinder und AsylwerberInnen	Bund, Länder	kurzfristig
Zusätzliche Ziele	S	Gute Betreuung der Kinder außerhalb der Unterrichtszeit sicher stellen	Schulgesetze, L-JWG, Kinderbetreuungsein- richtungen	Ausbau der Kinder- und SchülerInnenbetreu- ungseinrichtungen, Lern- und Freizeitmischen mit mehr individuellem Charakter	Bund, Länder	mittel- fristig
	S	Programme, die die Erziehungskompetenz der Eltern stärken und Gewalt (inkl. Vernach- lässigung) in der Erzie- hung verhindern	Elternbildungspro- gramme, präventive und nachgehende Eltern- beratung; Sensibilisie- rung der Einrichtungen (Berufsgruppen), die mit Kindern Kontakt haben	Ausbau von/ Verbesserung des Zugangs zu Elternbildungs- und Elternberatungsprogramme; Sensibilisierungsprogramme für soz. Umfeld,	Bund, Länder	kurzfristig
	S oder L	Verhinderung d. Al- kohol- und Nikotinab- gabe an Kinder und Jugendliche, verstärkte Bekämpfung des Dro- genhandels	Jugendschutzgesetze der Länder vorhanden, Tabakgesetz (Rauch- verbot in öffentlichen Ämtern, Schule, u.a.)	Harmonisierung der Jugendschutzgesetze der Länder, weiterer Ausbau des Nichtraucher- schutzes im Lebensumfeld von Kindern und Jugend- lichen, Fortführung und weiterer Ausbau des suchtpräventiven Angebots in Ö	Bund, Länder, Kommunen	mittel- fristig

Von WHO vorgeschlagen			Maßnahmen vorhanden, Synergie zu vorhandenen Maßnahmen	Empfehlung für Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeit- horizont
Ziele für Umwelt und Gesundheit	Code	Konkrete Maßnahme				
Umweltrisikofaktor: Direkte und indirekte Folgen bewaffneter Konflikte (z.B. Landminen, posttraumatischer Stress)						
Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder mindern oder abmildern	S	In Gefahrenzonen Minenräumprogramme einrichten	Für Österreich nicht relevant	-	-	-
	E	Über das Risiko von Landminen aufklären	Für Österreich nicht relevant	-	-	-
	E	Sonderprogramme für die psychosoziale Entlastung von Kindern und Betreuern entwickeln	N, R: Jugendliche Flüchtlinge: Leistungen im Rahmen d. Grund- versorgungsvereinbarung gem. Art. 15a-B- VG BGBl. I Nr. 80/2004 (Clearingstelle, betreutes Wohnen,...)	Durchführung von Betreuungsmaßnahmen analog zur etablierten psychologischen Hilfe in Katastrophenfällen	Länder NGOs	kurzfristig
	S	In Wiederaufbau- programmen der für Kinder erforderlichen Infrastruktur Vorrang einräumen (Schulen, Kinderbetreuungsein- richtungen)	Für Österreich nicht relevant	-	-	-

Quellenverzeichnis

- 1 Vgl. <http://www.umweltnet.at> - Verkehr/Lärmschutz – Verkehr & Gesundheit, 18.07.2006
- 2 THE PEP (Transport, Health and Environment Pan-European Programme) (2004): Transport-related health effects with a particular focus on children. www.herry.at/the-pep
- 3 BMLFUW, BMGF, ÖAK (Hrsg.) (2005): Gesunde Umwelt für unsere Kinder. Der WHO-Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionplan für Europa (CEHAPE) und Initiativen in Österreich .Mit Fachbeiträgen verschiedener Experten (BMLFUW, BMGF, BMVIT, BMUKK, MUW). Wien
- 4 BMLFUW (2006): Schulisches Mobilitätsmanagement für Schulen, Wien.
- 5 <http://www.wassernet.at>, 23.02.2006
- 6 www.bmvit.gv.at/service/publikationen/verkehr/downloads/verkehrssicherheitsprogramm.pdf
- 7 Kuratorium für Verkehrssicherheit (2004), Verkehrsunfallstatistik. Wien
- 8 Thaler R (2005): Empfehlungen für kindergerechte Verkehrsplanung in: Gesunde Umwelt für unsere Kinder. Hrsg: BMLFUW. Wien
- 9 <http://www.fgoe.org/health-promotion/infos/national-action-plan-for-child-safety>
- 10 Kuratorium für Verkehrssicherheit (2004): Verkehrsunfallstatistik.Wien
- 11 BMVIT (2002): Verkehr in Zahlen. Wien
- 12 VCÖ (2004): Kinder-Verlierer im Verkehr. Wien
- 13 BMLFUW, BMGF, ÖAK (Hrsg.) (2005): Gesunde Umwelt für unsere Kinder. Der WHO-Kinder-Umwelt-Gesundheits-Aktionplan für Europa und Initiativen in Österreich (CEHAPE). Mit Fachbeiträgen verschiedener Experten (BMLFUW, BMGF, BMVIT, BMUKK, MUW). Wien
- 14 Ärztinnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt (Hrsg.) (2005): Auto und Gesundheit. Wien
- 16 <http://www.umweltbundesamt.at/?id=1018>
- 17 Haidinger G, Waldhör T, Meusburger S, Süß G, Vutuc C: Zur Häufigkeit und zum Schweregrad von Asthma bronchiale, Heuschnupfen und Neurodermitis bei Schulkindern in sieben Bezirken Oberösterreichs im Rahmen der International Study on Asthma and Allergies in Childhood (ISAAC), Phase III. Schlussbericht der ISAAC-Studie Oberösterreich 2001-2003. Abteilung für Epidemiologie, Zentrum für Public Health der Medizinischen Universität Wien/Abteilung Sanitätsdirektion beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Wien und Linz, 2005
- 18 Strachan DP, Cook DG (1997): Health effects of passive smoking. 1. Parental smoking and lower respiratory illness in infancy and early childhood. *Thorax* 52:905-914
- 19 Cook DG, Strachan DP (1997): Health effects of passive smoking. 3. Parental smoking and prevalence of respiratory symptoms and asthma in school age children. *Thorax* 52:1081-1094
- 20 Infos über Modelle mit Partikelfilter www.autoverbrauch.at
- 21 Lischka A (2004): Avoidance of PVC-containing medical products in the children's hospital Kinderklinik Glanzing. *Oekobiotikum* 15, Suppl.1:20-21
- 22 Wichmann H-E, Wahn U (2004): Allergische Atemwegserkrankungen. In: Wichmann H-E., Schlipkötter H-W, Fülgraff G (Hrsg.): *Handbuch der Umweltmedizin*, 28. Erg.-Lfg. 4/04. ecomed, Landsberg/Lech
- 23 Sherriff A, Farrow A, Golding J, Henderson J (2005): Frequent use of chemical household products is associated with persistent wheezing in preschool age children. *Thorax* 60:45-49.
- 24 Sheriff A, Golding J (2002): Hygiene levels in a contemporary population cohort are associated with wheezing and atopic eczema in preschool infants. *Arch Dis Child* 87:26-29
- 25 Stansfeld SA, Berglund B, Clark C, Lopez-Barrio I, Fischer P, Ohrström E, Haines MM, Head J, Hygge S, van Kamp I, Berry BF (2005): Aircraft and road traffic noise and children's cognition and health: a cross-national study. *Lancet* 365:1942-1949
- 26 www.umweltbundesamt.at/Luft
- 27 Schweizerische Verordnung zum Schutz vor Nicht-Ionisierenden Strahlen (NIS-Verordnung 1999)

Informationen zu Landwirtschaft, Lebensmittel,
Wald, Umwelt und Wasser:

www.lebensministerium.at



lebensministerium.at

Das Aktionsprogramm des Lebensministeriums
für aktiven Klimaschutz:

www.klimaaktiv.at



Die Jugendplattform rund ums Wasser:

www.generationblue.at



Die bundesweite Initiative zur getrennten
Sammlung von Altstoffen:

www.richtig sammeln.at



Die Internetseite zur Österreichischen
Nachhaltigkeitsstrategie:

www.nachhaltigkeit.at



Das Internetportal der Österreichischen
Nationalparks:

www.nationalparks.at



Der Walddialog ist die Suche nach Problem-
lösungen für Interessenkonflikte im Waldbereich:

www.walddialog.at



Das Österreichische Umweltzeichen ist Garant
für umweltfreundliche Produkte und
Dienstleistungen:

www.umweltzeichen.at



Umweltdaten u.a. zu den Bereichen Wasser,
Luft, Lärm, Kernenergie, Klima, Gentechnik,
Altlasten, erhebt laufend das UBA:

www.umweltbundesamt.at

umweltbundesamt^U

Waldforschungszentrum BFW. Forschung,
Monitoring und Wissenstransfer zu Wald und
Naturgefahren:

<http://bfw.ac.at>



